

Schilling unter der Voraussetzung zur Verfügung zu stellen, dass der Bund ebenfalls jährlich den selben Betrag einbringt. Im zweiten Punkt heißt es, „... der Mindestbetrag von 525 Millionen jährlich vom Bund zur Verfügung gestellt wird.“ Deckt sich mit unserer Auffassung. Ich kann das auch aus unserem eingebrachten Antrag zitieren, da heißt es in Punkt sieben: „Um das Ziel-2-Programm im vorgesehenen Umfang umsetzen zu können ist sicherzustellen, dass auch Bundesmittel zumindest in der gleichen Höhe wie in der letzten Periode zur Verfügung gestellt werden.“ Und die Kollegen der Freiheitlichen Fraktion haben ebenfalls einen Antrag mit ähnlicher Formulierung eingebracht, der da lautet, dass seitens des Bundes 260 Millionen und seitens des Landes 225 plus 35 zur Verfügung gestellt werden. Diese Anträge sind inhaltlich derart gleich gestaltet, dass wir uns im Ausschuss dazu entschlossen haben, alle einstimmig zum Beschluss zu erheben und im Sinne des Verfassungsranges dieses Ausschusses sind diese Beschlüsse auch ohne Umweg über das Haus direkt der Regierung oder dem zuständigen Regierungsmitglied zugekommen. Wir hegen die Erwartung, dass das auch umgesetzt werden kann. Ich hoffe, dass es mittlerweile auch gelungen ist, die Bundesstelle davon ausreichend und kompetent zu informieren, das Gespräch am Freitag, dem 10. hat stattgefunden, wie ich höre. Wir hören auch, dass die Beamtenschaft schon längere Zeit vermutet hat, dass die Bundesabsicht besteht, auf 90 bis 110 Millionen zu reduzieren. Ich hoffe, dass es auf der politischen Ebene gelingt, diese Reduktionen zurückzunehmen und dass das passiert, was wir uns alle in einstimmiger Beschlussform gewünscht haben, dass der Bund jene Summe einbringt, die das Land selbstverständlich bereit ist auch einzubringen. Und deshalb haben wir auch unseren Antrag genau noch einmal so formuliert, den ich hiemit zur Kenntnis bringen darf.

In Verstärkung der Ausschussentschließungen geht es uns auch hier darum, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens in Zukunft die Informationspflichten des Paragraphen 3 LV-G vom 23. Juni 1992 über den Ausschuss der Europäischen Integration, LGBl. Nr. 48/1992 – insbesondere seines Absatzes 4 – zu beachten, wobei der Ausschuss durchaus mit Entwürfen zu Verhandlungspapieren in wichtigen Angelegenheiten zu befassen wäre und zweitens nunmehr die Bundesregierung offiziell aufzufordern, den Anteil an Bundesmitteln für das Ziel-2-neu-Programm im Interesse der strukturschwachen steirischen Gebiete möglichst weit gehend zu erhöhen oder zumindest den bisherigen Förderungsmittelanteil in Höhe von insgesamt 260 Millionen Schilling – im Einklang mit den Beschlüssen des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit vom 6. März 2000 – beizubehalten.

Ich bitte Sie, diesem unserem Antrag, der sich mit den Beschlüssen des Ausschusses deckt, Ihre Zustimmung zu geben. Und so, wie wir im Ausschuss den Anträgen zustimmen konnten, weil sie ebenso wie der unsere formuliert waren, können wir diesem Antrag des Kollegen Jeglitsch deshalb nicht zustimmen, weil er die Formulierung genau ins Gegenteil verkehrt hat

von dem was es im Ausschuss bereits beschlossene Sache war. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 14.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile es ihm.

**Abg. Porta (14.48 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen und Herren!

Dieser vierte Bericht, der vierteljährliche Bericht über den Stand der Europäischen Integration ist wieder ein Werk, das sehr umfangreich, sehr ausführlich berichtet, was in der EU vorgeht, welche Belange die Steiermark und Österreich betreffen. Ich möchte dem Verfasser unseren Dank aussprechen. Herr Prof. Jeglitsch hat sehr vieles schon gesagt, er hat sich auch zur Vorgeschichte der Regierungsbildung und zu diesem Klima, das jetzt in Österreich herrscht, geäußert. Ich will wirklich nicht näher darauf eingehen, ich finde aber trotzdem, eine Bemerkung ist erlaubt, es ist wirklich beschämend, wie sich das Ausland in Belange Österreichs einmischt, wenn der Wähler, wenn das Volk in demokratischen Wahlen entschieden hat. Und so kann es nicht angehen, dass wir uns vom Ausland eine Wahlentscheidung, die das österreichische Volk getroffen hat, wieder zunichte machen lassen sollen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt einige wichtige Punkte in diesem Bericht. Es ist ganz interessant, wenn man diesen Bericht aufmerksam gelesen hat, da hat vor der ÖKOFIN-Tagung eine Sitzung stattgefunden, in der die EURO-11-Gruppe Stadt die Überwachung der Budgets der diversen Staaten vorgenommen hat. Hierbei wurde Besorgnis und Kritik an der Haushaltsentwicklung für das Jahr 2000 in Österreich ausgesprochen. Die Kommission hat festgestellt, diese Budgetentwicklung ist besorgniserregend. Aber, meine Damen und Herren, diese Sitzung war noch im Jahre 1999 und da hat es keine blauschwarze Regierung gegeben. Und wenn man jetzt kritisiert, dass ein Sparpaket wieder von der Regierung auf die Bewohner und die Bevölkerung Österreichs losgelassen wird, dann hat es andere Ursachen, meine Damen und Herren. Die Budgetsituation in Österreich ist gelinde gesagt bedenklich. Und wenn dann der Herr Finanzminister und der Bundeskanzler damals zugesichert haben, wir werden alles unternehmen, um die Ziele des Stabilitätspaktes zu erfüllen und heute redet man so, wie wenn damals alles bestens und alles in Ordnung war, dem kann ich einfach nicht folgen. Es ist und das muss man einfach sagen, ich glaube, alle vernünftigen Menschen und Leute verstehen, wenn es einfach mit der finanziellen Lage im Staate Österreich nicht zum Besten steht, dann ist die Regierung gefordert, den Sparstift anzusetzen. Und nichts anderes tut sie jetzt, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren! Noch einen weiteren interessanten Tagesordnungspunkt gibt es da drinnen. Da hat die Tagung des Rates Arbeit und Soziales am 29. November 1999 in Brüssel festgestellt, eine Empfehlung ausgesprochen. Auf der Basis des ge-

meinsamen Beschäftigungsberichtes für das Jahr 1999, der zusammen mit der Kommission ausgearbeitet wurde, beschloss der Rat folgende Empfehlung an Österreich zu richten:

Erstens: Österreich sollte die Anreize für den Vorruhestand überprüfen und flexiblere Arbeitszeitregelungen entwickeln, um die Erwerbstätigkeit älterer Menschen zu verlängern.

Meine Damen und Herren der SPÖ, da waren eure Vertreter dabei und heute geht ein Aufschrei durch die Menge, wenn man redet und zumindest nur andenkst, mittelfristig oder kurzfristig einmal das Pensionsalter anzuheben. Da waren die Vertreter der Gewerkschaft dabei und haben das mitverhandelt, meine Damen und Herren. (Abg. Schrittwieser: „Nicht unterschrieben!“) Nicht unterschrieben. Aber bei dieser Tagung war auch der Herr Präsident Verzetnitsch dabei. Und heute geht ihr hinaus und erzählt der Bevölkerung, ja die blau-schwarze Regierung hat das gefordert. Das waren eure Leute und das war die Empfehlung des Rates.

Eine weitere Empfehlung, meine Damen und Herren, hat gelaftet: Österreich muss seine Bemühungen um die Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit fortsetzen. Und nichts anderes macht die jetzige Regierung, indem sie die Lohnnebenkosten senkt, um die Wirtschaft wieder zu fördern. Meine Damen, das gehört einmal gesagt. Und dann komme ich schon auf Probleme zurück, die lediglich zum Großteil nur die Steiermark beschäftigen. Hier geht es um die nukleare Sicherheit des Atomkraftwerkes Krško. Hier geht es um die Umwelt. Und wir stehen und ihr wollt es vielleicht nicht hören, ihr Herren von der Sozialdemokratie, wir Freiheitlichen sind für eine Osterweiterung und waren auch immer für eine Osterweiterung. Aber nur unter gewissen Voraussetzungen. Wir haben die gleichen Bedenken gehegt wie der Herr Arbeiterkammerpräsident Tumpel, dass man gesagt hat, wir müssen die sozialen Standards halten. Wir müssen die Grenzlandregionen fördern durch zusätzliche Förderungsaktionen, um das geht es, meine Damen und Herren. Und wenn diese Sachen passieren, na selbstverständlich sind wir dafür. Wir gehen auch so weit. Es hat dieser Tage der Krško-Ausschuss stattgefunden, Thema: „Wie soll die zukünftige Krško-Politik aussehen?“ Was sagt das Land? Wir Freiheitlichen haben gesagt, für Slowenien ist eine Abschaltung des Atomkraftwerkes zum jetzigen Zeitpunkt einfach unzumutbar. Es gibt jetzt ein neues Kriterium. Slowenien investiert jetzt in die Modernisierung und in die Sicherheit 2 Milliarden Schilling. Es werden die Dampfgeneratoren ausgetauscht und erneuert.

Es wird ein Frühwarnsystem installiert und da danke ich dem Landeshauptmann von Kärnten Herrn Dr. Haider und Frau Landeshauptmann Klasnic, dass sie in einer Konferenz diese Installation dieses Frühwarnsystems so rasch vorangetrieben haben. Es war unbedingt notwendig für die Sicherheit unserer Bevölkerung: Ein rasches Abschalten wäre natürlich besser. Aber es geht nicht, wenn unser Nachbar 2 Milliarden Schilling investiert für die Modernisierung und man weiß, dass fast 40 Prozent des Energiebedarfes von Slowenien durch dieses Atomkraftwerk gedeckt werden. Ein rascher oder kurzfristiger Aus-

stieg ist einfach nicht möglich. Aber da sind wir wieder gefordert, die Steiermark und die Bundesregierung. Wir müssen den Slowenen den Ausstieg aus der Kernenergie erleichtern und ermöglichen. Meine Damen und Herren und wenn man dann von den Sozialdemokraten und von grüner Seite hört, das muss rasch gehen, dann stelle ich nur einmal die Frage: In unserem Nachbarland Deutschland gibt es jetzt eine rot-grüne Koalition, da gibt es einen grünen Umweltminister und wie wir wissen gibt es in Deutschland einige Atomkraftwerke und wie die Grünen noch nicht in der Regierung waren hat es geheißen, wenn wir in der Regierung sind, kommt es zu einem plötzlichen und sofortigen Abschalten der Atomkraftwerke. Aber selbst die Grünen mussten erkennen, dass es einfach nicht möglich ist, kurzfristig dieses Ziel zu erreichen. Deutschland ist ein Wirtschaftswunderland und deswegen werden wir auch Slowenien das nicht zumuten können.

Aber eines müssen wir unbedingt fordern und das ist unser aller Ziel. Wir müssen Slowenien darauf drängen, die höchstmöglichen Sicherheitsstandards einzuhalten und ein ganz modernes Frühwarnsystem zu installieren und da ist auch die Steiermark wieder gefordert. Und dazu gehört, um die Bevölkerung ausreichend zu schützen, der Ankauf eines mobilen Strahlenmesswagens und das müssten wir im Landtag endlich einmal beschließen und wir müssten vehement fordern, dass es endlich zu einem Ankauf dieses Strahlenmesswagens kommt. In diesem Sinne, glaube ich, können wir nach seiner Inbetriebnahme die größtmögliche Sicherheit der steirischen Bevölkerung gewährleisten. In diesem Sinne Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. - 14.57 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als Nächster zu Wort gemeldet und bevor ich diese Meldung ausspreche, darf ich im Auditorium begrüßen die 18 Schülerinnen des vierten Jahrganges E der HBLA Schrödingerstraße in Begleitung von Frau Dr. Sissy Kohrgruber-Zitz. Herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächster zu Wort gemeldet, wie gesagt, der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Riebenbauer (14.58 Uhr):** Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Auch ich möchte diesen Vierteljahresbericht zum Anlass nehmen, um über den aktuellen Stand der Umsetzung des Ziel-5 b-Programmes in der Steiermark zu informieren. Für unser Bundesland und vor allen Dingen für die 5 b-Regionen standen in der Steiermark von 1995 bis 2000, wie schon gesagt wurde, eine Milliarde 280 Millionen Schilling insgesamt zur Verfügung. 481 Millionen Schilling aus dem europäischen Ausrichtungsgarantiefonds Landwirtschaft und 779 Millionen Schilling nationale Mittel, das heißt Bundes- und Landesmittel. Und zu Beginn dieser Periode habe ich vielfach gehört, ja um Gottes willen, wir haben zwar ein Geld, aber wer weiß, kriegen wir das und wer wird das ausnutzen können? Niemand und es wird alles liegen bleiben. Ich glaube aber, dass gerade das Gegenteil eingetreten ist.

Meine geschätzten Damen und Herren, die Steirerinnen und Steirer in den 5 b-Regionen haben ihre Chancen genutzt. Wir werden diese Mittel, die bereit

sind, abholen und die 1,2 Milliarden Schilling sind zu 99,7 Prozent verplant. Das ist der derzeitige aktuelle Stand. Es sind Investitionen in der Höhe von 2 Milliarden 647 Millionen Schilling vorgesehen in diesen 5 b-Regionen und eine Milliarde 909 Millionen Schilling sind bereits investiert worden und mit Rechnungen belegt und nachgewiesen worden. Und, meine geschätzten Damen und Herren, das sind Investitionen in jenen benachteiligten Gebieten, die vor allen Dingen der Wirtschaft zugute kommen, die der Landwirtschaft zugute kommen, dem Tourismus zugute kommen und die eines sichergestellt haben und eines gezeigt haben, es ist die Bereitschaft im ländlichen Raum da, gemeinsam zu marschieren. Miteinander Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus, auch im Interesse der Arbeitnehmer im ländlichen Raum. Ich bin dankbar jenen, die das angenommen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Verein Integrierte ländliche Entwicklung hat hier einen Teil dazu beigetragen in der Begleitung. Wir haben keine Rezepte verordnet, sondern wir haben einfach begleitet und den Menschen geholfen, dass der Großteil dieser Projekte auch funktioniert und ich bin froh, dass es so gelungen ist. Und zum Auszahlungsgrad, meine geschätzten Damen und Herren, 826 Millionen EU-, Bundes- und Landesmittel wurden bereits ausbezahlt und mit Rechnungen nachgewiesen. Ich bedanke mich, dass diese Mittel von Bundes- und auch von Landesebene zur Verfügung gestellt worden sind. Es war sicher für unseren Landesrat Pörtl nicht immer leicht, diese Mittel aufzutreiben, weil es vorher nicht abschätzbar war, wie viel wir wirklich brauchen. 127 Millionen Schilling sind auszahlungsbereit. Insgesamt sind drei Viertel der zur Verfügung stehenden Summe bereits ausbezahlt und ich glaube, das ist sehr positiv und bis 30. Juni können noch die Rechnungen nachgereicht werden. Ich glaube, wir werden es sicher bestmöglich ausnützen. Ich möchte nur sagen, ich bin stolz darauf. Ich bin wirklich stolz auf jene unserer Mitmenschen, die eigentlich investiert haben und die mehr machen als leider Gottes noch zu viele hinter dem Ofen sitzen und jammern, wie schlecht die Welt ist. Nein, zupacken, angreifen, arbeiten und etwas schaffen, das ist die Devise dieser tüchtigen Menschen!

Meine geschätzten Damen und Herren, es ist immer wieder diskutiert worden, wie furchtbar diese Aufteilung der neuen Ziel-2-Gebiete ist und wir haben da sehr wenig erreicht. Und dann lese ich in der Zeitung, in der offiziellen Zeitung des Österreichischen Gemeindebundes: „Steiermark hat größtes Ziel-2-Gebiet.“ Ja, meine geschätzten Damen und Herren, das ist ein Verdienst unserer Frau Landeshauptmann. Danke, Frau Landeshauptmann, dass Sie sich bemüht haben! (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Drittel aller Ziel-2-Einwohner sind in der Steiermark mit 661.000 und wir wollen eigentlich nichts anderes haben, als dass auch die Mittel, die im steirischen Landesbudget im Jahr 2000 für uns für diese Ziel-2-Regionen vorbereitet sind, auch zur Verfügung gestellt werden, jene 225 Millionen Schilling. Und wenn wir Sorge haben und wenn wir verlangen, dass der Bund auch ausreichend Mittel zur Verfügung stellt, dann muss ich zu den Sozialisten schon eines sagen. Ja, wenn ihr so dramatisiert, momentan ist noch

gar nichts passiert. Passiert ist nur eines, dass der Hund die Wurst gefressen hat, auf die der Edlinger aufgepasst hat und jetzt suchen wir sie verzweifelt und suchen bei anderen die Schuld. Das ist, glaube ich, das große Problem. Wir werden auch diese Zukunft meistern, wenn wir gemeinsam arbeiten! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.04 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer (15.04 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zu zwei Bereichen Stellung nehmen. Einerseits jener Punkt des Berichtes, der sich auf die Vergabeordnung bezieht, wo die EU Kritik übt an der rechtlichen Regelung der Vergabebestimmungen im Lande. Und der zweite Punkt, die Ziel-2-Gebiete beziehungsweise deren Dotierung von Seiten des Bundes. Vorweg noch eine kurze Anmerkung zur Causa prima, Herr Prof. Jeglitsch: „Was siehst du das Korn im Auge deines Bruders? Den Balken im eigenen Auge siehst du nicht!“ Bibelzitat. (Abg. Porta: „Auch ein Bibelforscher!“)

Ich glaube, es wäre und ist immer ganz gut, wenn man vorm eigenen Haus kehrt und bei sich selber anfängt, wenn es irgendein Problem gibt. In diesem Sinne, ich habe es neulich schon bei unserer Dringlichen Anfrage getan, will ich mich auch selbst gar nicht ausnehmen und wiederhole, dass es Teil unserer österreichischen politischen Unkultur war, seit 1945, bestimmte Dinge unter den Teppich zu kehren und Teil unseres relativ manches Mal vom Ausland als sympathisch beobachteten jovialen und ein bisschen schlampigen Zugangs zu den Dingen dieser Welt war, Sachen halt einfach nicht so ernst zu nehmen und zu sagen, na ja, da hat er halt wieder, der Herr aus Kärnten, so oder so formuliert und er ist halt so, mein Gott, was willst denn machen. Und ich nehme mich da nicht aus. Wir haben in Österreich diese Debatte nicht ernsthaft genug geführt und ich möchte alle jene warnen, die jetzt die Beleidigten spielen und sagen, ja, das kleine ganz arme Österreich wird hier gepeinigt. Stellen Sie sich vor, dieselbe Situation wäre jetzt in Deutschland. Stellen Sie sich das nur einmal vor. Und da braucht man kein großer politischer Prophet zu sein um zu wissen, dass da noch viel mehr los wäre, natürlich, als eben bei dem kleinen Österreich, dem man ohnehin einiges zugute hält und von dem man eben weiß, dass es ein kleines Land ist und so viel Schaden nicht anrichten kann wie ein großes.

Das Zweite an die lieben Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, schlagen Sie nach bei Fischler. Ich habe eigentlich der Analyse des Herrn Kommissar Fischler nicht viel hinzuzufügen, das sage ich Ihnen, er trifft die Sache im Kern. Das kann man leidenschaftslos feststellen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass speziell natürlich im französischen Raum, also Frankreich, Belgien, stellen Sie sich vor, diese Länder, wenn Sie jemals dort waren, wenn Sie länger mit dieser Kultur zu tun hatten, dann ist Ihnen das ohnehin geläufig, dass das Verhältnis Frankreichs und Belgiens zu jenen Gegnern der letzten beiden Weltkriege sich natürlich

nicht in Luft aufgelöst hat und dass das auch gar nichts mit Beleidigtsein zu tun hat, sondern dass genau das die viel beschworene Geburtsstunde auch der Europäischen Union ist, dass man einen ganz klaren Strich unter jene Ereignisse zwischen 1938 und 1945 zieht, die diese Katastrophe heraufbeschworen haben. Versuchen Sie bitte sich das vor Augen zu halten. Und der Tabubruch einer Verharmlosung dessen, was zwischen 1938 und 1945 passiert ist, ist eine andere Sache. Da ist eine Grenzüberschreitung passiert und, was das eigentliche Problem ja noch verschärft hat, diese Grenzüberschreitungen sind ja nach Eintritt der FPÖ in die Regierung nicht ruhiger geworden, nicht zivilisierter geworden, nicht zurückgegangen, sondern haben sich leider Gottes auf Grund der Persönlichkeitsstruktur des ehemaligen Obmanns der FPÖ noch verschärft. Das einleitend.

Nun zu den Ziel-2-Gebieten. Ich meine, wenn ich mir das aus meiner Sicht jetzt anschau, wie da also leidenschaftlich gerungen und diskutiert wurde um jede einzelne Gemeinde und jetzt höre ich, der Bund kürzt die Mittel, halbiert sie, dann frage ich mich schon, was war denn das eigentlich für eine Übung? Was soll ich denn da noch dazu sagen? Was war denn das für eine Übung? Was hat denn jetzt die Gemeinde XY davon?

Das wäre jedenfalls einfacher gewesen, man hätte gleich gewusst von vornherein, von Bundesseite, dass die die Mittel kürzen werden. Dann hätte man auch bei der Abgrenzung unter Umständen einmal bestimmte Konsequenzen ziehen können.

Das Zweite in Richtung FPÖ. Wenn es so ist mit der Osterweiterung, dass hier so viele Hausaufgaben – wenn ich dieses Zitat verwenden darf – zu machen sind, wenn es also notwendig ist, dass man hier Mittel braucht, dann frage ich Sie, wo ist denn da Ihr Draht in die Bundeshauptstadt und was ist da passiert und was sind denn da für Knöpfe in der Leitung, dass Sie nicht nur nicht erreichen, dass ob der drohenden negativen Auswirkungen der angeblichen, der Osterweiterung die Mittel erhöht werden von Seiten des Bundes, sondern man sie dort ganz flockig einfach kürzt?

Eine allgemeine Passage zur Osterweiterung, weil der Herr Bundesminister Schmid sich jetzt bemüht fühlt, sich auch als Erweiterungsgegner zu outen. (Abg. Porta: „Das hat er nicht gesagt!“) Wissen Sie, alle Studien, die das Land hat machen lassen – und ich habe mir die angeschaut und ich bin mir manchmal nicht sicher, dass das alle Verantwortlichen im Lande auch getan haben –, alle diese Studien sagen eines, Österreich und insbesondere die Steiermark profitieren jetzt schon wirtschaftlich von der ohnehin schrittweise vor sich gehenden Öffnung.

Zweitens, es ist also nicht eine Aufgabe der Förderung etwa durch Brüssel alleine, diese Osterweiterung abzufedern, sondern es ist daher natürlich eine Frage der innerösterreichischen Solidarität. Es gibt Bereiche der Wirtschaft, der Bevölkerung, die davon profitieren und es gibt tatsächlich Bereiche, die davon negativ betroffen sind. Das auszugleichen ist primär eine innerösterreichische Aufgabe.

Weiters stellen diese Studien auch fest, dass ein späterer Beitritt negativ ist, im Vergleich zu einem früheren, aus einfachen wirtschaftlichen Gründen. Diese Länder sind nämlich sowohl im Zuge einer

Integration in die Europäische Union als auch nicht zuletzt im Zuge der dann notwendigen Erfüllung von verschiedenen Auflagen, insbesondere im Umweltbereich, gefordert und gezwungen, erhebliche Investitionen zu tätigen. Insgesamt, sagen die Wirtschaftsforscher, wird das eine wirtschaftliche Dynamik auslösen in diesen Ländern, von denen das benachbarte Österreich und nicht zuletzt die benachbarte Steiermark im Besonderen profitieren.

Das heißt, späterer Beitritt nach 2010 oder 2015 ist schlechter als ein früherer, sagen diese Studien. Wenn Sie das besser wissen, dann beweisen Sie es diesen Leuten meinetwegen. Ich habe aber noch nichts anderes gehört und für mich klingt das einfach schlüssig.

Und drittens allerdings ist es so, dass man es hier natürlich mit Chancen zu tun hat und nicht mit einem Naturgesetz, was die positiven Auswirkungen der EU-Erweiterung anbelangt. Das heißt, wenn man hergeht unter der Devise „Z'tot g'fürcht ist auch halb g'storben“, dann in der Tat können erhebliche negative Wirkungen eintreten. Wir müssen also dieses Potential nutzen. Und ich habe es heute im Zuge der Verkehrsdebatte schon einmal kurz angezogen, gehen Sie hinein ins Internet mit dem Suchbegriff „Euregio“ und schauen Sie, was da herauskommt und schauen Sie, wo da die Steirer bleiben. Da ist Leermeldung, finster im Walde. Da braucht man nur nach Wien gehen und einmal vergleichen, was die dort alleine auf die Beine gestellt haben an Kontakten, an konkreten Projekten, an Investitionen und sich dann nicht mehr die Haare raufen, warum die Steiermark etwa bei den Fernverbindungen so schlecht abschneidet. Und sei es nur das kleine Projekt von Radkersburg nach Murska Sobota, einer Herstellung einer Bahnverbindung zwischen diesen beiden kleinen Städten. Weil über Murska Sobota, auch das wurde heute schon gesagt, wird eine dieser transeuropäischen Hochleistungsbahnen in absehbarer Zeit führen. Sie ist ja über weite Strecken in dem Bereich zwischen Slowenien und Ungarn, wie Sie wissen, schon fertiggestellt. Also hier die Chancen zu nützen, ist notwendig. Jetzt zum Abschluss noch zu dem Kapitel Vergabeordnung.

Wie Sie wissen, habe ich mich im letzten Jahr unter dem Titel steirischer Bauskandal ein bisschen mit der Materie beschäftigt. Es überrascht mich daher nicht, dass die EU hier auch ein bisschen die Ambitionen hat, zur Zivilisation der Steiermark beizutragen, hat uns in diesem Sinne gemahnt. Wenn ich mir anschau die Dutzenden Berichte, die wir im Kontroll-Ausschuss zu behandeln hatten, etwa wie man heute noch im Vergabewesen umgeht, im Bereich der Wohnbauträger, dann kann ich nur sagen, schade um jeden Tag, wo diese Änderungen nicht endlich Platz greifen. Jetzt scheint es soweit zu sein. Es gibt, wie wir inzwischen erfahren haben, einen Erlass, mit dem einmal zwischenzeitlich diesen Vorgaben der Europäischen Union Rechnung getragen wird. Nachdem das aber kein Dauerzustand sein kann und man eine entsprechende Gesetzesänderung vornehmen wird müssen, möchte ich daher einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, erstens in Zukunft die Informationspflichten des Paragraphen 3 Landesverfassungs-

gesetz vom 23. Juni 1992 über den Ausschuss der Europäischen Integration, insbesondere seines Absatzes 4 zu beachten, wobei der Ausschuss durchaus mit Entwürfen – nein, bitte um Entschuldigung, das ist der falsche Antrag. Ich werde mich noch einmal zu Wort melden und dann den betreffenden Antrag einbringen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 15.17 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tremmel. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Tremmel (15.17 Uhr):** Hoher Landtag, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat als Vertreter der Landesregierung!

Eigentlich spreche ich zu dieser Vorlage ganz gern, weil hier von der steirischen Seite aus dargelegt wird, dass wir unseren seinerzeitigen Beitritt zur EU sehr ernst nehmen. Wenn auch die beiden Unselbstständigen Anträge von ÖVP und SPÖ, die das Förderungsvolumen zum Inhalt hatten, zurückgezogen wurden, so meine ich doch, dass man hier eine gemeinsame Linie dahin gehend gefunden hat, dass man die finanziellen Interessen dieses Landes und der Zielgebiete hier gemeinsam vertritt und ich bin nicht der Meinung, dass eine Resolution eigentlich nur etwas für den Papierkorb ist, sondern sie wird ankommen, Herr Landeshauptmannstellvertreter.

Ich darf meine Ausführungen in drei Bereiche gliedern. Den Stand der Rechtsanpassung. Grundsätzlich, was hier seitens der EU gesagt wird, ist richtig, aber ich überlege mir hier eigentlich die sehr starke Richtlinienkompetenz dieser EU, wo man hier auf die Rechtsbildung in diesem Land, sicher unter der Wahrung der Subsidiarität, hier mit eingreift. Und viele der Bürger haben eigentlich in Erinnerung, warum die seinerzeitige Kommission hier abgewählt wurde. Es hat hier verschiedenste Differenzen über Verwendung der Mittel gegeben, schwarze Kanäle ist hier ein sehr neutraler Ausdruck und die Kommission der Weisen, die damals eingesetzt wurde, hat es letztlich zuwege gebracht, dass die seinerzeitige EU-Kommission das Zeitliche segnen musste. Also mein Wunsch ist, dass diese Vergaberichtlinien natürlich auch im Großen und im Bereich der EU gelten. Bei uns, da bin ich davon überzeugt, werden sie sicherlich entsprechend vollzogen werden.

Im zweiten Teil des Berichtes zwei steht hier unter anderem zu lesen, was alles in der EU hier erledigt werden sollte und dass Romano Prodi eine sehr qualifizierte Expertengruppe, eine hochrangige Expertengruppe eingesetzt hat. Hier wird gesprochen über die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat, hier wird gesprochen über die Größe und Zusammensetzung der Kommissionen, hier wird über die Stimmengewichtung im Rat einschließlich neuer Gewichtungen doppelter Mehrheiten und Sperrminoritäten gesprochen. Eigentlich, meine Damen und Herren, alles gute Dinge, die bereits in einer funktionierenden Demokratie selbstverständlich sind. Aber das, was zum Funktionieren hier beitragen könnte, etwa mehr Rechte für das EU-Parlament, das kann ich hier nicht lesen. Oder

einen verstärkten Zugang des einzelnen Bürgers im Bereich des Rechts in der EU. Kein einziges Initiativrecht gibt es bis jetzt in diesem Bereich. Das wäre sehr wünschenswert, dass man das hier mit hineinbringt.

Dritter Bereich: Wenn hier über die Sanktionen gegenüber dem sogenannten Pariastaat Österreich gesprochen wird, dann darf ich vielleicht einen völlig Unverdächtigen zitieren. Giscard d'Estaing, der unter anderem gesagt hat, egal wie unsere Einschätzung ist, egal wie unsere Gefühle sind, die europäischen Verträge geben uns nicht das Recht, uns in nationale politische Entscheidungen einzumischen, die in demokratischen Wahlen getroffen worden sind. Artikel 7 des oft zitierten Amsterdamer Vertrages und in der Folge des neuen Maastricht-Vertrages betrifft nur schwer wiegende dauerhafte Vertragsbrüche. Bitte sagen Sie mir einen Bereich, wo Österreich vertragsbrüchig geworden ist. Es gibt keinen einzigen! Bitte zitieren Sie mir eine einzige Aussage eines österreichischen Politikers inklusive – wie hat mein Vordröner gesagt – des Herrn aus dem Süden, gemeint ist Jörg Haider, die hier inkriminierend oder im Sinne des Strafrechtes verletzend wären. Das gibt es nicht, bitte! (Abg. Dr. Flecker: „Das ist eine Latte!“) Sie können ruhig lachen, dann sagen Sie mir so etwas, Herr Kollege. Herr Kollege Flecker, dann sagen Sie so etwas. (Abg. Dr. Flecker: „Nein, Herr Kollege, ich habe gesagt, das ist eine Latte!“) Ja, ja, dann sagen Sie mir ein Stück einer solchen Latte. Sie können es nicht, ich weiß es, sonst hätten Sie es schon gesagt.

So, aber ich darf mit Giscard d'Estaing fortfahren: „Europa darf bei innenpolitischen Dingen einen Staat nicht diktieren“, schlicht und einfach. Und das, meine Damen und Herren, ist geschehen. Und ich vermisse hier in diesem Vierteljahresbericht einen Hinweis auf den Artikel 7, wo wir hier sagen bitte, Österreich ist schweres Unrecht geschehen. Das vermisse ich und das müsste hier dieser Landtag ebenso sagen. Ich sehe an Ihrem betroffenen Schweigen, dass Sie im Grunde dem zustimmen, was Franz Olah – zwar ein alter Mann, aber noch immer ein gescheiter Mann – zu seinem 90. Geburtstag gesagt hat. Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen kritisierte Olah vor allem den Bundespräsidenten. Er hat die Autorität des Amtes verspielt. Olah ist überzeugt, dass die EU-Reaktionen von Österreich aus inszeniert wurden und sieht eine Bürgerkriegs-atmosphäre heraufdämmern. Er, der bereits als Lehrling Mobilisierungszettel zu Streiks und Demonstrationen austrug, wirft nun den Genossen in Partei und Gewerkschaft vor, als Linksfaschisten – Zitat – das Land in zwei unversöhnliche Lager zu spalten. Ich erspare es mir, meine Damen und Herren, weiter hier zu zitieren.

Ich richte heute hier einen Appell an Sie. Ich habe seinerzeit einen Leserbrief geschrieben und das ist noch immer am Musikpavillon im Grazer Stadtpark angeschlagen. Es sollte nämlich aufzeigen, was das für Auswirkungen hat. Da steht oben „Tötet Haider! Zerschlagt die FPÖ!“ Ich kann mich nicht erinnern, meine Damen und Herren, dass in unserer 13-jährigen Opposition jemals so etwas nur in kleinstem Ausmaß passiert wäre. Ich kann mich an einen Parteitag von uns in Mureck erinnern, wo ein Delegierter unter

anderem sagte: „Naja die SPÖ, bei dieser Partei muss man aufpassen.“ Er wurde vom damaligen Parteibobmann Götz zurechtgewiesen.

Und heute, meine Damen, sieht man so etwas. Ich bitte wirklich hier, zu deeskalieren. Wenn etwa auch von den Grünen gesagt wird, Van der Bellen sagt es mit der Inbrunst der Überzeugung, mit diesen Pickerln haben sie nichts zu tun. Sie konnten vor zwei Tagen im Fernsehen Madeleine Petrovic in Berlin bei dieser Gegendemo – wie sich das so schnell herumspricht – sehen mit diesem Pickerl oben – also das mit dem durchgestrichenen Mascherl.

Es ist verständlich, meine Damen und Herren, wenn heute die Opposition sagt, das und das, euer Pensionspapier, eure Sanierung der Kassen, eure Budgetpolitik ist falsch, weil, weil, weil. Das ist das gute Recht der Opposition. Aber nein, ein Großteil der Kräfte wurde dazu verwandt, halt auf die Straße zu gehen, Demonstrationen anzuheizen – ich könnte auch den „Zauberlehrling“ zitieren.

Und ich hoffe, es gelingt uns gemeinsam und das ist die Einladung, meine Damen und Herren, gerade im Anblick dieser Vorlage, dass wir uns gemeinsam bemühen, für unser Land „hier“ tätig zu sein und nicht auf der Straße!

Dieser Bericht – er ist im Kern ein sehr guter –, nur müssten wir so aufrecht und so mutig sein, dass wir auch diese von mir zitierten Dinge mit hineinschreiben als Forderungen, die wir wirklich brauchen, um diese EU demokratisch zu machen. Intern sprechen wir darüber immer. Das gehört im Sinne des „Ceterum censeo“ in jedes Papier hinein, dass die Demokratisierung der EU hier fortschreitet, wie wir es hier in Österreich schon lange Gott sei Dank haben. (Beifall bei der FPÖ. – 15.27 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Brünner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner (15.27 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hatte ursprünglich nicht vor, mich zu diesen Vierteljahresberichten, die ich sehr schätze, zu Wort zu melden. Aber da die Debatte auch zu einer Debatte über die Haltung der Europäischen Union gegenüber Österreich geworden ist, kann und möchte ich mich nicht verschweigen.

Als die 14 Mitgliedsländer der Europäischen Union ihre bilateralen Sanktionen über Österreich verhängt haben, habe ich dafür ein gewisses Verständnis gehabt. Ein gewisses Verständnis dergestalt, dass man einen Schuss vor den Bug abgegeben hat. Einen Schuss vor den Bug dahin gehend, dass eben Zentralwerte auch dieser Europäischen Union, wie Achtung der Menschenrechte, Schutz der Minderheiten, nicht beeinträchtigt werden sollen. Und ich habe mir gedacht, dass der Schuss, den Frankreich und Belgien insbesondere abgefeuert haben, auch ein Schuss vor den eigenen Bug gewesen ist, der da heißt Le Pen und Vlaams Blok.

Schön wäre nur gewesen, wenn Frankreich und Belgien das Österreich gesagt hätten, Österreich gehabt hätten, liebe Freunde, wir wissen, dass wir

euch jetzt herauspicken, aber wir müssen es tun, weil wir haben Geister im Nacken, die auch wir nicht wollen.

Und ein Weiteres, ich habe ein gewisses Verständnis gehabt, dass man in 14 EU-Mitgliedsländern eine gewisse Sorge gehabt hat, dass eine relativ weit rechts stehende Partei regierungshoffähig gemacht wurde in Österreich. Aber wieder ein massives Aber, meine Damen und Herren, diese 14 Mitgliedsländer haben übersehen, dass es letztendlich nicht die ÖVP gewesen ist, die die FPÖ regierungshoffähig gemacht hat, sondern die Wählerinnen und Wähler dieses Landes am 3. Oktober des vorigen Jahres. Auch wenn mir das Wahlergebnis nicht passt, nicht nur deswegen, weil wir hinausgeflogen sind, sondern nicht passt, weil die FPÖ zweitstärkste Partei geworden ist, so haben Wählerinnen und Wähler in einer demokratischen Wahl eine Wahlentscheidung getroffen. Und eine Wahlentscheidung ist zu akzeptieren und zu respektieren, auch wenn sie mir nicht passt.

Die Haltung der Europäischen Union dieser Wahlentscheidung gegenüber oder der 14 Mitgliedsländer dieser Wahlentscheidung gegenüber fügt der Demokratie im Allgemeinen und der Demokratie in Österreich einen Schaden zu, weil der Eindruck entsteht, dass ein Ergebnis, das auf demokratische Weise zustande gekommen ist, umgeschrieben werden soll. Wenn ein solcher Eindruck sich breit macht, ist das ein ganz gewaltiger Bazillus im System der Demokratie.

Ein Zweites: Wenn die 14 Länder sagen, na ja gut, liebes Österreich, wir haben ja nur bilateral die Sanktionen verhängt, aber der Betrieb in den Institutionen der Europäischen Union läuft nach dem Grundsatz Business as usual, dann kann ich nur sagen, ich verstehe diese Damen und Herren in der Europäischen Union nicht. Denn folgendes analoge Beispiel: Da gibt es eine Familie mit 15 Familienmitgliedern, die kündigen dem fünfzehnten die Freundschaft auf, nur bilateral und ansonsten sagen sie, wir sind immer noch eine Familie. Das ist komplett klar, dass das schon unter psychologischen Gesichtspunkten nicht funktionieren kann, diese Trennung bilateral verhängte Sanktionen und Betrieb as usual im Rahmen der EU-Institutionen.

Ein Drittes: In diesen Staatskanzleien von 14 EU-Mitgliedsländern sind doch wohl politische Profis tätig, oder, meine Damen und Herren? Und politische Profis hätten ein Ausstiegsszenario haben müssen und nicht sich hineingraben in ein Loch, wo man, wenn man auch möchte, nicht mehr herauskommen kann. Und nicht einmal die Absprungbasis, nämlich den Rücktritt von Jörg Haider in seiner Funktion als Bundesparteiobmann, nicht einmal diese Absprungbasis haben diese Profis genützt. Da wäre die Möglichkeit gewesen zu sagen, okay, wir sehen, dass da eine gewisse Zurückhaltung da ist, wir werden Österreich weiterhin sehr beobachten, aber wir streichen die Sanktionen gegen Österreich.

Ein Viertes: Wenn gesagt wird von 14 Mitgliedsländern der Europäischen Union, sie werden keine Österreicherinnen und Österreicher in internationalen Organisationen mehr unterstützen, dann verstößt das gegen einen zentralen Grundsatz des Primärrechtes der Europäischen Union, nämlich das Diskriminie-

rungsverbot aus Gründen der mitgliedstaatlichen Staatsangehörigkeit. Auch wenn es nicht die EU ist, sondern internationale Organisationen, verstößt das gegen den Geist des Diskriminierungsverbotes.

Ein Fünftes, meine Damen und Herren: Ich habe überhaupt kein Verständnis, null Verständnis dafür, dass österreichische Schulklassen im partnerschaftlichen Schulaustausch nach Hause geschickt werden, diese Austausche nicht stattfinden können. Ich habe null Verständnis, wenn, Herr Kollege Jeglitsch, unsere ausländischen Professorinnen und -kollegen österreichische wissenschaftliche Symposien meiden. Ich habe null Verständnis, wenn ausländische Gastprofessoren eine in Aussicht genommene Gastprofessur an einer österreichischen Universität streichen. Ich habe null Verständnis dafür.

Und mein emeritierter Universitätsprofessorenkollege Hugo Sauer hat es auf den Punkt gebracht in einem Leserbrief. Als es noch den Eisernen Vorhang gegeben hat, sind wir – auch ich – hinübergefahren über den Eisernen Vorhang, um mit unseren Kolleginnen und Kollegen, von denen wir wussten, dass manche hohe KP-Funktionäre sind – ich war noch ein paar Jahre vor dem Fall der Mauer in Leipzig und die juristischen Fakultäten waren dort alle von kommunistischen Funktionären besetzt – und trotzdem haben wir versucht, den wissenschaftlichen Kontakt zu pflegen. Und das verlange ich auch heute von meinen ausländischen Professorinnen und -kollegen.

Hier fügt man nicht nur der österreichischen Wissenschaft, sondern dem Selbstverständnis einer Scientific community, dem Selbstverständnis von Wissenschaft, die über alle ideologische Grenzen hinweg funktionieren soll, ganz schweren Schaden zu.

Und ein Sechstes und Letztes: Die 14 Mitgliedsländer der Europäischen Union haben auch dem Europagedanken und dem Integrationsgedanken massiven Schaden zugefügt.

Ich bin neugierig, wie die Abstimmung, die Volksabstimmung in Dänemark über die Einführung des Euro ausgehen wird, weil die Umfragen, die es bis zu dieser österreichischen Situation gegeben hat, waren knapp mehrheitlich für den Beitritt von Dänemark zur Euro-Union.

Und ich höre, dass es jetzt Umfragen gibt, die sagen, knapp wird die Volksabstimmung gegen den Beitritt von Dänemark zur Euro-Union ausgehen. Ist ja auch verständlich, wenn signalisiert wird, dass man ein Land herauspickt und es auf diese Weise schlägt, wie Österreich geschlagen worden ist. Meine Damen und Herren, Sie kennen meine Positionen zu verschiedenen politischen Inhalten der FPÖ, was Ausländer et cetera anbelangt, aber das, was hier passiert mit Österreich, das ist etwas, wo von aussen, vom Ausland der österreichischen Demokratie und dem Europagedanken massiver Schaden zugefügt wird und das stört mich ganz massiv. (Beifall bei der ÖVP. – 15.35 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Vorbereitungskurses der Verwendungsgruppen D und C des Landesbauamtes, die für die Ablegung der

Dienstprüfung unter der Führung von Frau Regierungsrat Mag. Christine Klug hier anwesend sind. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer (15.36 Uhr):** Eine kleine Anmerkung noch zur Frage der Ziel-2-Mittel. Herr Landesrat, mich hätte auch interessiert, wie du das siehst, wenn jetzt das Land wirklich übrig bleiben sollte mit einem höheren Finanzierungsbeitrag als jener des Bundes, müssen wir dann auch diese Mittel über die EU-Förderprogramme laufen lassen? Mir ist nur zwischenzeitlich aufgefallen, das könnte nicht unbedingt so klug sein, diese Mittel des Landes in die doch manchmal etwas mühsamen EU-Fördermaschinen einzubringen, nachdem das ja Zielkulisse ist, verbietet uns das ja niemand, wenn ich das richtig sehe, diese Mittel auf steirischer Ebene nach eigenen Kriterien und kurzfristig auszugeben. Das war nur eine Frage.

Ich möchte jetzt den vorhin angekündigten Antrag einbringen, betreffend EU-Rechtswidrigkeit des Steiermärkischen Vergabegesetzes.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Novelle zum Steiermärkischen Vergabegesetz in den Landtag einzubringen, um das Nachprüfungsverfahren an die einschlägigen EU-Richtlinien anzupassen. Insbesondere ist dem übergangenen Bieter die Möglichkeit einzuräumen, die Zuschlagsentscheidung anzufechten und durch einen gleichzeitigen Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung eine rechtswidrige Zuschlagsentscheidung wirksam zu verhindern. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 15.38 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hohegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (15.39 Uhr):** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf nur ganz kurz auf den Antrag der Grünen, betreffend Vergabegesetz, eingehen und ich möchte begründen, warum wir das eigentlich für entbehrlich halten. Und zwar deshalb, weil der Verfassungsdienst bereits zurzeit eine Novellierung des Steiermärkischen Vergabegesetzes vor, die im Wesentlichen eine Umsetzung geänderter EU-Richtlinien bezweckt. In der Sache geht es dabei um eine Anpassung an das im Rahmen des Welthandelsabkommens abgeschlossene Übereinkommen über das europäische Beschaffungswesen. Der Verfassungsdienst ist daher bemüht, den Steiermärkischen Landtag noch vor der Sommerpause in dieser Angelegenheit zu befassen.

Und es gibt einen weiteren Zugang. Wesentlich folgenschwerer und bedeutsamer aus der Sicht der Praxis sind jene Anpassungen, die auf Grund von Urteilen des EuGH erforderlich sind. Dabei geht es insbesondere um eine Neuordnung des Rechtsschutzes infolge des sogenannten Öko-Punkteurteils des EuGH. In Anbetracht dieser komplexen Problematik sollten wir hier deshalb harmonisiert vorgehen.

Eine Lösung dieser Problematiken erfordert aber ein im Interesse der Einheitlichkeit akkordiertes Vorgehen des Bundesgesetzgebers und der Landesgesetzgeber. Es wäre daher wenig sinnvoll, wenn ein Land hier vorpreschen würde. Auf Grund dieser Sachverhaltsdarstellung und auf Grund dieser Fakten schlage ich vor, dass wir hier in der Steiermark keine Fleißaufgabe machen und vorpreschen sollen, sondern dass wir hier die bundesweit akkordierte Vorgangsweise anstreben sollten und dass wir daher, Herr Kollege Hagenauer, dem Antrag der Grünen derzeit nicht beitreten können und sollen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.41 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (15.41 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man hier so den Ausführungen meiner Vorredner zuhört, dann muss man einmal dazu sagen, dass der Eindruck entsteht, dass man hier mit zwei Packeln Karten spielt. Ich sage das einmal so salopp. Wenn man sich beschwert, dass das böse Ausland die Demokratie nicht berücksichtigt und ein Wahlergebnis in Österreich nicht berücksichtigt, dann darf ich nur sagen, es entsteht oft der Eindruck, dass es mit Absicht und mit Interesse verfolgt wird, dass in Österreich durch die Aussagen Haiders permanent diese Feindlichkeit geschürt wird, dass man von den innerpolitischen Problemen ablenken kann (Abg. Dr. Tremmel: „Vom Haider wird nicht geschürt!“ – Abg. Wiedner: „Geschürt habt ihr!“), weil man immer auf das Ausland hinspielen will, meine Damen und Herren!

Meine Herren von der ÖVP, ihr braucht gar nicht immer mitschmunzeln, ich möchte nur sagen, weil auch die EU-Osterweiterung angeschnitten wurde, ich ersuche nur, ihr habt ja die Zugänge, schaut euch die APA-Meldungen an. Ich war irgendwie schon betroffen, auf der einen Seite hat der ehemalige Landesrat und jetzt Infrastrukturminister Michael Schmid die EU-Osterweiterung abgelehnt, dann hat die Frau Vizekanzlerin und die jetzige designierte FPÖ-Parteivorsitzende ausrücken müssen und den Schmid zurechtweisen, weil sie sagt, für die FPÖ gilt das Regierungsabkommen und das Programm. Auch Schmid hat sich dazu zu bekennen. Ist auch ein bisschen interessant, da muss die Frau EU-Abgeordnete Ursula Stenzel im „Profil“ fordern und sagen, sie verlangt von der Regierung, dass sie sich von Haiders Sprüchen und Schmid's Zweifeln zu distanzieren habe, wenn Schlüssel dazu schweigt, verliert er seine Glaubwürdigkeit und, und. Ich habe das ganze Paket noch drüben, da könnte man viele derartige Meldungen zitieren.

Ich möchte aber eines sagen, Kollege Tremmel. Pauli Tremmel, wir kennen uns sehr gut. Und wenn du da hergehst und sagst, dass es eine Sauerei ist, dass man da irgendwo aufgeklebt hat „Tötet Haider“, so möchte ich als Sozialdemokrat sagen, wirklich aus innerster Überzeugung und ich bin überzeugt, es steht der ganze Klub bei uns dahinter. Derartige Aussagen werden wir nie akzeptieren. Sie sind nicht in Ordnung und wir lehnen sie als SPÖ ab. (Beifall bei der SPÖ.)

Und mir würde es aber auch nie einfallen, lieber Pauli Tremmel, wenn du durch die Abraham-à-Santa-Clara-Gasse gehst – das ist nur ein kleines Gasserl in Richtung Dom hinauf –, dort steht schon seit Wochen: „Lieber tot als rot und nie wieder rot!“ Ich habe da nie gedacht, dass da die FPÖ dahinterstehen könnte und auch so salopp eine Anschuldigung gemacht. Das ist genauso abzulehnen. Aber es hat dein Vorwurf so an uns geklungen.

Meine Damen und Herren, jetzt sage ich noch etwas, wundern wir uns nicht, wenn permanent die europäischen Staaten auf Österreich schauen. Die mischen sich nicht in die nationalen Geschichten hinein. (Abg. Wiedner: „Die sollen auf sich selber schauen!“) Wir bekennen uns und wir wissen, dass in einer Demokratie – und Prof. Brünner hat es zitiert –, wie diese Regierung durch die Wahl zustande gekommen ist, das hat man als Demokrat zu akzeptieren. Was wir aber nicht akzeptieren können ist, dass man permanent auf der einen Seite – jetzt hat er sich zwar schon ein bisschen ins Bärenal zurückgezogen, der Herr Haider – seine Anschuldigungen tagtäglich, liebe Damen und Herren, verfolgen kann, wenn er von der österreichischen Nation als Missgeburt spricht, wenn er den Jacques Chirac als Pinocchiopräsident und als Westentaschennapoleon bezeichnet, dass alle EU-Abgeordneten, egal von welcher Fraktion, ob von der ÖVP oder von uns, ausrücken müssen, um sich zu rechtfertigen und zu verteidigen, dass das nicht die Meinung Österreichs ist, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn dauernd das Ausland auf uns losgeht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wenn der Kollege Porta zum Budget da herausgeht – ich kenne dich jetzt schon lange und es ist fast müßig, darauf etwas zu sagen – und sagt, das Budgetloch, das hinterlassen wurde, müssen wir reparieren. (Abg. Schinnerl: „Stimmt ja!“)

Ich darf nur sagen, der Herr Finanzminister Edlinger hat immer die ganz gleichen Zahlen in der Öffentlichkeit genannt, das kann man nachlesen, per Heller und Pfennig, also das veröffentlicht, was der Herr Grasser jetzt nach drei Wochen draufgekommen ist, dass die Situation so ist und dass jetzt plötzlich das Budget EU-konform ist und dass wir da kein riesiges Problem haben werden und dass man sagt, die Lohnnebenkosten sind gesenkt. Jubel, Trubel, Heiterkeit, du wirst noch die Gelegenheit haben mit anzutreten, wenn wir den Vergleich antreten und sagen, 15 Milliarden nehmen wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für diese Lohnkostensenkungen weg und 19 Milliarden geben wir denen dazu. Ich erspare mir jetzt, ins Detail einzusteigen. Da wird es noch Möglichkeiten geben. Weil derzeit können wir nur von dem ausgehen, was im Regierungspapier steht. Und bei allen Auftritten merkt man schon, bitte merkt man schon, dass das Papier aber nie zum Umsetzen sein wird und dass diese Großspurigkeit auf Widerstände stoßen wird, weil das bitte nicht vertretbar ist für uns als Sozialdemokraten. Und da werden wir unsere Stimme erheben und werden auch zum Kampf aufrufen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage, meine Damen und Herren, die einzige Antwort, die einzige Antwort über den Stellenwert Österreichs und über die Budgetsituation, das darf ich auch

sagen – (Abg. Schinnerl: „Du bist ein Kämpfer!“) höre ein bisschen zu, lieber Freund Schinnerl, du bist jetzt zwar aufgestiegen in der Hierarchie, wahrscheinlich nicht aus Lust und Toleranz, aber du wirst das geschafft haben.

Die OECD hat Österreich bewertet, bevor die Regierung abgelöst wurde und wir sind bewertet und das ist eine neutrale Geschichte, als viertreichstes Land in Europa und wir haben seit 1945 die geringste Inflationsrate. Ihr habt noch das Glück, dass die Steuerreform, die die Sozialdemokraten durchgezogen haben, jetzt auch wirkt. Daher könnt ihr sagen, den Leuten bleibt etwas in der Tasche. Und der ÖVP möchte ich schon ins Leben rufen, nicht zu sagen, wir haben jetzt den Karren in den Dreck gefahren, 15 Jahre seid ihr mit dabei gewesen. Bei der Steuerreform von uns 25 Milliarden Schilling vom Finanzminister Edlinger eingebracht, die ÖVP hat 40 Milliarden haben wollen. Also den Karren quasi noch mehr in den Dreck geschoben. Und jetzt wollt ihr das nicht verteidigen. Meine Damen und Herren, das sind Widersprüche, das können wir nicht akzeptieren. (Beifall bei der SPÖ. – 15.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Herr Landesrat, dir verbleibt das Vergnügen.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl** (15.48 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich vielleicht zu dieser Diskussion, die zum Thema „Österreich und die Welt“ hier stattfindet im Steiermärkischen Landtag, aus der Sicht eines kleinen regionalen wirtschaftspolitisch Verantwortlichen drei Bemerkungen sagen.

Erstens: Unbestritten ist, dass die Internationalisierung der Steiermark, Österreichs, ein tagtägliches Thema für Repräsentanten eines Landes, weil in einer Lage, in der wir uns befinden, als Binnenland, als europäisches kleines Binnenland, ohne viele Rohstoffe, große außenwirtschaftliche Verflechtung – Sie wissen, die Steiermark lebt zu über 50 Prozent vom Export von Gütern und Leistungen, immer mehr Dienstleistungen – wir alle miteinander daran gemessen werden, was wir leisten. Ich bin auch in den letzten Wochen ganz bewusst sehr viel, ohne Begleitung von irgendwelchen schrillen Pressemeldungen, in Brüssel gewesen, auch in den USA gewesen und habe mir sehr viele Fragen stellen lassen müssen. Und das ist für mich eine der wichtigsten Überlegungen in dieser Zeit, dass sich alle Repräsentanten – und da ist es leider so, dass sich das offensichtlich in der politischen Kultur dieses Landes so abspielt, dass alle Repräsentanten die Qualitäten und die Stärken dieses Landes und ihrer Bürgerinnen und Bürger darstellen und vertreten, selbstbewusst. Das wäre ein Wunsch, und zwar Wurst, ob ich jetzt in der Regierung sitze oder mich auf der Oppositionsbank befinde. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Fangst du auch an mit der Verschwörungstheorie. Ist doch ein Unsinn!“)

Zweitens: Auch nur eine kurze Bemerkung, innerpolitisch Opportunes, durchaus Opportunes, ist objektiv außenpolitisch schädlich. Und vor dem Hintergrund dessen, was ich einleitend gesagt habe, sollte man sich bei den innerpolitischen Aussagen und Bemerkungen durchaus etwas mehr zurückhalten.

Ich bin an sich hier dann beim Herrn Präsidenten, ich habe aber sehr genau zugehört und das war für mich sozusagen spontan ein Anliegen, das hier zu bemerken.

Ich habe mich aber hier zu Wort gemeldet, um ein paar auch sachliche, fachliche Bemerkungen zu den Aussagen zu machen, die hier von Abgeordneten getätigt wurden im Zusammenhang mit dem Ziel-2-Neu-Programmplanungsdokument, das wir jetzt in der Regierung haben. Es ist gestern aufgelegt worden. Sie sind informiert, es wurde auch darüber berichtet.

Herr Abgeordneter Grabner, dass das, was die Europäische Kommission mit dem Förderungsschwerpunkt „Bildung, Forschung, Entwicklung, Kooperation“ vorschreibt für die Regionalpolitik, dass das in der Steiermark besonders umgesetzt wurde und nicht nur wird und in Zukunft noch stärker umgesetzt wird und Sie kennen ja seit geraumer Zeit unser Dokument, das auch mit Hilfe vieler Expertinnen und Experten aus allen Bereichen des Landes, auch der Regionen, erstellt wurde, das ist gerade in der Steiermark wichtig zu sagen. Denn wir sind europäisch gesehen ein Modellfall für moderne, innovative, technologieorientierte, forschungs- und entwicklungsorientierte Regionalpolitik. (Beifall bei der ÖVP.)

Und dass wir weit weggekommen sind, schon in den letzten Jahren – und die Frau Landeshauptmann Klasnic als Wirtschaftsreferentin hat Mitte der achtziger Jahre damit begonnen –, Einzelbetriebsförderungen an Gesamtkonzepte zu binden, an Gesamtkonzepten auszurichten ist ja der Grund dafür, dass wir in der Steiermark die Clusterpolitik, nicht erfunden haben, erfunden wurde sie im Mittelalter, aber verstärkt betrieben haben, stärken, verstärken. Auf Qualifizierung und Humanressourcen zu setzen, das ist bei uns in der Steiermark seit Jahren der ausgewiesene Förderungsschwerpunkt. Wenn wir dann auf dem Interventionsweg mit Einzelförderungsabsichten politisch konfrontiert werden, na selbstverständlich, wir werden dort zum Dialog gefordert. Aber Sie können mir glauben, es gibt genug Fälle und Sie kennen sie ja selbst auch, wo wir ablehnen mussten, wo die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, weil sie Gott sei Dank auch politikfern konstruiert ist – das ist ja auch eine richtige Überlegung gewesen am Anfang der neunziger Jahre –, das auch mit Recht und mit entsprechenden Argumenten tun kann.

Ich komme jetzt zur Finanzierungsfrage, die Sie auch angesprochen haben. Und da waren Sie, Herr Abgeordneter Grabner, meines Erachtens ein bisschen großzügig mit sich selbst gewesen. Es stimmt, Sie haben im Ausschuss und heute hier auch noch einmal in Ihrer Wortmeldung darauf hingewiesen, dass es selbstverständlich zu diesen Dotierungen dieses Programmes kommen muss, denn sonst würde ja der Sieg, den die Frau Landeshauptmann auf der Ebene der LH-Konferenz und in der ÖROK für die Steiermark erringen konnte, nämlich die geringste Reduzierung der Gebietskulisse zu erreichen – minus 15 Prozent, andere Regionen, andere Bundesländer hatten minus 30 Prozent und mehr – dieser Sieg ist natürlich nur ein halber Sieg, wenn es nicht gelingt, die entsprechenden Maßnahmen, die über ein Jahr vorbereitet wurden – auch da möchte ich schon betonen, 1998 war bereits der Startschuss, einstimmig im Übrigen in der Regie-

rung für die Erstellung dieses Programmes. Das kommt nicht von heute auf morgen und das wissen Sie auch. Diese Finanzierungsfrage ist natürlich im Moment eine sehr heiße und zwar im Lande. Wir brauchen da nicht so sehr auf den Bund jetzt schauen, tun wir auch, weil der Bund uns selbstverständlich hier verpflichtet ist. Und wir kämpfen auch, da gibt es Briefe, da gibt es persönliche Gespräche und da gibt es vor allem sehr intensive Verhandlungen auf der Ebene der Experten und der technischen Einrichtungen der Kommissionen und Ausschüsse, die es ja hier gibt.

Und ich bitte Sie, auch in Ihren Bereichen – ich formuliere das jetzt sehr vorsichtig, um nicht vor Ende dieser entscheidenden Phase, am 27. März müssen wir in der Regierung fertig sein, die Verhandlungen zu stören –, ich bitte Sie aber, dass Sie gerade in Ihrem Bereich, denn Sie stellen den Finanzreferenten dieses Landes, auch uneingeschränkt dafür eintreten, dass das Land die Mittel, die geplant sind und die auch im Budget 2000 budgetiert sind, für dieses Programm zur Verfügung stellt. Ich bitte Sie darum, hier nicht mit zweierlei Maß zu messen. Und es ist nicht so, dass hier zwischen Land und Bund ein Verhältnis von eins zu eins gegeben sein muss. Niederösterreich macht es uns vor. Niederösterreich hat eine große Reduktion von Bundesseite erfahren, wie wir wissen, hat aber auf Landeseite sozusagen da auch einen gewissen Ausgleich zustande gebracht. Das müssen wir auch in der Steiermark tun, wenngleich ich sage, bis zur Beschlussfassung auf der Bundesebene werden wir selbstverständlich den gesamten Betrag, den das Land zur Verfügung stellt und das sind die schon angesprochenen 225 Millionen, auch vom Bund fordern, überhaupt keine Frage. Alles andere ist auf Landeseite nicht vertretbar. Es ist nicht vertretbar, dass wir etwa über die Eins-zu-eins-Bindung, über den Eins-zu-eins-Schlüssel auf denselben Betrag herunterkommen, der eventuell von Bundesseite dargestellt wird. Dieses steirische Selbstbewusstsein für unsere Programmplanung bitte ich Sie auch entsprechend, ohne parteipolitische Ansehung, aufzubringen. Das ist auch Inhalt der Resolution und ich habe heute auch die Zusage bekommen, dass man diese Resolution zumindest am Montag von der SPÖ-Seite nicht mehr behindert, persönliches Wort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters. Und wir werden ja am Montag sehen, ob wir uns sozusagen diesbezüglich zumindest mehrheitlich auf der Bundesebene positionieren können. Schön wäre es natürlich und das würde sicherlich für die Steiermark auch ein stärkeres Auftreten sein, wenn hier auch die SPÖ mitmachen könnte. Ich verstehe es nämlich nicht, warum sie nicht mitmacht, mehr vom Bund zu fordern mit Resolutionen, mit allen Möglichkeiten, die Sie haben. Bitte nennen Sie sie, falls Sie an weitere Möglichkeiten denken, das ist das Gebot der Stunde.

Meine Damen und Herren, Peter Hagenauer hat mich ganz konkret angesprochen und gefragt, müssen Landesmittel über EU-Programme laufen? In den Zielgebieten selbstverständlich und es wäre auch Unfug bei Maßnahmen, wo EU-Mittel und zwar in einem sehr hohen Ausmaß über 400 Millionen Schilling im Jahr zur Verfügung stehen, die nicht anzusprechen im Ziel-2-Gebiet. Was anderes ist die Wettbewerbs-

kulisse, da können wir ja in den Gebieten, die nicht in der Wettbewerbskulisse sind, wie etwa Graz und Graz-Umgebung, nicht fördern. Da hilft es nichts, ob EU-Mittel oder nationale Mittel. Nur, in dem Zielgebiet ist natürlich die Verfügbarkeit, das Ansprechen-Können von EU-Mitteln eine sehr wichtige Sache, denn die Programme sind ja auf die Verfügbarkeit von über 400 Millionen Schilling EU-Mittel ausgerichtet. Ich würde Sie auch einladen, falls Sie wirklich Interesse an den Inhalten haben, schauen Sie sich das an, es steht Ihnen zur Verfügung. Ich habe auch seit unseren Ausschussdiskussionen diesbezüglich leider – sage ich, aber okay, ich kann es ja nicht erzwingen – noch keinerlei inhaltliche Kritik oder inhaltliche Abänderungsvorschläge bekommen. Aber es ist noch Zeit, wir werden dies – so hoffe ich – auch entsprechend noch kommunizieren.

Auch eine zweite Geschichte von Hagenauer möchte ich ansprechen. Grenzraum. Ich habe gerade letzte Woche – es war, glaube ich, Donnerstag oder Freitag – die Gelegenheit gehabt, der Abgeordnete Alfred Prutsch war dabei, dort ein Projekt vorzustellen, ein Impulszentrum, Produktions- und Dienstleistungszentrum an der Grenze, das diesen Grenzraum besonders und auch die Aktivitäten, Unternehmungen der Märkte in Slowenien, in Kroatien und in Ungarn anspricht. Ein äußeres Zeichen ist, dass dort die Bewerbung dieses Standortes auf 25 Hektar mit rund 25 Millionen Schilling Landesengagement als Impulszentrum auch viersprachig dargestellt wird. Ein Symbol einerseits, eine Chance andererseits, die gerade auch von der Region dort auch wahrgenommen wird, weil die Gemeinden mitmachen. Das war eine Auflage. Radkersburg und Radkersburg-Umgebung machen mit und das ist der einmalige Fall, wo der Bürgermeister, der regierende Bürgermeister von Radkersburg in diesem Impulszentrum auf diesem Areal am Standort Radkersburg-Umgebung selbst investiert. Eine durchaus symbolträchtige Geschichte.

In diesem Sinne nochmals meine Bitte, dass wir die nächsten Tage nützen, um diesem steirischen Programm, das ein sehr engagiertes ist und das den Strukturwandel, wie er in den letzten Jahren erfolgreich beschritten werden konnte, auch in den nächsten Jahren bis 2006 entsprechend impulsiv, modern, technologieorientiert, innovativ unterstützt, dass Sie über alle Parteigrenzen hinweg und auch nicht orientiert auf irgendwelche Wahltermine das unterstützen. In dem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.01 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker (16.02 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herbert, ich will in drei Punkten ganz kurz auf dich eingehen. Ich glaube, beim Punkt eins, als du vom selbstbewusstesten Vertreten der österreichischen Sache gesprochen hast, verwechselst du Ursache und Wirkung. Es ist wohl kein Zweifel daran, dass alle Parteien oder zumindest die Sozialdemokratische Partei für Österreich eintritt und dass die Sozialdemokraten es waren, die den Gipfel mit den Bot-

schaftern und mit allen Parteien gefordert haben. Das ist von der ÖVP im Übrigen abgelehnt worden. Tatsache ist – und es geht nur um das –, es sind nicht die Sozialdemokraten gewesen und es sind nicht die Grünen gewesen und nicht die Liberalen, die dafür verantwortlich sind, dass es zurzeit einen Zustand gibt, dass Österreich aus verschiedenen Gründen einen Imageverlust hinzunehmen hat und das Ausland diese Interventionen und diese Maßnahmen gesetzt hat. Dafür verantwortlich ist die Beteiligung der FPÖ an der Regierung und dafür verantwortlich der derzeitige Bundeskanzler, der diese Partei in die Regierung geholt hat und das ist Fakt und nichts weiter.

Zum Zweiten. Ich finde deine Mahnung, dass du sagst, innenpolitischer Opportunismus kann außenpolitisch schädlich sein, für durchaus gut. Ich glaube, es ist nur einer hier am heutigen Tag nicht erwähnt worden, der sich quasi als Haider-Klon immer wieder betätigt. Ich glaube, es wäre in diesem Sinne auch sehr günstig und sehr wünschenswert, den Herrn Landesrat Hirschmann in die Richtung wieder in jene Bahnen zu bringen, die dem zivilisierten Umgang im In- und Ausland entsprechen. Und ich glaube, wenn es der Parteiochfrau dieser Partei endlich gelänge, dem Herrn Hirschmann wieder die entsprechenden Zügel anzuzeigen, dann wäre das gut für dieses Land und wäre auch gut für Österreich. Solange hier keine Distanzierung erfolgt und solange hier die Mahnung nicht erfolgt, können wir davon ausgehen, dass Herr Hirschmann die Meinung der steirischen Volkspartei repräsentiert und wir werden auch dementsprechend darauf reagieren. (Beifall bei der SPÖ.) Er hat ja selbst diese Parabel von der guten Hirtin gebracht und die Hirtin hat meistens eine Herde. In welcher Form sich diese Herde darstellt, das überlasse ich Ihnen selbst und wie Sie sich in diesem Zusammenhang qualifizieren.

Zum dritten Thema, das ist die Gebietskulisse und das ist die Finanzierung.

Herbert, ich glaube, es geht schon überhaupt nicht mehr darum, ob man diese Bindung eins zu eins macht oder nicht. Ich glaube, es ist dir gedient, wenn man die Bundesbindung macht, weil dann auch deine Verhandlungsposition dem Bund gegenüber eine wesentlich bessere ist. Oder siehst du von vornherein das Durchsetzen der Steiermark, wie in so vielen anderen Fällen, als aussichtslos und sicherst du bereits jetzt die Ausbesserung dieses mangelnden Durchsetzungsvermögens budgetär ab? Ich glaube, als Verhandlungsposition ist es für dich besser, wenn du in Wien mit der Position verhandelst, wir geben so viel wie der Bund gibt. Weil dann kann man dort lizitieren und dann kann man gut verhandeln. Wenn du von vornherein mit einer gewissen Summe nach Wien gehst, sagen die sich, es ist völlig Wurst, der finanziert doch ohnehin den Ausfall. Das ist das Eine.

Und das Zweite, Herbert, ich glaube, es geht schon lange nicht mehr darum, sondern es geht insgesamt darum, dass in der gesamten Programmplanungsperiode, wenn ich die jährlichen Kürzungen zum Bisherigen zusammenrechne, in etwa eine Milliarde des Bundes weniger in die Steiermark kommt.

Und nachdem das kein Mascherl hat, wird uns das Geld sicher fehlen und für diese Kürzungen und für diese Kürzungen gegenüber der Steiermark und für

dieses mangelnde Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Bund ist sicher nicht die Sozialdemokratie verantwortlich, sondern seid ihr das, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesseite. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.07 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (16.07 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist schon Methode, dass sich der Klubobmann der SPÖ nach dem Regierungsmitglied meldet und in oberlehrerhafter Manier zu Protokoll gibt, was er glaubt, was die Menschen denken und was Wahrheit zu sein scheint.

Die Wahrheit hat einen einzelnen Abnehmer. Das sind Sie selbst. Und es geht mir langsam ziemlich auf die Nerven, dass Sie glauben – (Abg. Dr. Flecker: „Das interessiert mich überhaupt nicht. Das ist einzig und allein Ihr Problem!“) ich weiß, dass Sie das nicht berührt, denn Sie berührt überhaupt nichts mehr –, dass Sie sich hier herstellen und den Landtag beziehungsweise Parteien des Landtages belehren.

Sie haben den Vergleich mit der Hirtin und der Herde gebracht. Wissen Sie, was der Unterschied ist zwischen der ÖVP Steiermark und der SPÖ in diesem Lande, insbesondere auch auf der Bundesebene? Wir haben Hirte und wir haben Herde, Sie haben beides nicht mehr, Sie sind im Chaos. Das ist die Tatsache, die vorliegt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das Zweite, meine Damen und Herren, ich habe mir die – (Abg. Dr. Flecker: „Sie haben noch nicht geoutet, welche Herde ihr seid!“)

Eine große Herde, die mit uns mitgeht. Und Sie suchen die Herde, Sie finden sie nicht. Sie finden nicht einmal mehr den Hirten. Sind Sie es? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Klubobmann, mich erinnert manches an das Jahr 1995. Da haben Sie ähnliche Dinge über uns gesagt, über unsere Partei und über mich und über Sonstige. Und dann sind die Wahlen gekommen, dann war alles anders. Warten wir auf die Landtagswahlen. Das mit der Herde, hin und her. Ich sage nur, warten wir. Weil Sie schon wieder sagen, wir haben niemand, es gibt niemand. Das habe ich 1995 schon gehört. Wir warten auf die Landtagswahl, dann reden wir weiter!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie warten, ich warte nicht, ich arbeite ordentlich. Wissen Sie, ich arbeite vor der Wahl, nach der Wahl und für die Wahl. Ich warte nicht nur. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben 1995 das Gleiche von Ihnen gehört!“) Wissen Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist ja auch ein Merkmal, das offensichtlich Sie ziemlich auszeichnet, nämlich auszuteilen beziehungsweise austreten zu lassen und nicht einstecken zu wollen. Das Beispiel mit dem Hirten und der Herde, bitte, ist eine Reaktion auf einen (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Klubobmann, darf ich Ihnen etwas sagen?“) Untergriff, den wir so nicht sitzen lassen dürfen. Damit das klargestellt ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, darf ich Ihnen etwas sagen?

Ich bin sehr dafür, dass wir im Lande hier probieren die Arbeit fortzusetzen im Interesse der Menschen und des Landes und es wird, wir wissen es, schwer genug. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da bin ich auch dafür!“ – Abg. Dr. Flecker: „Sagt das dem Hirschmann!“)

Punkt zwei. Ich habe daher heute in der Debatte nicht nur zu Europa, sondern insgesamt stundenlang sehr gut zugehört. Und ich glaube, dass wir, entgegen der Meinung, dass es da heute nur Streit geben wird, bisher eigentlich relativ sachlich miteinander diskutiert haben. Ich bin wirklich der Meinung, dass wir alle alles tun sollten um zu deeskalieren. Und das gelingt uns zeitweise. Aber wenn sich der Kollege Flecker hier herstellt und in einem Rundumschlag (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Er hat Hirschmann zitiert!“) die Volkspartei mit dem Bundeskanzler Schüssel und von anderen Parteien rede ich gar nicht, in einer Weise qualifiziert, um damit davon abzulenken (Abg. Dr. Flecker: „Sie qualifizieren sich selbst!“), dass selbstverständlich Sozialisten in Österreich, im Ausland interveniert haben, dass man gegen Österreich vorgeht, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir uns wehren. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Klubobmann, das ist Deeskalation und das glauben Sie wirklich?“) Da müssen Sie ihn fragen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es ist doch lächerlich zu glauben, wir hätten Einfluss auf Chirac!“ – Abg. Dr. Flecker: „Das ist das Dummste, was ich je gehört habe!“)

Schauen Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, der Chirac kennt Sie nicht, er kennt mich schon gar nicht. Ich lasse ihn aus dem Spiel. Sagen wir nur Folgendes, wenn zwölf von 14 Regierungschefs Mitglieder der sozialistischen Internationale sind (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Am meisten hat sich der Spanier aufgeregt, der Herr Aznar!“), das ist der 13. und der Ire ist der 14. Wenn also zwölf von 14 der sozialistischen Internationale angehören (Glockenzeichen des Präsidenten. – Abg. Dr. Flecker: „Ihr habt den Klestil genauso hineingezogen!“) und in einer, Herr Landeshauptmannstellvertreter, nie dagewesenen Weise nicht nur die Bundesregierung, sondern dieses Land attackieren, dann hätte es Ihnen und Ihrem Klubobmann gut anstanden, wenn Sie hier gesagt hätten, okay (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe das überall gesagt!“), wir sind mit manchem, was diese Regierung macht, nicht einverstanden, aber wir sind nicht einverstanden, dass dieses Land an den Pranger gestellt wird. Das haben Sie nicht getan. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es gibt im ganzen Land Steiermark keine einzige Rede, keinen einzigen Auftritt von mir, wo ich nicht genau das gesagt habe, zum Ersten!“) Dann anerkenne ich das. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Also wirklich, es gibt keine Rede, nachgewiesen, seit dieser Regierungsbildung, wo ich nicht genau das gesagt habe – erster Punkt. Zweiter Punkt, bei Deeskalation hätte ich das nicht ins Spiel gebracht und uns vorgeworfen. Wir sind dort

nicht beteiligt. Das Nächste: Ich habe mich erst zu Wort gemeldet, als Sie gesagt haben, wie üblich in einem Wahljahr, die SPÖ im Chaos und in der Auflösung. Da habe ich nur die Antwort gegeben, ich erinnere mich an Sie im Jahre 1995. Und ich habe auch damals, so wie heute, zu Ihnen hinuntergesagt, warten Sie auf die Wahl. Und Sie haben mir zurück heraufgesagt, Sie wird es nicht mehr geben!“) Nein, das habe ich nicht gesagt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja freilich haben Sie das gesagt!“)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, darum geht es jetzt ja nicht. Ob es Sie oder andere gibt, ist Sache der Wähler und der eigenen Partei. Und ich nehme an, es wird Sie weiter geben. Wir brauchen da nicht streiten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Warten wir auf die Wahlen!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich sage Ihnen etwas, das ist Sache der Wähler und Sache der Partei (Glockenzeichen des Präsidenten.), Punkt eins.

Und Punkt zwei, wer immer in der ÖVP, in der SPÖ, bei den Freiheitlichen, bei den Liberalen, bei den Grünen an der Spitze steht, mir ist jede und jeder recht. Das ist doch nicht das Problem des Landes.

Und wenn Sie sagen, dass Sie an der Eskalierung nicht teilnehmen (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich sicher nicht!“), dann werden Sie mir doch in einem Punkt zustimmen, dass das Problem, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Parteivorsitzender der SPÖ, dieses Landes es ist – und das sollte uns alle beschäftigen –, dass wir es zulassen, dass andere Staaten – ob organisiert, geschürt oder aus Sorge über dieses Land lasse ich jetzt dahingestellt, ich befürchte Ersteres – sich in innere Angelegenheiten dieses Landes einmischen und nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir eine Regierung haben, die legitim und demokratisch zustande gekommen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn die SPÖ und wenn andere Parteien endlich sagen würden, wir nehmen jede Kritik ernst, wir nehmen jede Sorge ernst, aber das war ein demokratisches Wahlergebnis und es ist eine Regierung, die über eine stabile Mehrheit im Lande verfügt, wir lassen nicht zu, dass andere Staaten verlangen, dass ein bestimmter Teil dieser Regierung aus der Regierung kommt, dann würden wir uns in der Zusammenarbeit wieder leichter tun. Aber das tun Sie ja nicht. Zur Stunde sind Sie im Parlament nicht bereit, einer gemeinsamen Rotweißrot-Resolution zuzustimmen und das ist das, was mich mit Sorge erfüllt, nicht die Tatsache, dass wir jetzt einen Machtwechsel in Österreich haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Bitte? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie haben am Anfang wieder eine Unterstellung gesagt, daher sage ich nichts dazu!“) Ja, jetzt ist es auch schwer, etwas dazu zu sagen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, es ist leicht, etwas dazu zu sagen. Herr Kollege, wenn Sie von vornherein schon wieder sagen, ich unterstelle und nehme Ersteres an, nämlich dass das geschürt ist, dann kriegen Sie von mir keine Antwort. Ich denke nicht daran!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, das wissen wir alle zwei, dass da mitgeschürt wurde (Abg. Dr. Flecker: „Ihr habt dem

Klestil unterstellt, dass er das tut!“) und wenn Sie darüber nicht in die Debatte eintreten wollen (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich denke nicht daran!“), dann zeigt das ja schon beim Auftritt Ihres neuen Bundesparteivorsitzenden in Brüssel, offensichtlich hat die Sozialdemokratie erkannt, dass sie zu weit gegangen sind, dass sie sich verrannt haben. Tun Sie das Zweite und entschuldigen Sie sich dafür (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Für Ihre Behauptungen sollen wir uns entschuldigen!“), was Sie getan haben. Das war nicht gut für Österreich! (Beifall bei der ÖVP. – 16.17 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

**Abg. Gennaro** (16.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich wundere mich, Kollege Hirschmann, warum du dich aufregst. Ich muss sagen, so sachlich und so ruhig habe ich unseren Klubobmann schon lange nicht mehr erlebt wie heute, das ist einmal das Erste. Und er hat eigentlich nichts anderes gemacht – und das tut dir am meisten weh – als dass er Worte des Herrn Landesrates Hirschmann gebracht hat. Er hat das gebraucht. Dass euch das weh tut und ihr Schwierigkeiten habt euch davon zu distanzieren, ist verständlich. Aber er reiht sich nahtlos in diese verbalen Rundumschläge des Herrn Haider ein und da gibt es noch ganz andere Zitate, die habt ihr schon vergessen – Gedächtnisschwund. Wie er gesagt hat, wir brauchen kein Frauenministerium, wir kennen die artgerechte Haltung der Frauen – das ist von einem ÖVPLer gekommen. Ich will da nicht weiter zitieren, ich möchte das nur sagen.

Und das Zweite, das schlägt ja dem Fass den Boden aus. Da herzugehen und zu sagen, die Sozialdemokraten haben im Ausland interveniert, dass diese Sanktionen geschickt werden. Ich erinnere, dass Hirschmann gesagt hat, Klestil hat jetzt die Möglichkeit in Brüssel das gut zu machen, was er in Österreich verbrochen hat – ist keine feine Aussage – erster Punkt.

Zweiter Punkt, meine Damen und Herren, und das ist für mich das Entscheidende und ihr habt gar kein Interesse daran, dass das aufgeklärt wird, die Sozialdemokraten haben das sehr wohl gehabt. Als im Parlament der Antrag gestellt wurde, mit den Grünen und der SPÖ einen Untersuchungs-Ausschuss dahin gehend einzurichten, um das aufzuklären, wer da interveniert hat, Jubel, Trubel, Heiterkeit, ÖVP und FPÖ haben den Antrag niedergestimmt.

Dritter Punkt, Krisengipfel. Gusenbauer, Klestil – ist ja eine Schande – haben nach Brüssel ausrücken müssen, um dort den Status Österreichs wieder herzustellen, zu intervenieren. Ja, aber Freunde, erinnert euch und fragt nach diesem Antrag einen Krisengipfel einzurichten, weil von euch heißt es immer, es gibt keine Krise. Aber das ist jede zweite Wortmeldung ein Jammern, dass es eine Krise gibt. Ihr habt doch gar kein Interesse, dass man da auch einen Krisengipfel einrichtet, der Österreich wieder zu dem verhilft, wo man über 30 Jahre lang mit Sozialdemokratischer Regierung und Beteiligung der ÖVP einen Status

aufgebaut hat, einen Ruf in der Welt, den es jetzt gilt, in ein paar Wochen zu verlieren, meine Damen und Herren. Besinnen wir uns, dass wir wieder unseren Stand in Europa kriegen. (Beifall bei der SPÖ. – 16.20 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Peinhaupt** (16.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn schon die Sprache in Bezug auf Qualifikation hier in diesem Hause ist, möchte ich dir doch, lieber Kurt, ins Stammbuch schreiben, in deiner Replik und Analyse über 100 Tage die älteste Farbe blauschwarz, wie du sie selbst genannt hast, eine Analyse abzugeben über die Regierungsbildung, 100 Tage. Am 13. März gibt es eine schwarzblaue Regierung seit 100 Tagen. Genauso überhalten wie diese 100 Tage – man sollte nämlich nachzählen, es sind nämlich 43 – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Sondierungsgespräche waren ja schon eine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ. Das wissen wir eh!“) Hat er euch dazu hineingenommen oder wie? Es steht da Regierung! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es geht in dem Fall gegen die ÖVP!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich weiß nicht, ob ich mit Ihnen dahin gehend überhaupt noch diskutieren soll in dem Haus, denn Sie haben bereits zweimal Ihren Rücktritt angekündigt, wenn der Herr Bürgermeister Stingl nicht geht. Der Bürgermeister Stingl ist bis heute noch nicht gegangen und Sie reden mir ins Wort. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bringen Sie mir das Zitat, bitte!“) Das ist doch über die Medien kolportiert worden, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bringen Sie mir das wörtliche Zitat!“) Ich glaube, bis auf die Kollegin Rieder haben sich alle Regierungsmitglieder der SPÖ bereit erklärt zurückzutreten. Das ist eine gefährliche Drohung, das sage ich schon. (Beifall bei der FPÖ. – Präsident: „Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Ing. Peinhaupt, ich möchte nur Ihre Zwischenrufer darum ersuchen, von der Möglichkeit, sich selbst zu Wort melden, Gebrauch zu machen. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt!“)

Das ist sehr lieb, Herr Präsident. Ich möchte aber etwas sehr Bedenkliches hier in den Raum stellen. (Abg. Schützenhöfer: „Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat Recht, er hat nicht gesagt, er geht, er hat gesagt er und alle in der Führung gehen!“) Wir gehen. Gut, damit erübrigt sich alles andere. Ich möchte aber dann schon sehr bedenklich auf die Analyse des Kurt Flecker eingehen, der hier zum Besten gibt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, alle unsere Partnerländer in der Europäischen Union haben in nie da gewesener Deutlichkeit ihr Missfallen an der blaugefärbten neuen Bundesregierung kundgetan, aber die EU hat damit wohlthuend klar gemacht, dass sie mehr ist als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Und ich muss Ihnen eines klipp und klar sagen, ich betrachte das, wenn eine demokratische Partei in einer rechtsstaatlichen Demokratie hergeht und die Angriffe, die von außen auf uns herniederprasseln, als

wohlthuend bezeichnet, bitte seid mir nicht böse, als staatlichen Hochverrat! (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Du willst nicht verstehen!“)

Nein, bitte, das habe nicht ich geschrieben, das ist eine Analyse. (Abg. Dr. Flecker: „Herbert, dazu kann man auch stehen, es ist ein Unterschied zwischen der Qualität einer Wirtschaftsgemeinschaft und einer politischen Gemeinschaft!“) Die wohlthuend Österreich verurteilt? (Abg. Dr. Flecker: „Hörst du mir zu?“) Ja, ich höre. (Abg. Dr. Flecker: „Das heißt, dass die anderen europäischen Staaten wohlthuend deklarieren, dass sie Angst haben, dass irgendwo Faschismus aufkommt. Und das ist sehr schön, dass das in Europa so ist!“) Also jetzt ist das wahre Gesicht wohl deutlich heraus, dass die Europäische Union wohlthuend kundmacht, dass in Österreich Faschismus Platz greift. (Abg. Dr. Flecker: „Nein, nein, nein, nein!“) Bitte? (Abg. Dr. Flecker: „Wohlthuend kundmacht, dass die Gefahr besteht, dass irgendwann und irgendwo einmal Faschismus aufkäme!“) Trotzdem, die Absicht hinter dieser Aussage spricht bitte alles und ich möchte sie unwiderrufen in dem Raum auch stehen lassen.

Meine Damen und Herren, ich hätte aber eines sehr wohl auch noch anzubringen und das wäre jener Bereich, den ich auch im Gegensatz zu dir, Kurt, schon behauptete, dass sich Steiermark in den Verhandlungen um die Kofinanzierung des Bundes in Bezug auf die Ziel-2-Förderung wesentlich leichter getan hätte, hätte Herr Finanzlandesreferent eine Verhandlungsbasis eingezogen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, Sie sind nicht mehr Parteisekretär, reden Sie einmal etwas Sachliches. Sind Sie einmal so lieb!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Beleidigen Sie einen Parteisekretär nicht!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Sachlichkeit Ihres Zwischenrufes und die meiner Aussage, ich glaube, da müsste man dann wirklich dementsprechend differenzieren. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Machen Sie eine Anmerkung zur EU, ist gescheiter!“) Eben genau dort bin ich, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Weil Sie ja auch so sehr an den Geschehnissen in der Europäischen Union interessiert sind, darf ich Ihnen doch eines sagen, weil ja immer wieder hervorgehoben wird, dass in Österreich ja alles bestens übergeben worden ist, dass die SPÖ ja erfolgreich gewirtschaftet hat, dass die SPÖ Österreich zum viertreichsten Staat dieser Union aufgemöbelt hat, im wahrsten Sinne des Wortes. Vor der ECOFIN-Tagung fand eine Sitzung der Euro-11-Gruppe statt, in deren Rahmen auch die Überwachung der Budgetentwicklung in Österreich auf der Tagesordnung stand. Hierbei wurde Besorgnis und Kritik an der Haushaltsentwicklung für das Jahr 2000, wie sie sich auf Grund der gegebenen Tatsachen und Herbstprognosen darstellt, geäußert. Das ist die Beurteilung der Europäische Kommission, des ECOFIN-Rates, der Euro 11 über die finanzielle Situation in Österreich.

Nun, meine Damen und Herren, es gibt dort aber etwas, was heute noch nicht zur Sprache gekommen ist bei der Diskussion dieses sehr sensiblen Berichtes. Und das wäre, dass Anfang dieses Jahres die Kommission Vorschläge unterbreitet hat, wie sie sich ihre

eigene Reform vorstellt und zwar in zwei Schritten. Bei einer Erweiterung bis zu 20 muss es eine kleine Reform geben, über 20, sprich 27, die große Reform. Kernpunkt ist, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und deren Gremien zu bewahren. Und in Bewahrung dieser Handlungsfähigkeit ist man ganz einfach hergegangen und hat ganz vehement das Abgehen vom Einstimmigkeitsprinzip in den Vordergrund gestellt, so dass kleine Staaten keine Entscheidungen mehr hemmen beziehungsweise beeinflussen können. In dem Bericht ist eindeutig nachzulesen, dass es sich hier um Bereiche der Raumordnung, der Regionalpolitik, der Steuer- und Sozialpolitik, aber auch um den Umgang mit den Wasserressourcen handelt. Und genau hier hakt man ein und diskutiert lautstark, das Einstimmigkeitsprinzip früher oder später in Form der Erfordernisse für die Erweiterung dementsprechend fallen zu lassen.

Ich möchte meine Wortmeldung damit schließen, einen Appell an euch alle zu richten, dass wir hier einen Sicherheitsriegel vorschieben, denn es geht, so meine ich, auch als sehr, sehr kleines Land in der Europäischen Union nicht an, dass über unsere natürliche Ressourcen verfügt wird. (Beifall bei der FPÖ. – 16.29 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl** (16.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde dem Wunsch zur Sachlichkeit, der hier von der Regierungsbank aufgerufen wurde, folgen und werde mich nur beschränken auf das, was der Klubobmann der SPÖ, Kurt Flecker, angemerkt hat, richtig zu stellen beziehungsweise zu kommentieren.

Ich habe in meiner Wortmeldung sehr höflich darum gebeten, dass man unabhängig von irgendwelchen taktischen, wahltaktischen oder sonstigen Momenten dieses so wichtige Programm – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir werden nichts verhindern. Wenn ich etwas verspreche, halte ich es!“) Ich weiß das, ich habe deswegen auch gesagt, ich bin sehr vorsichtig. Ich habe Sie sogar zitiert und gesagt, ich vertraue darauf, auf Ihr Wort. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich verspreche selten etwas, aber wenn, dann halte ich es!“)

Da ist der gesamte Landtag Zeuge für den nächsten Montag. Ich setze darauf.

Aber eines möchte ich auch festhalten, damit hier nicht die Legendenbildungen zu sehr ausufern. Diese Bundesposition, etwa die Bundesmittel in Niederösterreich um 78 Prozent zu reduzieren, weil das Gebiet auch kleiner geworden ist, in Kärnten um 79 Prozent, in Oberösterreich um 80 Prozent, diese Strategie und so auch bei uns der Versuch unternommen wird, nicht so viel, aber auch um 50 Prozent, stammt noch vom Herbst 1999. Das hat nichts mit der neuen Regierung zu tun. Nachweislich ist das eine Vorgangsweise der Bundesstellen, des Bundeskanzleramtes und des Finanzministeriums aus der Zeit der alten Regierung.

Auch das hier, bitte, sachlich angemerkt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.31 Uhr.)

**Präsident:** Es liegt jetzt keine weitere Wortmeldung vor.

Wir haben zwei Abstimmungen durchzuführen. Und so ersuche ich erstens die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1397/1, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Zweitens bitte ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend EU-Rechtswidrigkeit des Steiermärkischen Vergabegesetzes, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Bei den Tagesordnungspunkten 17, 18 und 19 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**17. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 894/6, Beilage Nr. 173 über den Antrag, Einl.-Zahl 894/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend ein Landesgesetz über die unentgeltliche Übergabe von Kunstgegenständen und Kulturgütern.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Brünner** (16.32 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich erstatte den Bericht zum gegenständlichen Geschäftsstück.

Von den Abgeordneten des Liberalen Forums wurde am 7. Juli 1998 ein Antrag, betreffend die Erlassung eines Landesgesetzes über die unentgeltliche Übergabe von Kunstgegenständen und Kulturgütern, eingebracht. Dieser Antrag, die dazu verfasste Stellungnahme der Landesregierung, der Antrag mit der Einl.-Zahl 770/1 und die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1398/1 wurden am 8. März 2000 in einem Unterausschuss behandelt.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle den nachstehenden Entwurf des Landesverfassungsgesetzes über die Rückgabe oder Verwertung von Kunstgegenständen und Kulturgütern, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihren Eigentümern entzogen worden sind, zum Beschluss erheben.

Dieser Entwurf des Landesverfassungsgesetzes über die Rückgabe oder Verwertung von Kunstgegenständen und Kulturgütern, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihren Eigentümern entzogen worden sind, lautet:

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Paragraf 1: Die Landesregierung wird beauftragt und ermächtigt, die im Eigentum des Landes Steiermark befindlichen Kunstgegenstände und Kultur-

güter, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihren Eigentümern entzogen worden sind, Anspruchsberechtigten unentgeltlich zu übereignen oder für den Fall, dass Anspruchsberechtigte nicht gefunden werden können, einer Verwertung zuzuführen, deren Erlös Opfern des Nationalsozialismus beziehungsweise entsprechenden Organisationen zukommen soll.

Paragraf 2: Die Landesregierung wird beauftragt und ermächtigt, in diesem Zusammenhang allenfalls anfallende Bundesabgaben den Zuwendungsempfängern zu ersetzen.

Paragraf 3: Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 2000 in Kraft. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (16.35 Uhr.)

**Präsident:** Danke für den Bericht. Tagesordnungspunkt

**18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1398/1, betreffend die Rückgabe beziehungsweise unentgeltliche Überlassung von problematisch erworbenen Kunstgegenständen und Kulturgütern aus den steirischen Landesmuseen und -sammlungen.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Peter Hohegger, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger** (16.35 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Finanz-Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 29. Februar und am 14. März 2000 über die Regierungsvorlage 1398/1, betreffend die Rückgabe beziehungsweise unentgeltliche Überlassung von problematisch erworbenen Kunstgegenständen und Kulturgütern aus den steirischen Landesmuseen und -sammlungen, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst.

Der Finanz-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1398/1, betreffend die Rückgabe beziehungsweise unentgeltliche Überlassung von problematisch erworbenen Kunstgegenständen und Kulturgütern aus den steirischen Landesmuseen und -sammlungen, wird zur Kenntnis genommen. Danke! (16.36 Uhr.)

**Präsident:** Danke auch für diesen Bericht. Tagesordnungspunkt

**19. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 770/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Rückgabe problematisch erworbener Kulturgüter.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kröpfel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kröpfel** (16.36 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 15. Mai 1998, 2. März 1999, 29. Februar 2000 und am 14. März 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 770/1, der

Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Rückgabe problematisch erworbener Kulturgüter, beraten.

Dem gegenständlichen Antrag wird durch den Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses zum Landesverfassungsgesetz über die Rückgabe oder Verwertung von Kunstgegenständen und Kulturgütern, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihren Eigentümern entzogen worden sind, Einl.-Zahl 894/6, Beilage Nr. 173, Rechnung getragen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 770/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Rückgabe problematisch erworbener Kulturgüter, wird zur Kenntnis genommen. (16.38 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka** (16.38 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat in Österreich eigentlich lange gebraucht, bis sich die Vertreter der Republik bewusst geworden sind, dass auch wir uns mit der Zeit des Nationalsozialismus öffentlich auseinanderzusetzen haben. Eigentlich erst seit 1995 nach der damaligen Präsidentschaftswahl ist hier Bewegung in diese Frage gekommen. 1995 ist der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus ins Leben gerufen worden. Es sind dann 1998 auf Bundesebene weitere Maßnahmen gesetzt worden, um eben Aspekte des während der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Unrechts aufzuarbeiten beziehungsweise auch allfällige materiellrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Hier hat es ein Bündel von Maßnahmen gegeben, wie die Einsetzung der Historikerkommission, die Initiativen zur Rückgabe von Besitz österreichischer Bundesmuseen – hier geht es um eine Reihe von Kunstgegenständen, die während der NS-Zeit unrechtmäßig ihren damaligen Eigentümern und Besitzern entzogen worden sind und auch die Beteiligung der Republik Österreich am internationalen „Nazi Persecutee Relief Fund“. Nicht für alle Fragen konnten entscheidende Lösungsansätze gefunden werden. Momentan haben wir auf Bundesebene noch eine Reihe offener Fragen, wenn man nur an die Banken und Versicherungen denkt und die damit noch offenen Fragen, aber auch die Ansprüche jener Zwangsarbeiter, die zwischen 1939 und 1945 hier in Österreich eingesetzt worden sind.

Und gerade hier hat die neue Bundesregierung für mich einen bemerkenswerten Akzent gesetzt und mit Dr. Maria Schaumayer eine anerkannte Persönlichkeit gefunden, um diese schwierige Frage aufzuarbeiten, was ausländische Zwangsarbeiter in der Zeit von 1939 bis 1945 betrifft. Es ist also hier vieles geschehen, das muss man sehr deutlich sagen. Allein aus dem Nationalfonds sind 1,9 Milliarden Schilling an 27.000

Antragsteller geflossen. Wir fangen also bei Gott nicht beim Punkt Null an. Österreich stellt sich seiner Verantwortung, das möchte ich sehr deutlich sagen und ich darf Maria Schaumayer zitieren, die gemeint hat, das Bewusstsein in Österreich ist für diese Problematik vorhanden. Das sagt sie in der heutigen Ausgabe der Tageszeitung „Die Presse“ und das kann ich 100-prozentig unterstreichen. Auch in der Steiermark – wir sind hier das erste Bundesland, das ein diesbezügliches Gesetz nun in wenigen Minuten beschließen wird – sind wir uns dieser Verantwortung bewusst. Natürlich ist das Ausmaß viel bescheidener als auf Bundesebene. Bei uns geht es hier um rund 70 Objekte, wenige Objekte haben nur einen Wert von über 100.000 Schilling. Das ist natürlich nicht vergleichbar mit dem, was hier auf Bundesebene an Restitution zu leisten ist. Trotzdem ist es aber wichtig, dass wir diesen Schritt setzen. Es war ein Antrag des Liberalen Forums. Wir haben hier im Unterausschuss entsprechende Diskussionen geführt, ergänzt worden ist es durch eine Gesetzesformulierung, die im Paragrafen 1 hier Eingang gefunden hat seitens des Landtagsklubs der Volkspartei und ergänzt worden ist diese Arbeit durch Beiträge aus der Landtagsdirektion. Es gibt also hier einen Gesetzesvorschlag. Und noch wichtiger für mich ist, dass wir nicht nur einen Gesetzesvorschlag haben, sondern das Wichtigste für mich ist überhaupt, dass es hier eine Fünfparteieneinigung gibt. Das ist sehr wichtig bei einer so heiklen Frage. Mit diesem Verfassungsgesetz setzen wir einen wichtigen Schritt zu einer umfassenden Aufarbeitung eines sicherlich moralischen aber auch eines materiellen Unrechtes, das zweifelsohne in dieser Zeit geschehen ist und ich bin fest davon überzeugt, dass das zuständige Regierungsmitglied, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, nach diesem Gesetzesbeschluss auch die notwendigen Maßnahmen setzen wird, dass man hier rasch zu konkreten Ergebnissen kommt. Unter dem Titel „Wider die Sünde des Vergessens“ hat Erhard Busek anlässlich des 90. Geburtstages von Simon Wiesenthal geschrieben: Diese Vergangenheit kann zu schnell Gegenwart sein, wenn wir sie hinter uns zu lassen glauben.

In diesem Sinne sollten die gegenwärtige Konfrontation und auch die gegenwärtigen Diskussionen, die wir haben, mit der eigenen Vergangenheit auch dort, wo sie oft sicherlich schmerzhaft sind, auch als Chance gesehen werden, historische Hypothesen, die wir zweifelsohne mit uns zu tragen haben, zu bewältigen. Wir als steirische Volkspartei sind bereit, dazu unseren Beitrag zu leisten und ich bin froh, dass wir alle fünf hier im Landtag vertretenen Parteien ohne jedwedes parteipolitisches Geplänkel hier an einem Strang ziehen. Ein herzliches Dankeschön allen, die hier dazu beigetragen haben. (Beifall bei der ÖVP. – 16.44 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner.

**Abg. Dr. Brünner** (16.44 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich nehme für das Liberale Forum in Anspruch, dass wir einen Anstoß gegeben haben, problematisch erworbene Kulturgüter zurückzugeben, nämlich mit

unserem Antrag vom 10. März 1998 und ich nehme für das Liberale Forum in Anspruch, dass wir einen Anstoß gegeben haben, diese Rückgabe auch auf eine verfassungsrechtlich einwandfreie Grundlage zu stellen, nämlich mit unserem Antrag vom 7. Juli 1998.

Ich freue mich darüber, dass wir heute dieses Landesverfassungsgesetz beschließen können. Der Vorschlag, der, so glaube ich, vom Herrn Landesamtsdirektor Wielinger gekommen ist, die Verfassungsform zu wählen, diesen Vorschlag halte ich für sehr gut, nicht nur aus rechtlichen Gründen, sondern mit dieser quasi höchsten Rechtsform kann dokumentiert werden, wie politisch bedeutsam dieser Akt der Rückgabe problematisch erworbener Kulturgüter ist.

Ich möchte mich auch bei Herrn Prof. Biedermann und seinem Expertinnen- und Expertenteam bedanken, die in drei Bänden die historisch und wissenschaftlich erforderlichen Arbeiten geliefert haben, damit nun tatsächlich zurückgegeben werden kann. In einem Gespräch mit Herrn Prof. Biedermann habe ich auch vernommen die Art und Weise, wie man hier vorgeht, dass man Kulturgüter, die man zurückgibt, die aber das Land gerne in seinen Sammlungen hätte, behalten kann. Nämlich insofern, dass man das Stück zurückgibt und dann den Berechtigten, die Berechtigten bittet, das Stück dem Land wieder zu verkaufen. Diese Art der Handhabung zeugt von großer Sensibilität. Und ich denke mir, dass das auch gewürdigt gehört.

Im Großen und im Ganzen und in Summe freue ich mich, dass die diesbezüglichen Beschlüsse heute gefasst werden können. (Beifall bei der ÖVP. – 16.47 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (16.47 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Allzu oft wird von Politikern auch öffentlich verlangt, dass nun endlich Schluss sein solle mit der Befassung mit diesem Teil der Geschichte des letzten Jahrhunderts, mit diesem dunklen Kapitel auch der Geschichte der Steiermark.

Am Beispiel der Restituierungen sieht man recht schön, wie sich dieser Teil der Geschichte der Steiermark eben immer wieder in Erinnerung ruft und wie er geradezu nach einer systematischen Befassung und Aufarbeitung ruft.

Meine Damen und Herren, in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, aber auch schon davor wurden in der Steiermark Kunstwerke geraubt und unter Erpressung und Zwang von den Eigentümern vom NS-Staat oder dessen Helfern gekauft, oft unter dem Schein der Rechtsstaatlichkeit. Das sei hier ebenfalls erwähnt. Wie hat sich das konkret abgespielt? Ich denke, das sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass hier oft die Form der Rechtsstaatlichkeit nicht gewahrt wurde. So heißt es etwa im Erlass des Staatskommissars in der Privatwirtschaft vom 8. Dezember 1938: „Wie Ihnen bekannt sein wird, wurde den Juden

der Verkauf und Ankauf von Kunstgegenständen und Juwelen im Wert von über 1000 Reichsmark verboten. Es ist für den Ankauf dieser Gegenstände in Berlin eine Stelle geschaffen worden und es wird in der nächsten Zeit eine ebensolche Stelle in Wien geschaffen werden. Es liegt meiner Ansicht nicht im Interesse des Reiches, wenn die Handhabung der Denkmalschutzbestimmungen eine large ist. Ich würde Sie ersuchen, in dieser Hinsicht möglichste Strenge walten zu lassen, um die Juden zum Verkauf ihres Kunstbesitzes an die zu errichtete Reichsstelle zu zwingen.“ So also hat es sich konkret abgespielt, wie gesagt bereits 1938.

Es setzte, weil sich in dieser Zeit bald sehr viele Kunstgegenstände im Besitz des NS-Staates befanden, sehr rasch ein Verteilungskampf zwischen den Museen im Deutschen Reich ein. Selbst Nationalsozialisten waren von der Vorgangsweise so manches Museumsdirektors entsetzt. Sie sprachen darüber, ich zitiere: „Welch widerliches Bild der Kampf bietet, den die verschiedenen Stellen um die anfallende Beute führen.“ Also, wie gesagt, selbst Nationalsozialisten haben sich gewundert, mit welchen Methoden hier Museumsdirektoren, Experten im Kunstbereich sich um diese, wie sie es nannten, „Beute“ rangen.

Auch in der Steiermark spielte sich diesbezüglich einiges ab. Wir haben uns heute, im Jahr 2000, damit zu befassen. Ein Teil dieser sogenannten „Beute“ kam in die Steiermark, ins Landesmuseum Joanneum. Der Reichsstatthalter für Steiermark etwa war darüber erbost, dass die Steiermark – ich zitiere – „bei der Aufteilung der beschlagnahmten Kunstwerke aus jüdischem Besitz schwer benachteiligt wurde“. Das also waren die Sorgen steirischer Nationalsozialisten in dieser Zeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele unrechtmäßig im Eigentum des Landes Steiermark befindliche Kunstgegenstände wurden nach dem Krieg, und zwar bereits unmittelbar nach dem Krieg, an die rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben, so dies möglich war. Manche konnten nicht mehr zurückgegeben werden, weil sie im Krieg vernichtet worden waren, sei es bei Bombardements und anderen Kampfhandlungen, sei es, weil sie durch SS-Sprengkommandos vernichtet wurden. Die Schlösser Immenndorf bei Hollabrunn und Angern an der March seien hier als Beispiele genannt. Auch die Sprengung des vielleicht wichtigsten Bergungsortes für Kunstgegenstände in Altaussee war, wie Sie vielleicht wissen, bereits befohlen vom Gauleiter von Oberdonau, August Eigruber. Sie konnte in letzter Sekunde fast unter abenteuerlichen Umständen verhindert werden. Teilweise, meine Damen und Herren, war aber die Rückgabe auch deshalb nicht möglich, weil die rechtmäßigen Eigentümer und ihre Angehörigen in den Gaskammern der Nationalsozialisten ermordet worden waren.

Eine systematische Untersuchung und Suche nach rechtmäßigen Eigentümern gab es aber über 50 Jahre, meine Damen und Herren, über 50 Jahre hinweg nicht. Erst eine 1998 am Landesmuseum Joanneum eingerichtete Expertenkommission unter der Leitung des bereits erwähnten Dozent Biedermann hat ein Gutachten erstellt. Dies stellt mittlerweile, wie ich

meine, eine exzellente Basis für weitere Restituierungen dar. Die rechtliche Basis in Form eines Verfassungsgesetzes schaffen wir heute.

Ersteres ist ein selbstverständlicher Akt der Aufarbeitung eines Teils der Geschichte unseres Bundeslandes, der Steiermark, Letzteres ein selbstverständlicher Akt der Wiedergutmachung für geschehenes Unrecht, für Unrecht, das im eigentlichen Sinn, meine Damen und Herren, nicht wieder gut zu machen ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.53 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

Bevor sie das Wort ergreift, möchte ich die Klubs ersuchen, für die nun nachher folgende notwendige Abstimmung bemüht zu sein, die erforderliche Mindestanwesenheit von der Hälfte aller Abgeordneten sicherzustellen.

Bitte, Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

**Abg. Mag. Zitz** (16.53 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptfraustellvertreter!

Es ist vielleicht ein kleines Symbol, auch für die Art der Debatte, dass wir einerseits das erste Bundesland sind, das ein solches Gesetz aufzuweisen hat. Und ich halte das für einen nahezu historischen Akt angesichts der aktuellen politischen Entwicklung. Andererseits sieht man, dass der Plenarsaal bei diesem Tagesordnungspunkt nicht so gefüllt ist, dass wir diese verfassungsrechtliche Bestimmung wirklich mit einer Zweidrittelmehrheit über die Bühne bringen würden. (Abg. Dr. Lopatka: „Du meinst, weil der Hagenauer nicht da ist!“) Das zeigt die Dynamik dieser Debatte in Österreich, in der Steiermark und auch in Graz. (Abg. Dr. Lopatka: „Es ist schade, dass der Hagenauer nicht da ist!“)

Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Der Landtag wird heute – (Abg. Tasch: „Ist es euch gelungen, ein paar Demonstranten herein zu bringen?“ – Glockenzeichen des Präsidenten.) Der Herr Kollege Tasch hat mich jetzt gerade gefragt, ob es uns gelungen ist ein paar Demonstranten herein zu bringen. (Abg. Tasch: „Weil Sie sich aufregen, dass so wenig Leute im Plenarsaal sind!“ – Abg. Dr. Karisch: „Der Herr Hagenauer sucht sie vielleicht gerade!“)

Den Bezug, den Sie herstellen, möchte ich auf zwei Ebenen beantworten. Das passt nämlich gar nicht so schlecht zum Thema.

Der eine Bezug ist, dass es wirklich interessant ist, wie stark das Landhaus sich nach außen abkapselt und dass da wenig Leute hinten im Zuschauerraum sitzen, zeigt vielleicht auch, dass die Bevölkerung einen Teil der Qualität unserer Debatten so wahrnimmt, dass sie keine Lust haben, sich da als Zuhörer und Zuhörerinnen zur Verfügung zu stellen. Ich denke an die vorherige EU-Debatte, wo Ihre Fraktion und die Sozialdemokratie das bewiesen haben, dass ich wirklich verstehe, dass viele Leute keine Lust haben, da anwesend zu sein.

Ich komme jetzt zum Thema zurück. Heute wird dieses Gesetz als Verfassungsgesetz im Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Was

ich sehr positiv finde ist, dass auch von Seiten der Landtagsdirektion legislative Vorschläge gemacht wurden, konkret der Paragraph 2 so gestaltet wurde, dass das Land die Ausfuhrumsatzsteuer und die Schenkungssteuer zuschießen würde, falls das notwendig ist, damit die Personen, die Kunstgegenstände rückerstattet bekommen, nicht da über die Bundesabgaben noch einmal zur Kasse gebeten werden. Ich möchte mich dafür auch beim Landtagsdirektor im Speziellen bedanken.

Ein weiterer Punkt ist, dass dieses Gesetz mit einem drei Zeilen langen Titel ein Gesetz ist, wo ich das Gefühl habe, dass die Rückstellung oder Restitution eine relativ unproblematische sein kann und ein dritter Punkt, den ich einbringen möchte, das ist zu den Begrifflichkeiten, die in diesem Zusammenhang verwendet werden. Es wird im Zusammenhang mit dem, was in der Phase des Nationalsozialismus, die ja auch ein österreichisches Vorspiel im Austrofaschismus gehabt hat, immer wieder der Begriff Arisierung verwendet. Und Ihnen wird aufgefallen sein, dass etwa in den Dokumenten der österreichischen Historiker- und Historikerinnenkommission der Begriff Arisierung immer nur unter Anführungszeichen geschrieben wird, weil er schlichtweg ein Euphemismus ist für das, was in diesem Regime, in dieser speziellen perversen Periode der Gewalt in Österreich und in Deutschland und einem großen Teil des EU-Raumes und auch anderen Teilen der Welt passiert ist. Was noch zu sagen wäre ist, dass der Begriff Raubkunst, wie er verwendet wird, meinem Gefühl nach dem, was passiert ist, viel näher kommt und dass jetzt das, was auf der Ebene der Restitution passiert in Österreich und in der Steiermark ohnehin viele, viele Jahrzehnte zu spät kommt. Ich bin trotzdem froh, dass in Österreich, in der Steiermark es endlich dafür rechtliche Grundlagen gibt, die meiner Ansicht nach auch relativ gut halten müssen. Zur Restitution selbst, es gibt da eine Forschungsarbeit, die ein Jahr lang sehr engagiert betrieben wurde, die auch allen Klubs zur Verfügung gestellt wurde – habe ich sehr positiv gefunden – und da wird etwa auch festgehalten, dass die Güter, die möglicherweise nach 1945 erworben wurden, da nicht beinhaltet sind. Ich würde es für sehr wichtig finden, da die Forschungen noch zu präzisieren und dafür natürlich auch die Ressourcen zur Verfügung zu stellen beziehungsweise ein weiterer Aspekt für mich ist, dass die sogenannte Arisierung in der Steiermark bei weitem nicht ausreichend bearbeitet wurde.

Ich möchte jetzt auf die österreichische Historiker- und Historikerinnenkommission verweisen, deren Gesamtprojekt deutlich weiter gestreut ist, die Steiermark aber nicht dezidiert bearbeitet wird, was ich für ein Riesenproblem halte. Von der Historikerkommission wird im Gesamtprojekt der Immobilienbereich bearbeitet, der Bereich der Unternehmen und der Bereich der Mietwohnungen und da wird verglichen einerseits, wie die Art der Enteignung passiert ist, entweder durch extrem niederpreisigen Ankauf, durch Konfiszierungen und durch andere Arten der Enteignung und es werden da auf der Bundesebene aber wie gesagt nicht mit Forschungsschwerpunkt Steiermark einerseits die Grunddaten über den Umfang erhoben in diesen drei Bereichen, andererseits die

nationalsozialistischen, die Rechtslage, die ist noch relativ leicht zu recherchieren und im dritten Bereich auch, wie tatsächlich die Normen und die Umgangsformen beziehungsweise die Vorgangsweisen in dieser Phase gewesen sind. Die Ergebnisse – das ist auf der Bundesebene erwünscht und in der Steiermark ist dieser Bericht eine Grundlage dafür – sollen konkrete Schätzungen sein des zu restituierenden Vermögens in den Bereichen Immobilien, im Bereich Unternehmen und Wohnungen, Mietwohnungen im Verhältnis zum ursprünglichen Besitzstand. Das heißt, dass man auf der Bundesebene historisch sehr komplex arbeiten muss, zum Beispiel unter Zuhilfenahme von Tageszeitungen, wo der Immobiliensektor speziell recherchiert und bewertet wurde und das ist dann abzugleichen mit dem, was die diversen Immobilien beziehungsweise Güter heutzutage wert sind. Das, was ich auf der Homepage der Historikerkommission sehr positiv gefunden habe und das ist ein Zugang, den ich da einfach immer wieder einfordern möchte, es ist da sehr konkret von Tätern und von Gewinnern und Gewinnerinnen dieser sogenannten Arisierungen gesprochen worden. Und ich glaube, dass in der Steiermark, wenn es darum geht, diese ungefähr 70 „bedenklichen“ Kunstwerke, die noch im Landesmuseum Joanneum sind, rückzuerstatten, dass man da auch sehr klar und sehr engagiert zu recherchieren hat, wie gesagt mit entsprechender politischer ressourcentechnischer Unterstützung, dass man da sehr konkret zu recherchieren hat, wer die Erben sind und wie man diesen Erben auf einem möglichst raschen und für sie auch ertragbaren Weg einfach ihre Besitzungen wieder zur Verfügung stellen kann.

Abschließend möchte ich sagen, dass es mir leid tut, dass bei diesem Thema der Landtagssitzungssaal nicht ganz voll ist, weil ich einfach glaube, dass dieses Thema mehr Anwesende eigentlich verdienen würde als die ziemlich kraftlose und im wahrsten Sinne des Wortes introvertierte EU-Debatte, die wir vorher geführt haben, wo jede Partei nur probiert darzustellen, wie toll sie sich international platziert, wie peinlich das dann in der Realität auch immer ist und ich denke aber trotzdem, dass diese rechtstechnische Konstruktion eines Verfassungsgesetzes, dass es möglich war, die auf die Schiene zu bringen, noch dazu dank eines Liberalen Antrages, das möchte ich auch noch betonen. Das ist immerhin ein Schritt, der in der Steiermark nicht unbedingt typisch ist, wenn es um die Konfrontation und die Bearbeitung von nationalsozialistischen und faschistischen Entwicklungen in unserem Land geht. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 17.02 Uhr.)

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung.

Zuerst über den Antrag, Einl.-Zahl 894/6, Beilage Nr. 173, Tagesordnungspunkt 17, betreffend das Landesverfassungsgesetz über die Rückgabe von Kulturgütern. Dieser Gesetzesvorschlag ist ein Landesverfassungsgesetz. Ich weise daher darauf hin, dass gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung in Verbindung mit Paragraph 20 des Landesverfassungsgesetzes 1960 ein Landesverfassungsgesetz nur bei

Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann. Ich stelle fest, dass das Anwesenheitserfordernis erfüllt ist und bitte nun jene Damen und Herren von Ihnen, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Nunmehr ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 18 ihre Zustimmung geben, ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle ebenfalls die Einstimmigkeit fest und komme zur dritten und letzten Abstimmung, wo ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 19 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand bitte.

Auch hier darf ich die Einstimmigkeit feststellen und komme zum Tagesordnungspunkt

**20. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 898/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Abhaltung einer parlamentarischen Enquete des Steiermärkischen Landtages, betreffend eine Reform des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (17.04 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten zu Gehör bringen.

Der Unterausschuss für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in drei Unterausschusssitzungen unter anderem den Antrag, Einl.-Zahl 898/1, betreffend Abhaltung einer parlamentarischen Enquete des Steiermärkischen Landtages, betreffend eine Reform des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes, beraten. Um im Bereich der Kulturförderung verschiedene Fördermodelle für die Steiermark diskutieren zu können, soll eine Landtagsenquete zum Thema „Organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen der Kunst- und Kulturförderung“ abgehalten werden.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Abhaltung einer Enquete des Steiermärkischen Landtages, „Organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen der Kunst- und Kulturförderung“.

Meine Damen und Herren, die genaue Tagesordnung und andere Daten zu dieser Enquete liegen Ihnen schriftlich vor. Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag auf Beschlussfassung. (17.05 Uhr.)

**Präsident:** Danke dem Herrn Berichterstatter.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, dies durch ein Handzeichen zu bekunden. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 14, wo die Frau Landesrätin Dr. Rieder mir soeben mitgeteilt hat, dass sie den Herrn Landesrat Dörflinger vertreten wird.

**14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1389/1, der Abgeordneten Wicher und Bacher, betreffend behindertengerechte Umsetzung des Projektes LKH 2000.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Wicher** (17.06 Uhr): Herr Präsident, Hohe Regierung, meine lieben Damen und Herren!

Ich darf Ihnen seitens des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler folgenden Antrag vortragen, und zwar den Antrag der Abgeordneten Wicher und Bacher betreffend behindertengerechte Umsetzung des Projektes „LKH 2000“.

In Österreich gibt es seit mehr als 20 Jahren die sogenannte Önorm B 1600. Dennoch ist barrierefreies Bauen auch in unseren Tagen keine Selbstverständlichkeit. Bei Umsetzung des Projektes „LKH 2000“ ist daher darauf zu achten, dass die Auflagen der Bauordnung hinsichtlich Behindertengerechtigkeit auch tatsächlich erfüllt werden. Bewegungsbehinderten Patienten muss ebenso wie allen anderen Patienten der volle Zugang zur medizinischen und pflegerischen Betreuung im LKH Graz gewährleistet werden.

Konkret müssten die Einrichtungen in den Krankenanstalten so geartet sein, dass sie von körperlich beeinträchtigten Patienten mit Hilfe der Technik selbstständig und ohne fremde Hilfe benutzt werden können. Es sollte besonderes Augenmerk auf den schwellenfreien Zugang zu allen Räumen, die für Patienten zugänglich sind, das sind Krankenzimmer, Untersuchungsräume, Bad, WC, Lese- und Fernsehraum, Turnsaal, Balkone und Terrassen und so weiter, gelegt werden. Vor jeder Klinik sollte ein Hinweisschild dem Rollstuhlfahrer anzeigen, wie er in das Haus kommen kann. Lifte sollen ebenerdig zugänglich sein. Automatisch funktionierende Schiebetüren erleichtern das Öffnen beim Ein- und Aussteigen. Grundprinzipien des barrierefreien Bauens, wie das Abschrägen der Gehsteigkanten bei Fußgängerübergängen im gesamten Anstaltsbereich, sollten selbstverständlich sein. Ebenso behindertengerechte Sanitäreinrichtungen sowohl für Patienten als auch für Besucher.

Wenn Um- und Neubauten von vornherein behindertengerecht geplant werden, so entstehen keine bedeutenden Mehrkosten. Selbstverständlich ist den Antragstellern, also uns, bewusst, dass die schöne Jugendstilarchitektur aus dem Jahre 1912 nicht mit einem Schlag barrierefrei gemacht werden kann. Dennoch müsste im Zuge der Umsetzung des Projektes „LKH 2000“ eine wesentliche Verbesserung in Richtung barrierefreier Zugang erreicht werden können.

Es wird daher seitens des Ausschusses der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass im Zuge der Umsetzung des Projektes „LKH 2000“ alle Um- und Neubauten behindertenadäquat entsprechend der Önorm B 1600 ausgeführt werden, um bewegungsbehinderten Patienten den vollen Zugang zur medizinischen und pflegerischen Betreuung im LKH Graz zu gewährleisten. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. (17.09 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Nunmehr darf ich der Frau Abgeordneten Wicher auch das Wort für ihren Diskussionsbeitrag erteilen.

**Abg. Wicher** (17.10 Uhr): Herr Präsident, Hohe Regierung, meine Damen und Herren!

Die Kollegin Zitz, die jetzt im Augenblick, glaube ich, nicht da ist, hat früher beklagt – (Abg. Hagenauer: „Sie ist da!“) Ist sie da?

Ich wollte ihr nur auf ihre Wortmeldung etwas sagen beziehungsweise teilweise auch zustimmen. Sie hat beklagt, dass bei der Debatte die Zuschauerkulisse nicht entsprechend war und auch, glaube ich, hat sie gemeint, dass die Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen nicht dem Thema entsprechend gewesen sei.

Manchmal habe ich auch den Eindruck, wenn es um Behindertenfragen geht, dass die Diskussionsfreudigkeit im Haus nicht so groß ist und die Debatte auch nicht den Pfeffer oder was immer auch hat, was man sich unter Umständen erwarten und vielleicht auch begrüßen könnte.

Da ich aber ein ausgesprochen positiv denkender Mensch bin, denke ich mir, dass Fragen, die behinderte Menschen betreffen, einen so großen Konsens hier im Haus haben, dass man meint, es müssten nicht unbedingt unnötig viele Debattenbeiträge gebraucht werden. Also ich denke, Anliegen behinderter Menschen, hoffe ich zumindest, sind genauso wichtig wie EU-Fragen oder Fragen, die Finanzierungsprobleme betreffen, wobei ich sagen muss, dass die Voraussetzung für Dinge, die im Behindertenbereich passieren, natürlich geordnete Finanzen sind. Und darüber bin ich mir auch im Klaren und auch die Behinderten sind sich darüber im Klaren. Also ist Finanz, ist die Wirtschaft, es sind die Voraussetzungen nötig. Aber Voraussetzungen sind auch zu schaffen, dass behinderte Menschen einen gleichwertigen Zugang zu allen Bereichen des Lebens haben. (Abg. Korp: „Frau Kollegin Wicher, in diesem Fall sind wir Sozialdemokraten sicherlich bei Ihnen!“) Ich danke schön!

Ich wollte zu unserem Antrag etwas sagen. Dieser Antrag soll keine Kritik bedeuten, weil ich der Meinung bin und es auch immer so halte, dass ich Kritik erst übe, wenn ich etwas am Tisch habe oder wenn etwas gemacht wurde, vorhanden ist, das auch kritikwürdig ist. In diesem Fall soll es lediglich eine Erinnerung sein. Es soll eine Erinnerung daran sein, dass, obwohl es schon seit langer Zeit die Önorm B 1600 gibt, immer wieder im baulichen Bereich Fehler, Nachlässigkeiten passieren, die dann nur ganz schwer und mit erhöhten Kosten sozusagen ausgebügelt werden könnten. Und aus diesem Grund

dachten wir uns, es wäre wichtig und ich wurde auch durch Behindertenorganisationen darin bestärkt, im Landtag zu sagen, das sind Dinge, die unumgänglich wichtig sind, die zwar in der Önorm festgelegt sind, aber leider Gottes, wie man immer wieder sieht, manche Architekten und manche bauausführenden Firmen sich nicht daran halten. Daher datiert dann unser Antrag. Es geht darin – ich habe es verlesen – um den barrierefreien Zugang nicht nur für körperlich beeinträchtigte Menschen, sondern auch für sinnesbehinderte. Ich möchte jetzt dann noch zusätzlich sagen, dass zum behindertengerechten Ausbau der LKHs es auch wichtig ist oder wichtig wäre – ich verwende jetzt den Konjunktiv –, in den Untersuchungsräumen, bei der Information, eben überall, wo Patienten hinkommen, die eine Auskunft brauchen, die ein Gespräch mit einem Arzt führen wollen, dass für schwerhörige, für gehörbeeinträchtigte Menschen Vorkehrungen getroffen werden sollten in Form von zum Beispiel Induktionsschleifen oder in Form der Zurverfügungstellung eines Gebärdendolmetschers für gehörlose Menschen. Sie müssen sich vorstellen, wie schwierig es für jemanden ist, der schwerhörig ist oder absolut nichts hören kann, mit einem Arzt zu kommunizieren. Das war ja auch der Sinn des Antrages, den ich schon einmal gestellt habe, eine Gehörlosenambulanz einzurichten.

Aber wenn man im Zuge der Umbauarbeiten Induktionsschleifen zum Beispiel vorsehen würde, in einigen sensiblen Bereichen, dann würde man es schwerhörigen Patienten in diesem Fall unerhört erleichtern, ihre gesundheitlichen Probleme, die sie haben, einem Arzt sagen zu können beziehungsweise auch die Antworten des Arztes und auch der Schwester zu verstehen.

Das Zweite, was ich noch als unumgängliche Notwendigkeit für die behindertengerechte Ausstattung in Krankenhäusern fordern würde, wäre, dass Feuerstutztüren, die zwar für die Sicherheit unerhört notwendig sind, selbstöffnend wären beziehungsweise mit einem Magnetverschluss versehen sind. Ich kenne das aus meiner eigenen Erfahrung, wenn ein Rollstuhlfahrer zu einer Feuerschutztüre kommt, dass er sie erstens einmal kaum öffnen kann, weil er eine Hand braucht, um die Türe zu öffnen, die sehr schwer ist – also ich könnte es im Augenblick gar nicht, weil ich mit der zweiten Hand nicht fahren könnte – und die Gefahr besteht, dass die Türe, die sich relativ schnell schließt, ihn einklemmt. Aber das trifft auch auf Blinde zu und auch würde ich sagen, nicht nur auf behinderte Menschen allgemein, sondern Patienten, die sich in Krankenhäusern befinden, sind üblicherweise nicht gerade gesund im Augenblick. Sie bewegen sich langsam, weil sie vielleicht auf zwei Krücken gehen müssen, sie fahren mit ihrem Infusionswagerl durch die Gegend, also da sind Türen, die schwer zu öffnen sind beziehungsweise sich auch wieder schnell schließen, eine Unzumutbarkeit würde ich sagen. Also ich denke, dafür sollte man Vorkehrungen treffen, um nicht im Nachhinein Adaptierungen oder Verbesserungen einführen zu müssen.

Zu dem Entschließungsantrag, der von Ihrer Fraktion gekommen ist, möchte ich sagen, ich bin auch mitgegangen, dass es natürlich – keine Frage – auch in unserem Sinne ist, dass alle Krankenhäuser in der

Steiermark barrierefrei und behindertengerecht ausgestattet werden und deswegen werden wir auch gerne Ihrem Entschließungsantrag zustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.18 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz (17.18 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Wicher, auch ich bin der gleichen Überzeugung, dass Ihr Antrag nicht als Kritik zu verstehen ist, sondern einfach, um das Bewusstsein zu schärfen und eine Bewusstseinsbildung im Bereich behindertengerechter Ausbau und behindertengerechte Ausstattung zu betreiben und ich würde meinen sogar für alle öffentlichen Gebäude, das braucht nicht nur für das LKH 2000 gelten, sondern sollte auch in anderen Bereichen Anwendung finden. Aber zum LKH 2000 darf ich sagen, dass die Önorm B 1600, wie sie im Fachjargon heißt, bei der Umsetzung des Projektes LKH 2000 in drei Bereichen bereits zum Tragen kommt. Erstens von der neuen Tiefgarage des LKH führen bereits zwei behindertengerechte Aufzüge in das Gelände des LKH. Im Gelände selbst gibt es keine Gehsteige mehr, auch deswegen, weil das Gelände ja autofrei gemacht oder gehalten werden soll. Es gibt für jede Klinik einen behindertengerechten Zugang über die Rampe oder Rettungszufahrt und einen für Behinderte zugänglichen Lift und drittens wird beim LKH 2000 auch Augenmerk auf den schwellenfreien Zugang zu allen Räumen, die für Patienten zugänglich sind, gelegt. Das heißt, bei den Neubauten gibt es im Grunde genommen kein Problem mit der Einhaltung der Önorm B 1600. Kleine Einschränkungen oder kleine Probleme mag es schon geben bei der Umsetzung dieser Önorm im Bereich von Altbauten auf Grund des Denkmalschutzes. Aber auch bei diesen Gebäuden gibt es einen behindertengerechten Zugang über die Rettungsauffahrten, die Krankenzimmer in diesen Jugendstilgebäuden sind bereits behindertengerecht umgebaut worden. Kleine Probleme, wie erwähnt, kann es bei Zugängen zu Terrassen und Balkonen auf Grund der Jugendstilarchitektur geben.

Ich würde wie gesagt meinen, dass man auch über den Tellerrand hinausschaut und nicht nur das LKH 2000 in diesen behindertengerechten Ausbau und Ausstattung einbezieht, sondern ich würde der Meinung sein, dass man alle Ämter der Landesregierung, Finanzämter, Bezirksämter genauso behindertengerecht ausstattet und auf behindertengerechte Ausstattung untersucht und ich bin mir sicher, dass man durchaus fündig wird in Bezug auf Defizite in diesem Bereich. Und nicht nur das LKH 2000 sollte behindertengerecht ausgestattet werden, sondern wir sind der Meinung – wir gehen also über diesen Antrag hinaus und nehmen alle steirischen Krankenhäuser mit hinein in diesen Antrag, in diese Forderung und ich darf einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, betreffend Beachtung der Önorm B 1600 bei Um- und Neubauten in den steirischen Krankenhäusern.

Unselbstständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gross und auch die Frau Abgeordnete Wicher ist auf diesen Antrag hinaufgegangen.

Mit der Önorm B 1600 sollte barrierefreies Bauen eine Selbstverständlichkeit werden. Im Bereich der Krankenanstalten wurde bereits für die Umsetzung des Projektes „LKH 2000“ gefordert, dass die Auflagen der Bauordnung hinsichtlich Behindertengerechtigkeit erfüllt werden. Auf die Einhaltung dieser Önorm sollte aber prinzipiell bei jedem Um- und Neubau in den steirischen Krankenhäusern geachtet werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass im Zuge von Um- und Neubauten in den Krankenhäusern in den Bezirken darauf geachtet wird, dass behindertenadäquat entsprechend der Önorm B 1600 gebaut wird. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.22 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Keine Wortmeldung. Wir haben zwei Abstimmungen.

Erstens bitte ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1389/1 zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Zweitens bitte ich die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Beachtung der Önorm B 1600 bei Um- und Neubauten in den steirischen Krankenhäusern, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**15. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 845/9, zum Beschluss Nr. 819 des Steiermärkischen Landtages vom 22. September 1998 über den Antrag der Abgeordneten Vollmann und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Ansiedlung von Betrieben der Automobilindustrie in der Obersteiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner (17.23 Uhr):** Mit der vom Herrn Präsidenten genannten Vorlage hat sich der Ausschuss beschäftigt und ist zur Meinung gekommen, Ihnen die Kenntnisnahme dieser Vorlage zu empfehlen. Ich stelle damit den Antrag, Herr Präsident. (17.23 Uhr.)

**Präsident:** Ich bedanke mich und erteile dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

**Abg. Gennaro (17.24 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Sozialdemokratischen Abgeordneten haben am 22. September 1998 einen Antrag gebracht, betreffend Betriebsansiedlung in der Obersteiermark. Es hat fast zwei Jahre lang gebraucht, um eine Regierungsvorlage in den Landtag einzubringen. Natürlich bein-

haltet sie, wie nicht anders zu erwarten, ein Loblied für den Autocluster. In der Zwischenzeit ist auch das Ziel, dass dieser Autocluster Styria durch eine aufgebaute Struktur in eine Selbstträgerschaft, sprich GesmbH., übergeführt wird, erfüllt. Ich frage nur und hoffe, dass das Land auch weiterhin als Partner des AC Styria – um das abzukürzen – noch Einflussmöglichkeiten hat. Das wird sich erst in der Zukunft weisen. Meine Damen und Herren, es gibt aber, nachdem jede Medaille zwei Seiten hat, auch Vor- und Nachteile. Und die Steiermark als Bundesland hat sicherlich – und das möchte ich auch positiv herausstreichen – eine Aufwertung des Automobilstandortes im internationalen Wettbewerb erfahren. Es gibt eine Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, Fachhochschullehrgänge, Qualifikationsseminare und die Aktivitäten seitens der AVL.

Die regionale Entwicklung in der Oststeiermark und im Großraum Graz wurde – das kann man auch positiv herausstreichen – in den vergangenen Jahren positiv beeinflusst.

Es wurden Arbeitsplätze teilweise geschaffen und eine höhere Wertschöpfung in die Regionen gebracht. Einzig die Obersteiermark kann von diesem Boom, meine Damen und Herren, nicht profitieren, zumal die Aussagen von den gesamten Betriebsansiedlern dahin gehend zu interpretieren sind, dass die Obersteiermark nicht in der Standortgunst der internationalen Investoren liegt. Da sind eben Probleme mit der Verkehrsanbindung, mit der Verfügbarkeit von Grundstücken. Wir wissen, dass einzig im Aichfeld noch große Flächen verfügbar sind und sie es dort gibt. Die weite Anreise zum Flughafen Graz-Thalerhof und so weiter, sind alles Kriterien, die das untermauern. Inwieweit das obersteirische Klima, der Winter, die Investoren auf emotionaler Ebene beeinflusst, das lässt sich nicht exakt nachweisen. Es gibt ja den Ausspruch von vielen, südlich von Graz beginnt die Toskana. Wir wissen, dass es eine Tatsache ist, dass der Freizeitwert südlich von Graz erheblich größer ist als in Teilen der Obersteiermark oder gar in Eisenerz.

Und es ist auch positiv, wenn wir die Autoindustrie betrachten, dass die Systemlieferanten zurzeit im Vordergrund stehen. Wir haben Steyr-Daimler-Puch, wir haben Magna, wir haben Lear Corporation in Voitsberg, die Sitzfertigung macht. Aber, meine Damen und Herren, diese Serienvielfalt in der Automobilindustrie wird zugunsten der Modulbauweise und der Plattformfertigung zurückgedrängt, wie wir diese Entwicklung aus den Betrieben wissen und mit vollziehen müssen. Die Steiermark kann das derzeit auch noch mit vollziehen.

Es ist auch erfreulich, dass die Kernkompetenzen – und hier gibt es ein Umdenken – wieder in die Betriebe eingegliedert werden, zum Beispiel Werkzeugbau, Formenbau, nur in der Vergangenheit sehr oft ausgegliedert. Auch hier hat die Steiermark dadurch noch Vorteile, da diese Kernkompetenzen aus den größten Betrieben derzeit noch nicht so quasi nach dem deutschen Wort ausgesurft wurden oder in der weiteren Folge wieder mühselig inzusurft sind.

Inwieweit die Beschäftigungsentwicklung in der Steiermark auf die Aktivitäten durch den Autocluster direkt zurückzuführen ist, lässt sich nicht zur Gänze

verifizieren. Es lässt sich aber behaupten – ich stehe nicht an, das zu sagen –, dass die Aktivitäten die Beschäftigungssituation in einigen Regionen positiv beeinflusst haben.

Aber, meine Damen und Herren, man muss auch die Gefahren und Nachteile erkennen und diesen entgegensteuern, soweit diese Situation gerade in einer stark abhängigen zyklisch agierenden Branche, wie es die Autobranche ist, auch ständig auftritt. Einige Beispiele haben wir miterlebt, als bei Eurostar kurzfristig ein Einbruch zu erkennen war. Die Folgewirkungen für die anderen Betriebe waren katastrophal.

Wir haben mit Magna und Chrysler-Daimler derzeit zwei ausländische Unternehmen, die in sensiblen Kernbereichen der steirischen Automobilindustrie behaftet sind. Es besteht daher auch die Gefahr, dass die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse, meine Damen und Herren, dann abfließen, wenn eben so große Konzerne, aus welchen Gründen auch immer, ihre Produktion in andere Länder verlagern.

Der Autocluster ist über eine enge Kooperation auf der Ebene der Geschäftsführung, einer etwas loseren Kooperation auf der mittleren Führungsebene nicht weiter in den unselbstständigen Beschäftigungsbereich vorgedrungen. Ich sage das deshalb, weil viele Vorschläge und Forderungen der Arbeitnehmerseite, eigener Beschäftigungspool, koordinierte Aus- und Weiterbildungsaktivitäten, eigene Lehrwerkstätten, interne Qualifikationsprogramme und vieles mehr von den Verantwortlichen des Autoclusters bisher nicht wahrgenommen wurden. Die Eigenheiten und Identitäten der jeweils unterschiedlichen Unternehmen wurden durch den Autocluster nicht berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, die Gefahren dieser Clusterbildung und dieser Monokultur, die Automobilproduktion mit allen negativen Auswirkungen, das wurde deutlich untermauert beim Grazer Automobilforum, das vom 4. bis 6. Oktober 1999 in Graz stattgefunden hat und hier wurde das sehr deutlich sichtbar. Der Referent – und ich darf das zitieren –, Herr Dipl.-Ing. Gerhard Weber, Geschäftsführer einer Stuttgarter Unternehmensberatungsfirma führte aus, „dass in Mitteleuropa die nächste-Automatisierungsoffensive im Bereich des Automobilbaus ansteht und es durchaus zu einem Abbau von Arbeitsplätzen kommen wird, da man auf sogenannte Modulbauweisen umsteigen wird. Und diese Modulbauweise wird der nächste Automatisierungsschub sein. Es ist erklärtes Ziel dieser Branche, eine Fabrik zu bauen, die bereits mit 25.000 Kraftfahrzeugen pro Jahr wirtschaftlich geführt werden kann.“

Wenn ich das vergleiche mit Eurostar und Steyr-Daimler-Puch, wo man täglich fast 400 Fahrzeuge produziert, heißt das im Klartext, dass diese Betriebe oder Fabriken schnell und flexibel errichtet werden können, aber gleich schnell wieder verlagert und geschlossen.

Meine Damen und Herren, neben dieser Informationsstrukturebene muss – und das wurde auch festgestellt, das hat mich sehr beeindruckt – eine zweite Wissens Ebene eingebracht werden, die zu einem sogenannten Wissensmanagement führt. Eine verstärkte Einbindung der Arbeitnehmer über eine stärkere kontinuierliche innerbetriebliche Qualifika-

tion der Beschäftigten ist unabdingbar. Es müssen Strukturen geschaffen werden, um diesem notwendigen Wissensmanagement zum Durchbruch zu verhelfen.

Meine Damen und Herren, unsere ständige Kritik, dass in den Betrieben Magna, Eurostar und so weiter, mit Ausnahme der Steyr-Daimler-Fahrzeugtechnik, keine Lehrlingsausbildung betrieben wird, hat auch bei diesem Kongress eine Bestätigung gefunden. Es wurde sehr eindringlich dem Kongress vor Augen geführt, dass es ein Fehler der Industrie war, ab 1990 keine eigenen Fachkräfte mehr auszubilden und auch keine Ausbildungsplätze mehr bereitzustellen. Damit sank natürlich auch die Motivation der Jugendlichen. Und diese Generation fehlt derzeit. Derzeit fehlen Fachkräfte in den Automobilbranchen und -bereichen. Derzeit gibt es, so die Meinung des Vortragenden, auch zu wenig Ingenieure. Wir wissen, die Abwertungsmaßnahmen der Betriebe untereinander sind ja nicht erfreulich.

Es wurde sogar gefordert und vorgeschlagen, dass sogenannte Lerninseln zu schaffen sind, die auch von Facharbeitern wieder besucht werden können, um die bestimmte Qualifikation noch zu erwerben oder zu verbessern. Neben der Instandhaltung ist das Wort geprägt worden: eine Wissensinstandhaltung.

Desgleichen hat er auch angeregt, die Kernkompetenz Werkzeugbau wieder verstärkt in die Kompetenz der Automobilproduktion zu rücken, weil man die Abhängigkeit von anderen Zulieferern in der Form verhindern will.

Wenn man diese internationalen Tendenzen, um mich nicht zu sehr zu verbreitern, zur Kenntnis nimmt und weiß, dass die Umstellung vom Markt der Kfz-Zulieferanten davon geprägt ist, vom Systemlieferant hin zum Modul, bedeutet das und wurde klar gemacht, dass für viele kleine Zulieferer, weil sie einfach von der Größenordnung nicht mehr mithalten können, diese Situation zum sogenannten K.-o.-Kriterium wird, weil sie die Produktionsmengen nicht bewältigen können.

Und es waren schon sehr beeindruckend auch diese Überlagerungen und Auslagerungen, wenn zum Beispiel in Ungarn die Lohnsituation mit eins zu sechs beschrieben wird und eine Steuerfreiheit der Werke von zehn Jahren. Da kann man sich vorstellen, welchen Wettbewerb wir in Österreich haben.

Diese Feststellungen, meine Damen und Herren, müssen für die Steiermark Auftrag sein, neben der Automobilbranche auch andere Wirtschaftssegmente mit ähnlicher Kraft seitens des Landes zu entwickeln, um eine regionale Eigenständigkeit auch außerhalb dieser sogenannten Automobilbranche zu gewährleisten.

Die Rahmenbedingungen für regionale Wirtschaftspolitik waren gerade in der Obersteiermark, meine Damen und Herren, wie wir wissen, einem starken Wandel unterworfen. Die Fortschritte in zahlreichen Branchen, besonders in der Hochtechnologie sowie die zunehmende Integration der Volkswirtschaft eröffnen den Regionen Potentiale für Chancen und Risiken. Für die Obersteiermark ergibt sich dadurch ein eindeutiger Befund, dass der Industriesektor beziehungsweise die ehemals stark vertretene Grundstoffindustrie, die eine schwere Krise hinter sich hat,

wir Gefahr laufen, dass, wenn sich das in der Autoindustrie, wie ich schon ein paarmal erwähnte, auch zu sehr konzentriert, auch deren Auswirkungen in weiterer Folge zu spüren bekommen. Und dass ein Teil in der Grundstoffindustrie hervorragende Werte aufzeichnet wissen wir, dass dieser Sektor zwar noch etwas expandieren kann, aber nicht allein ausreichen wird um als Initialzündler für die Obersteiermark und für die weitere Entwicklung der Region zu fungieren.

Wir wissen, Wissen wird zu einem unverzichtbaren Standortfaktor einer von modernen Informationstechnologien und Kommunikation geprägten Landschaft. Für die Obersteiermark, meine Damen und Herren, besteht in der, meiner Meinung nach, Forschung und Entwicklung im Werkstofftechnologiebereich das größte Wachstumspotential für die Zukunft.

Natürlich darf nicht übersehen werden, dass in der Obersteiermark ein industriepolitisches Umdenken bereits Platz gegriffen hat. Beispiele: Kooperationsbemühungen der Technologiezentren, Vernetzungsbemühungen der Regionalmanagementstellen und die Kooperation der Industriebetriebe. Trotzdem ist festzuhalten, dass die Obersteiermark gemessen an der Problemlage in wirtschaftspolitischer Hinsicht weitaus stärker der Unterstützung des Bundes und des Landes bedarf, meine Damen und Herren. Ich bin deshalb sehr dankbar, dass Herr Landeshauptmannstellvertreter am Montag einen Antrag in die Regierung eingebracht hat, damit auch hier in dieser Frage, was Technologie betrifft, aus den so genannten und von mir bereits erwähnten Gründen für die Obersteiermark ein kräftiges wirtschaftliches Standbein konstruiert werden kann. Glücklicherweise haben wir bereits einen Betrieb mit höchster Technologieführerschaft, der zu einem Leitbetrieb für Mikroelektronik für ein modernes Informationstechnologienetzwerk werden könnte, die Firma AT&S in Leoben und in Fohnsdorf. Wir haben die Montanuniversität, wir haben Fachhochschulstudiengänge und wir haben die industrielle Elektronik in Kapfenberg, Werkstoffkompetenzzentren in Leoben und verschiedene andere Fachhochschulstudien für Elektronik und Informatik beabsichtigt in Rottenmann. Der Leitbetrieb AT&S verfügt über überproportional viele Frauenarbeitsplätze, die gerade in der Obersteiermark fehlen. Es besteht aber auch weiterhin dringender Bedarf an Facharbeitern und Facharbeiterinnen.

Als ersten Schritt in diese Richtung sollte – und das wurde eingebracht – Joanneum Research ein Strategiekonzept zur Umsetzung eines derartigen Mikroelektronik- und modernen Informationstechnologienetzwerkes erarbeiten. In der zweiten Phase müsste sich das Land Steiermark entsprechende Umsetzungspartner suchen und diese Bemühungen entsprechen den Aktivitäten, dass sie auf Landesregierungsebene, wie ich bereits ausgeführt habe, als Antrag eingebracht werden. Herr Landesrat Paierl, ich fordere Sie schon auf, auch diese Überlegungen aufzugreifen und alle möglichen Umsetzungen zu betreiben. Es wäre kurzfristig und unverantwortlich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Kurt, wir haben uns geeinigt, es geht am Montag durch!“) Habe ich nicht gewusst, alles klar.

Für die Zukunft, schauen Sie, da gibt es eben Probleme. Da sieht man, wie schnell unser Landeshauptmann reagiert, da bin ich mit der Rede noch gar nicht fertig, hat er schon eine Zusage gemacht. Das ist Politik, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Daher darf ich folgenden Entschließungsantrag einbringen. Ich erspare mir die Begründung, die habe ich bereits teilweise ausgeführt.

Es wird von uns der Entschließungsantrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH. im Rahmen des KOM-NET Styria, Kompetenznetzwerk „neue Kommunikationstechnologien“ mit der Ausarbeitung eines Strategie- und Umsetzungs Konzeptes für die Etablierung und den Ausbau eines „Mikroelektronik / moderne Informationstechnologie-Netzwerk“ in der Obersteiermark im Sinne der obigen Antragsbegründung zu beauftragen, zweitens das gemäß Ziffer 1 erarbeitete Konzept raschestmöglich zu verwirklichen und die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH. mit der Koordination der verschiedenen Initiativen in diesem Bereich sowie deren Umsetzung zu beauftragen.

Im Sinne der Obersteiermark, der Menschen und Arbeitnehmer bitte ich um Unterstützung dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der SPÖ. – 17.39 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Kollegen Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (17.39 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vieles von dem, was mein Vorredner gesagt hat, ist durchaus zu unterstützen, nur besteht halt die Obersteiermark nicht nur aus der Region Murtal und Leoben, sondern dazu gehört auch das Mürztal und dazu gehört auch der Bezirk Liezen, der ja nur zum Teil touristisch so weit erschlossen ist, dass er eine vollkommen andere Struktur hat.

Ich glaube, dass man in der Historie der Entwicklung dieser Obersteiermark unmittelbar nach dem Niedergang der verstaatlichten Industrie einen klassischen Fehler begangen hat, nämlich dass man aus der Sorge heraus oder der Trauer über den Verlust der verstaatlichten Industrie es verabsäumt hat, rasch auf einen Zug aufzuspringen, der durchaus damals schon Chancen geboten hätte. Aus zwei Gründen Chancen geboten hätte, erstens waren durchaus Anlagen vorhanden, die man anderwärtig hätte nutzen können, das ist das Eine. Und zweitens hat man ein riesiges Potential langsam aber sicher beinahe verkümmern lassen und es ist Gott sei Dank in manchen Bereichen gelungen, das schon wieder aufzuheben, nämlich die ungeheure Industriebereitschaft der Bevölkerung einerseits und auf der anderen Seite natürlich auch die qualifizierte Ausbildung, die unsere Leute auf dem Stahl-Eisen-Sektor im Hüttenbereich, aber auch im Maschinenbau und in anderen Bereichen gehabt haben.

Nunmehr ist ein Wandel eingetreten und dieser Wandel hat mit sich gebracht, dass sich kleinere Strukturen entwickelt haben, die durchaus klein aber fein sind, die aber nicht ausreichen um die Anforderungen, die wir für die Region brauchen, umzusetzen. Nun, welche Optionen gibt es? Alles spricht immer vom Auto. Das Auto ist der eine Teil. Das Auto liegt rund um Graz und in Richtung Oststeiermark und ist dort sicherlich gut aufgehoben. Auf der anderen Seite gibt es Anlagen, die durchaus auch in Bezug auf die Autoindustrie von Bedeutung wären. Ich denke da an den A1-Ring, der als Teststrecke für Fahrzeuge, als Modulationssektor und vieles andere durchaus eine Berechtigung hätte und eine zusätzliche Auslastung mit sich bringt.

Ich denke an die Eisenbahnindustrie. Wir haben mit der Schiene in Donawitz sicherlich etwas, um das uns der Rest der Welt beneidet. Wir sind auf diesem Sektor durchaus erfolgreich. Ich muss dazusagen, dass natürlich der Rest der Welt nicht schläft und es durchaus Konkurrenz gibt, aber in der Gesamtentwicklung oder im Hinblick auf die Situation der Entwicklung in Europa, wo man doch der Schiene einen gewissen Vorzug einräumt und ein Umdenken immer mehr in Richtung Schiene stattfindet, wäre es durchaus zu überlegen oder zu prüfen, inwieweit man im Raum Knittelfeld/Judenburg – Judenburg ist ja an sich schon immer mit der Eisenbahn gut gefahren im übertragenen Sinne –, dass man dort vielleicht das eine oder andere an Eisenbahntechnologie mit einbringt. Ein Punkt, der ja schon lange durch die Gedankenwelt geistert sowohl im Landtag als auch im Bund, vor allem auch in der Region, das ist der große Bereich Holz. Sicherlich gibt es den Rohstoff in doch relativ großer Dimension, die Frage ist, mit der Bringung des Holzes allein ist es nicht getan, wir brauchen dazu eine Wertschöpfung. Und wir wissen also ganz genau, dass wir in unmittelbarer Nachbarschaft, in Italien, aber auch auf der anderen Seite in den skandinavischen Ländern momentan hervorragende bereits gut funktionierende Fertigungsindustrien auf dem Möbelsektor haben und im Kleinholzbereich, was Qualität bis zu Schmuckstücken herunter bedeutet. Auf der anderen Seite ist es auch so, dass die Holzpreise und das Dumping, das derzeit aus dem Osten kommt, vor allem aus Russland und aus den großen bewaldeten Nachbarländern sicherlich auch Probleme bedeuten, aber wir müssen uns irgendwann einmal entscheiden, was wir tun wollen. Nun hat es geheißen, es wird Studien geben. Ich habe keine Studie gesehen, Herr Landesrat – der studiert auch nicht mehr. Wie schaut es jetzt aus mit dem Holzcluster, wie schaut es jetzt aus mit der Holzindustrie? Was bewegt sich hier? Es ist sehr ruhig geworden und immer dann, wenn wir uns über die etwas vernachlässigte Obersteiermark unterhalten, kommen von dir die Aussagen, dass dem nicht so ist, weil es ja sehr vieles gibt, was dort auch gemacht wird. Also Holz ist sicherlich ein Bereich, den wir uns vornehmen sollten.

Es ist schon angeklungen, dass wir auch auf der wissenschaftlichen Seite durchaus mit der Montanuniversität eine Institution haben, die uns helfen könnte und helfen kann, auch in Abstimmung, gewisse Bereiche in diese Gegend zu bringen, weil damit zwei Fliegen auf einen Streich geschlagen werden können.

Auf der einen Seite gäbe es für die Universitäten, die ja auch immer mehr in die finanzielle Autonomie gedrängt werden und damit auch dafür sorgen müssen, wie sie sich schlussendlich irgendwann einmal selbst erhalten, was ein Ding der Unmöglichkeit ist, aber doch sehr viel selbst dazu beitragen müssen. Auf der anderen Seite gäbe es dort ein Potential, was man ausnützt, um einfach herzugehen und Produkte gemeinsam mit der Industrie, der Wirtschaft zu entwickeln oder mit zu entwickeln, die man dann im Umfeld dieser Region mit dem Schwerpunkt Leoben oder einem Schwerpunkt auch Judenburg dann in die Tat umsetzen kann.

Nun, wir sind uns darüber im Klaren, dass die Schwerindustrie out ist und nicht mehr in Frage kommt. Daher müssen wir uns mit kleineren Dingen beschäftigen. Und diese kleineren Brötchen – das wird Ihnen jeder Bäcker bestätigen – bringen auch Geld, wenn sie günstig produziert und gut vermarktet werden können.

Österreich war ein bedeutender Know-how-Geber in Europa. Vor allem die Montanuniversität hat hier ein gerüttelt Maß dazu beigetragen. Ich glaube, dass wir uns auch dafür einsetzen sollten, dass Forschung parallel zur Lehre auch jenen wirtschaftlichen Erfolg bringt, den wir uns wünschen. Man sollte hier ganz gezielt beginnen, gemeinsam über Produktlinien, über Möglichkeiten zu diskutieren. Wir haben ja mit dem Euro-Cryst versucht, eine Schiene ins Leben zu rufen, die durchaus ein guter Impulsgeber gewesen wäre, sind aber leider Gottes zu kurz gekommen auf der einen Seite und auf der anderen Seite ist wahrscheinlich – und Prof. Jeglitsch, ich glaube, du wirst mir Recht geben – die Universität selbst alleine nicht in der Lage, diese Dinge in Angriff zu nehmen. Sie wäre aber ein willkommener Partner, ein aufgeschlossener Partner, der gerne hier mitarbeiten würde, vor allem deshalb, weil er weiß, welche Kapazitäten sich in diesem Raum konzentrieren und welche Möglichkeiten es dort gäbe und welche Einrichtungen vorhanden sind und, Sigi Ussar, du wirst mir das bestätigen, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart die Reputation der Montanuniversität eine ganz besondere ist.

Die Verkehrssituation, die wir in der Obersteiermark vorfinden, ist natürlich auch nicht unbedingt die attraktivste. Das muss man auch dazusagen. Aber ich glaube, mit gewissen Lückenschlüssen müsste es möglich sein, parallel zur Entwicklung der Forschungs- und Produktionsmöglichkeiten auch die Infrastruktur so weit voranzutreiben, damit man nicht dann, wenn man den ersten Entschluss gefasst hat, erst damit beginnen muss, sich in weiterer Folge mit den Infrastrukturmaßnahmen auseinanderzusetzen.

Dazu gehören sicherlich auch der Ausbau und die Benützungsbewilligung für den zivilen Luftverkehr des Flughafens Zeltweg. Eine Forderung, die, glaube ich, so alt ist wie dieser Landtag oder seitdem es den Flughafen gibt.

Es gehört auch sicherlich dazu, dass man versuchen muss und versuchen wird – ich glaube, wir kommen darum nicht herum –, von der öffentlichen Hand, sprich dem Land, in Kombination vielleicht mit dem Bund, Forschungen und Planungen zu betreiben und Vorstellungen zu entwickeln, wie man das tut,

weil ich glaube, man kann sich in dem ewigen Hickhack zwischen überlassen wir die Wirtschaft den Wirtschaftstreibenden auf der einen Seite, und wir wollen nicht, dass es eine zentralistische Wirtschaft gibt. In diesem ideologischen Feld geht vieles verloren. Ich glaube; Herr Landesrat, du hast ja schon einige Initiativen gesetzt in die Richtung, dass man sagt okay, wir müssen die Leute, die dafür in Frage kommen, an einen Tisch bringen, damit sie diskutieren können. Du hast ja gewisse Börsen ins Leben gerufen, wo sich Produzenten oder Leute mit Ideen und andere treffen, die dazu etwas beitragen könnten, wie zum Beispiel eben auf der einen Seite die Universität auf der anderen Seite die dort oben betroffenen Kommunen. Dass man in dem Zusammenhang einfach alle an einen Tisch bringt. Aber um das zu tun, muss man vorerst einmal wissen, was man tut.

Ich glaube, dass wir noch immer in der etwas unglücklichen Lage sind, dass zwar immer wieder Ideen auftauchen und das eine und das andere kurzfristig heraufschießt, aber so schnell verschwindet wie es gekommen ist, nicht aus der Sorge, die Kollege Gennaro hat, dass der böse Unternehmer sein Werk schon so baut, dass er es auf Rädern baut und wenn ihm die Arbeitnehmer nicht mehr gefallen, dann fährt er mit dem Werkzeug weiter und produziert woanders. Ich glaube, das ist auch die Übertreibung nach der anderen Seite. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es hier eine sehr vernünftige Gesprächsebene geben muss, vor allem dann, wenn wir alle der Meinung sind, dass sich dort etwas rühren muss. Und es muss sich etwas rühren, weil wenn wir uns anschauen a) die Arbeitslosenzahlen in diesen Bereichen, b) und das ist das Erschütternde daran, auch die relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit, dann muss ich sagen, es ist fünf vor zwölf. Wir sind aufgerufen, hier möglichst rasch etwas zu tun.

Ich würde einen Vorschlag unterbreiten, der vielleicht zu realisieren ist, wenn alle dazu bereit sind. Wir setzen uns in unseren Ausschüssen immer erst dann zusammen, wenn irgendjemand einen Antrag einbringt. Warum kann sich ein Ausschuss nicht selbst damit befassen, wie er ein Problem wie dieses löst, quer über die Fraktionen hinweg, mit der Einbindung und Zuziehung von Experten, Fachleuten, wenn immer es notwendig ist? Ich glaube, dass wir damit wesentlich mehr erzielen könnten als gegenseitig uns mit zum Teil undurchführbaren Anträgen zu bombardieren oder, wie man so schön sagt, populistisch ausgewertet, Dinge, die schon geschehen oder auch nicht geschehen sind, dann sich als Mascherl auf den Hut zu klemmen.

Ich glaube, dass auch zusammen mit der Regierung, Herr Landesrat, ich bin überzeugt davon, dass du dem nicht negativ gegenüberstehst, dass wir uns einfach zusammensetzen, ich sehe Ähnliches auch im Bereich der Landwirtschaft, dass sich der Landtag in seinen Ausschüssen selbst befindet mit Aufgaben und Diskussionen und Möglichkeiten, um diesen gordischen Knoten zu lösen. Auf der einen Seite die Wirtschaft, die immer schreit, gebt uns Möglichkeiten oder gebt uns Rahmenbedingungen, auf der anderen Seite die Regionen, gebt uns irgendwelche Produktions- oder sonstige Stätten, wo wir Arbeitsplätze haben, die

Leute beginnen abzuwandern, das hat katastrophale Konsequenzen, vor allem was die Jugend betrifft und all diese Dinge.

Ich würde das ganz ernsthaft in die Diskussion einbringen und würde ersuchen, dass wir uns in einem der Ausschüsse, die dazu passen, darüber unterhalten und vielleicht auch zu dem Entschluss kommen, einen Antrag zu stellen, einen Ausschuss einzusetzen, der sich damit beschäftigt. Ich meine nicht im klassischen Sinne, wenn man nicht weiß, was man mit einem Problem oder mit einer Sache tun soll, gründe einen Ausschuss, dort wird es friedlich begraben, sondern drehen wir den Spieß um, schaffen wir uns eine Plattform um damit richtig umzugehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Gestatten Sie mir aber auch noch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Vesko und Peinhaupt, betreffend Ressourcen in der Obersteiermark, einzubringen, der da hier lautet:

Durch den A 1-Ring in Spielberg und den Flughafen Zeltweg existieren in der Obersteiermark Ressourcen, die bestmöglich zu nutzen wären.

Der Baugrund in Fohnsdorf und rundum liegt in der „roten Zone“ – vor allem wegen des Flugzeuglärms –, könnte aber als Industriegrund ausgewiesen werden.

Es waren schon Automobilwerke von Chrysler und Audi in Diskussion, die jedoch keinen positiven Abschluss fanden. Warum wissen wir auch, weil eben die Verkehrssituation nicht die entsprechenden Voraussetzungen gegeben hat.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Chancen in der Obersteiermark wahrzunehmen und durch eine gezielte Werbung und allfällige Bereitstellung von Förderungsmitteln, die den A 1-Ring mit der Wirtschaft (insbesondere Autocluster) verknüpft, den Industriestandort Obersteiermark bestmöglich zu forcieren.

Ich habe diesen Antrag gestellt oder wir stellen diesen Antrag, damit wir uns dabei dazu entschließen können, diese Arbeitsgruppe in Richtung Verbesserung der Situation in der Obersteiermark in Angriff nehmen zu können. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.55 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ussar (17.55 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus!

Uns liegt heute eine Vorlage, betreffend die Ansiedelung von Betrieben in der Obersteiermark vor. In der Obersteiermark, sehr geehrte Damen und Herren, sind in den letzten Jahren gewaltige Veränderungen vor sich gegangen. Seit dem Ende der siebziger Jahre hat die Obersteiermark mehr als 18.000 Arbeitsplätze verloren, in den übrigen Teilen unseres Landes sind allerdings dafür fast 32.000 neue Posten entstanden, die Beamtenposten gar nicht mitgerechnet. Diese Licht- und Schattenseiten der steirischen Arbeitsplatzproblematik gab noch keine Statistik so treffend wieder wie drei Blätter des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Die Anregung ist damals

von der „Kleinen Zeitung“ ausgegangen und zeigt, dass die Bezirke der obersteirischen Stahlregion samt Liezen und dem weststeirischen Kohlenrevier einst 90.000 Arbeitsplätze hatten, davon waren 1996 mehr als 18.000, also jeder Fünfte, eliminiert. Allein, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Graz und Graz-Umgebung wurden von 1980 bis 1996 der obersteirische Arbeitsplatzverlust wettgemacht. Noch im Jahre 1980 waren ein Drittel aller steirischen Arbeitsplätze in der Obersteiermark, derzeit sind sie leider auf ein Viertel zurückgegangen. Die Bezirke Bruck und Leoben waren ja im Jahre 1980 hinter Graz jene Bezirke mit den meisten Arbeitsplätzen. Inzwischen wurden sie nicht nur von Graz, sondern auch von Graz-Umgebung und vom Bezirk Weiz überholt. Am 21. April 1998, sehr geehrte Damen und Herren, fand im Leobener Kongresshaus eine große Obersteiermarkkonferenz statt. Bei dieser Konferenz wurden Resolutionen beschlossen, die die Grundlage der von uns im Steiermärkischen Landtag eingebrachten Obersteiermarkanträge sind. Bei diesen Anträgen, sehr geehrte Damen und Herren, handelt es sich hauptsächlich um Anliegen der Industrie, Betriebsansiedelungen, Bahnausbau, Straßenbau, Wissenschaft und Forschung, Ausbildung, Tourismus, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Wohnbau und vor allem auch, wie von dir angerissen, Jugendförderung und Kultur. Besonders, sehr geehrte Damen und Herren, scheint mir aber die Ansiedelung von Betrieben gerade auch der Automobilindustrie in der Obersteiermark und vor allem auch im Bezirk Leoben notwendig. Was die Einbindung der Obersteiermark in den automobilen Bereich betrifft, ist leider meiner Ansicht nach die Obersteiermark, Herr Landesrat, bis jetzt stiefmütterlich behandelt worden. Hier erscheint mir größter Handlungsbedarf notwendig.

Die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Montanuniversität – Herr Präsident hat sie bereits erwähnt –, dem Wirtschaftspark Obersteiermark, dem Laserzentrum Niklasdorf und vor allem Joanneum Research müssen unbedingt intensiviert werden. Unser Wirtschaftssprecher, Klubobmann Gennaro hat hier schon ausführlich darauf hingewiesen. Durch eine Bündelung entscheidender Maßnahmen unter besonderer Einbindung von Joanneum Research scheint eine verstärkte Einbindung der Obersteiermark auch im Rahmen der Mikroelektronik unbedingt notwendig zu sein. Als Vorbild wurde bereits auch von Kurt Gennaro die Entwicklung von AT&S in Leoben-Hinterberg bezeichnet.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe im Juni des Vorjahres hier im Hohen Hause zu diesem Thema gesprochen und betont, dass die Grundsteinlegung, die am 21. April des Vorjahres in Hinterberg stattgefunden hat für das neue Leiterplattenwerk Hinterberg 2, einen ganz besonders positiven Beitrag nicht nur für die Stadt Leoben, sondern für die gesamte Region gebracht hat. Für die Standortauswahl Leoben-Hinterberg war gut ausgebildetes Personal, ein stabiles politisches und soziales Umfeld und vor allem auch die sozialpartnerschaftlich ausgehandelte Lösung hinsichtlich der Frauennacharbeit ganz wichtig. Das Unternehmen hat allein im Vorjahr 1,9 Milliarden Schilling investiert. 1,1 Milliarden davon allein sind in den Betrieb in Hinterberg ge-

flossen. In der Aufsichtsratssitzung am 20. Jänner dieses Jahres wurde ein Antrag gebracht, die zweite Ausbaustufe des Werkes Hinterberg 2 vorzuziehen. Für diese Kapitalerweiterung bedarf es Investitionen von 800 Millionen Schilling im Wirtschaftsjahr 2000/2001. Dadurch, sehr geehrte Damen und Herren, kann die bestehende Kapazität des Werkes Hinterberg 2 verdreifacht werden. AT&S rechnet im Geschäftsjahr 1999/2000, das jetzt bis Ende März dauert, mit einem Umsatz von mehr als 3 Milliarden Schilling. Beschäftigt, sehr geehrte Damen und Herren, werden in der Gruppe 2300 Mitarbeiter, darunter 1700 in Österreich. Wie schon erwähnt, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die Nachfrage nach Leiterplatten von AT&S den Vorstand veranlasst, beim Aufsichtsrat die vorgezogene Entscheidung über den Endausbau des Werkes Hinterberg 2 zu beantragen. Eine wichtige Voraussetzung, sehr geehrter Herr Landesrat, du weißt es ja auch, ist die Förderung von 20 Prozent dieser 800-Millionen-Investition. Da die Förderquote auch für die erste Ausbaustufe von 1,1 Milliarden bezahlt wurde, ist es also unbedingt notwendig, für die Ausbaustufe 2 diese Mittel auch bereitzustellen. Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Ausbau Hinterberg 2 AT&S werden 300 neue Arbeitsplätze geschaffen und könnte die Leiterplattenkapazität ab 2001 verdreifacht werden.

Heute ist ein besonderer Tag in Hinterberg – ich freue mich und ich glaube, Sie freuen sich mit mir –, heute wird der tausendste Arbeitnehmer im Werk in Hinterberg aufgenommen. Eine ganz positive Entwicklung und wir können uns alle darüber ganz besonders freuen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme schon zum Schluss. Nach dem letzten Bericht des Arbeitsmarktservice in Leoben sind bei uns noch immer 1310 Männer und 902 Frauen ohne Arbeit. Wir alle, sehr geehrte Damen und Herren, wissen, dass jeder Arbeitslose ein Arbeitsloser zu viel ist. Mit dem neuen Werk in Leoben-Hinterberg wird daher auch ein kräftiger Impuls gegen die Frauenarbeitslosigkeit gesetzt. Hinterberg ist ein positives Beispiel für unsere Region, wie es bereits Kurt Gennaro gesagt hat. Wenn die Automobilindustrie sich mit kräftigen Investitionen auch noch in der Obersteiermark einstellen würde, würde diese Region im Wandel wirklich das Prädikat „Zukunftsregion“ verdienen. Ich fordere die Steiermärkische Landesregierung auf dafür Sorge zu tragen, sich besonders intensiv um die Ansiedelung von besonders auch größeren Betrieben im obersteirischen Zentralraum zu bemühen. Im Rahmen des regionalen Entwicklungsbeirates im Bezirk Leoben haben wir ein Entwicklungsleitbild mit ganz klaren Zielpositionen erstellt. Ich habe diese Projekte bereits hier im Vorjahr im Hohen Haus vorgestellt und die Landesregierung ersucht, diese Projekte, die für die Zukunftsregion Leoben ganz entscheidend wichtig sind, zu unterstützen. Besondere Unterstützung brauchen auch die Projekte im Rahmen der Destinationsentwicklung Erz und Eisen und der Destination Iron-Mountain-Erlebniswelt Eisenerz. Diese Destination umfasst elf Gemeinden entlang der steirischen Eisenstraße, wobei in den rund 26.000 Haushalten mehr als 50.000 Einwohner involviert sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Entwicklung dieser Projekte ist für die Zukunftsregion Leoben neben der Ansiedelung von Betrieben, auch der Automobiindustrie in unserem Raum von eminenter Bedeutung. Ich fordere die Landesregierung noch einmal auf, diese Zukunftsinitiativen besonders zu unterstützen, damit unsere Kinder in der Zukunftsregion Obersteiermark einen Arbeitsplatz finden und in unserer Region eine gute Zukunft haben.

Ich darf noch zum Entschließungsantrag, den unser Wirtschaftssprecher eingebracht hat, den Punkt zwei des Entschließungsantrages zurücknehmen und darf abschließend dem Herrn Präsidenten Dipl.-Ing. Hasiba danken, er hat mir erlaubt, dass ich für unsere Ausstellung Peru, die seit Freitag in Leoben stattfindet – Sie wissen, zuerst war China, dann war Tibet, jetzt ist es Peru –, Ihnen eine Einladung überreichen darf und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie unsere Bergstadt Leoben und diese Ausstellung besuchen würden.

Ich darf nun dem Herrn Zweiten Präsidenten und dem Herrn Landtagsdirektor einen Katalog von der Ausstellung überreichen und Ihnen dann später eine Einladung mit einem Prospekt übergeben. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 18.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Das Schlusswort hat der Herr Landesrat Paierl.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (18.06 Uhr):** Sehr verehrter Herr Abgeordneter Ussar, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Obersteiermark ist eine Region mit Zukunft. Davon bin ich überzeugt. Ich glaube, man muss auch gerade von Regierungsseite und auch von Landtagsseite unterstreichen, was hier gerade in den letzten Jahren an Wandel stattgefunden hat.

Lassen Sie mich die jüngsten Daten eben aus diesem angesprochenen Automobil- und Automobilzulieferbereich steiermarkweit und auch im Vergleich dazu die Obersteiermark nennen. Dabei ist das Interessante, dass die Obersteiermark genauso viel Projekte, nämlich 23, bei uns im Automobilbereich eingereicht hat wie es der Rest der Steiermark hat. 23 Projekte in der Obersteiermark und 23 Projekte im restlichen Bereich der Steiermark.

Es ist vielleicht da oder dort weniger bekannt, weil es weniger kommuniziert wird, aber ich nenne Ihnen ein paar Namen: Böhler, Collins & Aikman, Pankl – Pankl ist vielleicht der bekanntere Teil dieses gesamten Spektrums PEWEAG, die VOEST, RKW-Kunststofftechnik in Judenburg, Kneitz in Liezen, Georg Fischer in Liezen und nicht zu vergessen in Mürzzuschlag noch einmal die VOEST und die Nekom. Also lauter Betriebe, die im Wachstum sind und die auch zusätzlich Beschäftigung gefunden haben. Meine Damen und Herren, es ist auch ein Faktor, dass der hohe Arbeitsplatzverlust in der Grundstoffindustrie mittlerweile weitgehend von diesen neuen Branchen und diesen neuen Strukturen aufgeholt wurde. Die Experten rechnen damit, dass

insgesamt der Arbeitsplatzverlust aus dem Niedergang der Grundstoffindustrie bis 2002 kompensiert ist in der Obersteiermark.

Wir sehen auch, dass die Entwicklung – wenn ich jetzt die Regionen vergleiche – eine viel dynamischere ist als in anderen Regionen. Also die Obersteiermark ist eine Region mit Zukunft. Natürlich haben auch Investitionen, Investments wie bei AT&S in Hinterberg dafür die Verantwortung, also nicht nur der automatische Bereich, sondern auch im Mikroelektronik-, im Telekommunikationsbereich.

Aber lassen Sie mich auch da ein sehr vorsichtiges Wort sagen, weil Gennaro in einer an sich sehr ausgewogenen und beachtlichen Wortmeldung da die Gefahren in der Automobilbranche international und dann auch rückwirkend auf die Steiermark dargestellt hat. Das gibt es natürlich auch im Bereich der Telekom, des Handys. Das wissen die Experten, vor allem auch der Dr. Androsch persönlich. Deswegen hat er sich ja auch so gewehrt gegen die fünf Jahre dauernde Beschäftigungsaufgabe, weil man natürlich gerade in dieser Branche heute nicht sagen kann, was in fünf Jahren ist. Aber trotzdem, wir haben das ausverhandelt und man muss leben damit.

Faktum ist, dass das die schnelllebigste Branche ist – die Telekombranche. Da ist die Autobranche, die auch sehr hart international umkämpft ist, noch viel langsamer. Das nur vielleicht zu diesen Ausführungen.

Aber darf ich noch, weil der Präsident Vesko mich angesprochen hat, zum Holz ein paar Informationen geben.

Wir verfahren im Holzcluster ganz gleich wie im Automobilcluster. Im Automobilcluster gibt es einen Zug zur *Verselbstständigung*, das heißt, dass man die Politik dort rausnimmt, dass man uns immer weniger braucht und dass das eine Selbstorganisationseinheit und -einrichtung der Branche ist. Auch im Holzbereich ist das der Fall. Pro-Holz übernimmt dort das Clustermanagement.

Und lassen Sie mich zum dritten Teil, weil Automobil, Verkehr, Holz und Telekom die Stärkefelder der Steiermark sind, zum Telekom auch ein paar Ausführungen hier anbringen.

Auch dort wird die Netzwerkarbeit, das heißt die Vernetzung dieser größeren Betriebe mit den kleineren Betrieben, mit den Zulieferbetrieben das Hauptaugenmerk sein. Wir haben hier gemeinsam auch mit dem Wissenschaftsressort ohnedies einige schöne Projekte im Laufen.

Meine Damen und Herren, weil die Gefahren der Monokultur angesprochen worden sind. Selbstverständlich haben wir von Anfang an gesagt, neben dem Automobilcluster gibt es auch im Verkehr die Schiene, die Weiche, die Drehgestelle. Zum Beispiel SGP Siemens in Graz ist der weltgrößte Drehgestellhersteller, ist das Weltkompetenzcenter geworden. Auch das hat seine Heimat in der Steiermark. Und das Holz ist der Rohstoff schlechthin, aber muss natürlich eine entsprechende Veredelung und eine technologische Aufwertung kriegen. Und im Telekommunikationsbereich sind wir mit den Projekten, insbesondere auch mit den hohen Schulen in Graz und in Leoben auf dem besten Weg.

Also insofern ein positiver Befund, auch was die Obersteiermark anlangt. Bitte glauben Sie persönlich daran und reden Sie auch davon, die Obersteiermark ist eine Region mit Zukunft. (Beifall bei der ÖVP. – 18.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst bitte ich Sie über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nunmehr bitte ich Sie über den Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend weitere Maßnahmen für die Obersteiermark, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich habe keine Hände dagegen oben gesehen, sie sind schüchtern unten gehalten worden. Hat Ihre Fraktion, Kollege Schützenhöfer, dagegen gestimmt? (Abg. Schützenhöfer: „Wir haben zugestimmt!“)

Zugestimmt? Aber nicht sehr deutlich.

Darf ich noch einmal bitten, wer diesem Antrag der SPÖ zustimmt, den bitte ich diesmal um ein deutliches Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Jetzt ist es klar und eindeutig. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn Herr Präsident mich eines Blickes gewürdigt hätte, hätte er gesehen, dass wir zugestimmt haben!“) Immer, ich versuche immer den gesamten Saal zu sehen, Kollege Schützenhöfer.

Jetzt bitte ich Sie abzustimmen über den Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Ressourcen in der Obersteiermark. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag fand die einstimmige Annahme.

Wir kommen nunmehr zu Punkt

**16. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1413/1, über den Landesrechnungshofbericht Nr. 70, betreffend Prüfung einer Beauftragung in Form eines Sondervertrages zur Ausrichtung von Ausstellungen des Landesmuseums Joanneum – Zeughaus in Übersee.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Peinhaupt** (18.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Kontroll-Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 3. Dezember 1998, am 9. November 1999 und am 29. Februar 2000 über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 70, betreffend Prüfung einer Beauftragung in Form eines Sondervertrages zur Ausrichtung von Ausstellungen des Landesmuseums Joanneum – Zeughaus in Übersee, Einl.-Zahl 1413/1, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 70, betreffend Prüfung einer Beauftragung in Form eines Sondervertrages zur Ausrichtung von Ausstellungen des Landesmuseums Joanneum – Zeughaus in Übersee, wird zur Kenntnis genommen. (18.14 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ich danke für die Berichterstattung.

Erster zu Wort gemeldeter Redner ist Herr Kollege List. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. List** (18.14 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Die Sache Hochkofler ist in den letzten Tagen wieder sehr aktuell. Ich habe mir jetzt die Rednerliste angeschaut. Es sind einige, die sich bei diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet haben. Kollege Majcen hat sich, so glaube ich, hervorragend vorbereitet. Deswegen werde ich etwas länger sein in meiner Wortmeldung und ein bisschen Replik üben.

Ich möchte beginnen bei der Sondersitzung am 5. Mai 1998. Damals hat es zwei Dringliche Anfragen, diesen Sondervertrag betreffend, der im Oktober 1994 für die Frau Dr. Annelie Hochkofler erstellt wurde, im Landtag gegeben. Eine an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter als zuständigen Ressortverantwortlichen für den Kulturbereich und eine Anfrage an den für das Personal zuständigen Landesrat, an den Herrn Dr. Hirschmann.

Die ganze Debatte und die heftige Diskussion hat damals über viereinhalb Stunden gedauert. Insgesamt waren es 17 Wortmeldungen und Beiträge, die diskutiert und debattiert wurden. Ich will jetzt nicht näher auf diese eingehen. Es gibt insgesamt 30 Seiten, die Sie ohne weiteres im Stenographischen Bericht nachlesen können. Auch wurde des öfteren bei diversen Kulturdebatten und bei anderen ähnlichen Themen über den Fall Dr. Annelie Hochkofler diskutiert und darauf eingegangen. Ungefähr elf Monate später – so lange hat es gedauert bis dann die Kündigungsschrift fertig war – hat Herr Landesrat Dr. Hirschmann am 23. März 1999 ausgeführt, dass das Land die Kündigung um jeden Preis will. Als Grundlage für die Kündigung wurde damals der Rechnungshofbericht angeführt, der uns heute zur Diskussion vorliegt, der Bericht des Kontroll-Ausschusses an den Staatsanwalt, die Abrechnung der Reise- und Repräsentationskosten, aber auch das geschädigte Ansehen des Landes. Herr Landesrat meint, das Land könne bei einer Kündigung von Frau Dr. Hochkofler nur gewinnen. Schön langsam – so war damals die Aussage – gehe ihm diese ganze Angelegenheit auf die Nerven und die drohenden Kosten werden vermutlich nicht so hoch sein.

Nachdem die Frau Dr. Annelie Hochkofler das Land geklagt hat, weil das Land ihren Vertrag nicht eingehalten hat und weil sie Spesen wollte, die sie persönlich für das Land vorgeschossen hat, hat es jetzt im Februar eine Verhandlung beim Zivilgericht gegeben. Hier wurde erstmals die sogenannte Zeughauslady vom Gericht reingewaschen. Es hat über Monate beinharte Auseinandersetzungen gegeben.

Jetzt muss das Land Steiermark, das damit eine gehörige Watsch'n bekommen hat, die Spesen bezahlen, insgesamt 1,8 Millionen Schilling inklusive Zinsen, die jetzt überwiesen werden müssen oder bereits überwiesen wurden. Der Grund für diesen Spruch nach Auffassung des Gerichtes war, dass hier festgestellt wurde, dass die Landesreisegebührenvorschriften für die Frau Dr. Hochkofler bei ihren Tätigkeiten nicht gelten. Ich habe hier auf 51 Seiten das Gerichtserkenntnis, das Urteil und muss unbedingt zwei Absätze zitieren, der erste:

„Es wurde bei Vertragsabschluss ausdrücklich erörtert, dass zwar für Inlandsreisen, nicht aber für Auslandsreisen die Reisegebührenvorschrift zur Anwendung kommen sollte. Als Zeuge der heute sich in Pension befindliche Dr. Greimel. Hinsichtlich der Auslandsreisen war vereinbart, dass die Klägerin ihre tatsächlichen Auslagen transparent verrechnet und die Belege vorlegen sollte.“

Und der zweite Bereich, der für mich sehr, sehr wesentlich ist: „Auf die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit muss bereits vor Abschluss oder bei Abschluss von Verträgen Bedacht genommen werden. Wird dies unterlassen, so kann das Säumnis nicht durch nachträgliches einseitiges Abgehen von getroffenen Vereinbarungen korrigiert werden. Die Klägerin“ – somit die Frau Dr. Hochkofler – „hat Anspruch auf Ersatz aller im Zuge der absolvierten Fernostreisen angefallenen projektbezogenen Kosten. Ihr Begehren auf vollständige Bezahlung der verzeichneten Hotelkosten ist damit berechtigt. Im Namen der Republik.“ Also auf 51 Seiten wird vom Landesgericht für Zivilrechtssachen der sogenannten Zeughauslady im ersten Urteil Recht gegeben.

Gleichzeitig klagt auch die Frau Dr. Annelie Hochkofler das Land auf Einhaltung ihres Vertrages. Zu dieser ganzen Geschichte darf ich jetzt aus freier Sicht, von unserer Position, einige Sätze als Beurteilung zum Landesrechnungshofbericht beitragen und anfangs noch ein wenig zurückgreifen. Die so genannte Eiserne Lady war beim Sonderlandtag und eigentlich seit zwei Jahren der Spielball zwischen ÖVP und SPÖ. Der Sondervertrag wurde von der ÖVP geboren, der Kulturreisortverantwortliche war damals der Altlandeshauptmann Dr. Josef Krainer. Nach der letzten Landtagswahl im Dezember 1995 wurde diese Dame von den Sozialdemokraten, von der Sozialdemokratie adoptiert. Ich kenne die Aussagen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, aber auf die will ich jetzt nicht näher eingehen. Den Stein ins Rollen in dieser ganzen Angelegenheit hat der Rechnungshofbericht gebracht, der damals noch nicht öffentlich war. Erst heute – zwei Jahre später – wird er im Landtag diskutiert und behandelt. Der Rechnungshofbericht wurde laufend in den Medien – bitte? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, darf ich nur einen Satz dazu sagen? Sie haben gesagt adoptieren. Ich habe einen bestehenden unkündbaren Vertrag übernommen. Ich sage es nur!“) Ja, okay, ist auch vollkommen richtig, was Sie sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Sie haben einen unkündbaren Vertrag übernommen, so steht es auch drinnen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek:

„So ist es!“) Gut, aber zwei Jahre wurde über die Medien gespielt, dass Frau Dr. Hochkofler den für sie kreierten Sondervertrag aus dem Jahr 1994, ich würde einmal sagen bis auf das Allerletzte ausgenutzt hat. Ihre Ausgaben und der damit verbundene berufliche Lebenswandel wurden sehr diffizil und sehr korrekt vom Landesrechnungshof in diesem Bericht dargestellt. Von unserer Seite meine ich, dass hier einige Dinge passiert sind, die sehr wohl unmoralisch und nicht vertretbar sind, auch nicht für eine Frau Dr. Hochkofler. Zwei Beispiele aus diesem Bericht: Die Verrechnung von zwei Rosen um 24 Schilling für ein Begräbnis sollte nicht unbedingt etwas sein, was man in diese Spesen hineinnehmen muss oder hineinnehmen sollte. Des weiteren hat die Frau Dr. Hochkofler auch Ausgaben für Kleiderreinigung und Ähnliches getätigt und diese Belege gelegt. Hier bin ich der Meinung des Landesrechnungshofes. Kein Botschafter darf für Kleiderreinigungen und Ähnliches Rechnung legen. Zusätzlich untermauert der Landesrechnungshof diese Feststellung, dass Frau Dr. Hochkofler in ihrer gesamten Tätigkeit als Kulturbotschafterin keinen Diplomatenstatus besaß.

Für mich als stellvertretender Kontroll-Ausschussobmann wesentlich und in dieser Tätigkeit muss ich bei den ganzen Diskussionen im Kontroll-Ausschuss feststellen, dass die Frau Dr. Hochkofler bei der Überprüfung ihres Sondervertrages nicht unbedingt eine Kooperationsbereitschaft erkennen ließ. Ich würde eher sagen, sie hat diese Kooperationsbereitschaft weitgehendst vermissen lassen. Auch die Sponsorverträge, die der Landesrechnungshof eingefordert hat, damit diese einmal bekannt gegeben werden – wie es Herr Kollege Lopatka beim Sonderlandtag ausführlich erklärt hat – wurden niemals dem Landesrechnungshof bekannt gegeben. Sie hat eigentlich gar nie mit dem Landesrechnungshof gesprochen, sondern wollte nur über die zuständige Frau Landeshauptmann mit den Beamten des Landesrechnungshofes sprechen. Vielleicht stand Frau Dr. Annelie Hochkofler zu viel am Pranger durch diese Medienberichterstattung. Aber ich meine trotzdem, es wäre besser für sie gewesen, man hätte von ihr eine bessere und größere Sensibilität erwarten können bei der Umsetzung ihres Sondervertrages und vor allem bei der Überprüfung dieses Sondervertrages. Wir haben intern diskutiert und meinen, dass, wenn in der Privatwirtschaft ähnliche Fälle auftreten würden, wenn ein Mitarbeiter seine Firma derart ausnützt, dann, glaube ich, wäre er schon längst gekündigt worden. Jetzt aber durch die Entscheidung des Zivilgerichtes wird die Person Frau Dr. Annelie Hochkofler vielleicht in ein gerechteres Licht geführt. Vielleicht, man weiß es nicht. Die finanz- und strafrechtlichen Verfehlungen scheinen offensichtlich derzeit nicht vorzuliegen.

Dieser Sachverhalt, geschätzte Damen und Herren, reicht aber für uns Freiheitliche nicht aus, dass wir seitens des Landtages ein Bedauern gegenüber Frau Dr. Annelie Hochkofler aussprechen sollen oder müssen. Wichtig aber bleibt vorerst für uns die klärungsbedürftige Frage der politischen Verantwortung: Diese Verantwortung für den Sondervertrag, geschätzte Damen und Herren, darf auf keinen Fall unbeantwortet bleiben. Zusätzlich stelle ich auch fest und das

hat der Landesrechnungshof in der letzten Diskussion im Kontroll-Ausschuss auch eindrucksvoll dargestellt, dass die Überwachung des Vertrages nicht funktionierte. Ob gewollt oder ungewollt, die notwendige Dienstaufsicht soll in beiden Bereichen, im Bereich des Personalressorts und vielleicht auch im Bereich des Kulturressorts zu gering oder zu mangelhaft gewesen sein. Deshalb – wie Sie wissen – haben wir Freiheitlichen auch in der 35. Sitzung – das war beim Sonderlandtag – einen Untersuchungs-Ausschuss gefordert und wollten die ganze Wahrheit, vor allem die politische Wahrheit auf den Tisch gelegt bekommen.

Damals haben ÖVP und SPÖ gemeinsam diesen Untersuchungs-Ausschuss abgelehnt und verhindert. Heute ist es natürlich sehr schwer festzustellen, wo jene sind, die diesen Sondervertrag erfunden, in Auftrag gegeben, die ihn auch kreierte und gebastelt haben, um das vielleicht ein bisschen polemisch zu sagen. Das war der Altlandeshauptmann Dr. Krainer und der ehemalige Vorstand der Rechtsabteilung 1, der Hofrat Dr. Greimel, der natürlich dieses umgesetzt hat.

Die handelnden Personen, die Frau Dr. Hochkofler installiert haben. In Teilbereichen sind jene noch hier, die sie aber heimholen hätten müssen. Wie der Landesrechnungshof vor zwei Jahren – das war bereits Anfang 1997 – gewisse Ungereimtheiten aufgezeigt hat, hätte man vielleicht dort den Versuch starten müssen oder auch sollen, sie nach Hause zu holen, um ihr die eine oder andere knifflige Frage zu stellen, wenn es auch noch so schwer gewesen wäre.

Der springende Punkt wurde damals bereits in der Sonderlandtagssitzung eingehendst diskutiert. Das sind die enormen Spesen bei den Reise- und Wohnkostenrechnungen, die in den USA genehmigt und geduldet wurden, obwohl der Dienstoff von der Frau Dr. Annelie Hochkofler immer Graz war, die Ausstellung aber in Australien stattfand und viele, viele andere Dinge mehr, die der Landesrechnungshof aufzeigt.

Wir Freiheitliche glauben, dass es Ziel und Aufgabe verantwortungsbewusster Politik und zuständiger Politik sein muss, dass man die aufgetretenen festgestellten Mängel unverzüglich abstellen soll und diese auch beseitigt, wenn es auch noch so schwierig ist mit einem vielleicht unkündbaren Vertrag. Das ist hier nicht passiert. Für uns ist aber bedenklich, wenn hier gleichzeitig versucht wird, die politische Verantwortung auf ausführende und teilweise weisungsgebundene Beamte abzuwälzen. Ich glaube, das wäre hier der falsche Weg und vornehm ausgedrückt, es ist traurig. Ich glaube, wir müssen diese Beamten, die hier ihre Arbeit ausgezeichnet erledigen, vor der Politik in Schutz nehmen.

Es kann nicht so sein, wie es im Kontroll-Ausschuss ein Kollege von der ÖVP gesagt hat und auf den Landesrechnungshof los geht, dass der eigentlich schuld ist, dass diese ganze Angelegenheit, die Causa Hochkofler, so eskaliert ist. Ich glaube, das ist nicht das Ziel.

Gerade die Beamten des Landesrechnungshofes, die es in ihrer Prüfungstätigkeit nicht immer leicht haben, ich würde einmal sagen, sehr schwer, gerade in solchen schwierigen Überprüfungen, sie verdienen

unsere Anerkennung. Und ich wiederhole es nochmals, diese müssen in Schutz genommen werden, vor allem auch, weil sie einer Institution des Landtages angehören.

Abschließend noch, wir von der Freiheitlichen Partei in diesem Haus werden sämtliche gerichtliche Verfahren vorerst einmal abwarten und uns anschließend sicher über die politische Verantwortung hermachen. Das bedeutet, wir werden auf alle Fälle die bereits im Sonderlandtag geforderte politische Verantwortung einfordern.

Weil dieser Bericht über die Frau Dr. Annelie Hochkofler, der Landesrechnungshofbericht Nr. 70, bereits in der Öffentlichkeit war, bevor er überhaupt in diesem Haus behandelt wurde und auch ähnliche Berichte, etwa der Bericht über die Siedlungsgenossenschaft Frohnleiten mit ihrem Chef, Herrn Kalnoky, den wir in nächster Zeit hier im Landtag behandeln werden, oder jetzt erst vor kurzem der Landesrechnungshofbericht, die Geschichte, die vor wenigen Tagen in der „Kleinen Zeitung“ war, wo natürlich die Zeitungen gegenseitig lizitieren, einmal die eine Zeitung, die größte in der Steiermark, dann die zweitgrößte – wer früher einen Rohbericht oder irgendwelche Aussagen bekommt, ist vorne – und diesmal war es eben die „Kleine Zeitung“, die über einen Rohbericht geschrieben hat auf drei und vier Seiten, zu dem auch der zuständige Herr Landesrat Günter Dörflinger schon Stellung genommen hat, nachdem die Zentralklinik der Landeskrankenhäuser und die Betriebsdirektion des Landeskrankenhauses – Universitätsklinikum Graz geprüft wurde und wo man hart ins Gericht geht mit der Zentralklinik, muss ich sagen, dass es hier höchste Zeit ist, gewisse Maßnahmen zu setzen. Ich glaube nicht, dass diese Berichte von Personen des Landesrechnungshofes an die Öffentlichkeit gelangt sind. Es könnte doch der eine oder andere sein, der Informationen aus einer Abschlussbesprechung, die erst jüngst stattgefunden hat, an die Öffentlichkeit weitergetragen hat. Das bedeutet für mich und ich glaube für Sie alle in diesem Haus eine eklatante Verletzung des Vertraulichkeitsprinzipes.

Aus diesem Grund stellen die freiheitlichen Abgeordneten, meine Person und Klubobmann Ing. Peinhaupt, betreffend Veröffentlichung von Rechnungshofberichten; einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Der Landtag wolle beschließen, im Namen des Kontroll-Ausschusses einen Untersuchungs-Ausschuss einzusetzen, der über die Weitergabe von Rechnungshofberichten vor Zuleitung an den Landtag berätet.

Geschätzte Damen und Herren, ich bitte Sie im Sinne – (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Unterausschuss, nicht Untersuchungs-Ausschuss!“)

Einen Unterausschuss, ja. Ich korrigiere mich, Unterausschuss.

Ich wiederhole noch einmal – ich habe noch zwei Minuten – der Landtag wolle beschließen, im Namen des Kontroll-Ausschusses einen Unterausschuss einzusetzen, der über die Weitergabe von Rechnungshofberichten vor Zuleitung an den Landtag berätet.

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, ich bitte Sie sehr herzlich um Zustimmung dieses Antrages, damit wir wirklich zu einer geregelten Arbeit im Kontroll-Ausschuss kommen und nicht erst, so wie heute jetzt beim Fall Hochkofler, diesen Landesrechnungshofbericht zwei Jahre später diskutieren müssen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.32 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen (18.32 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege List, den Sie vorher gehört haben, hat folgende Umschreibungen beziehungsweise Ausdrücke für den Rechnungshofbericht, der sich nennt „Prüfung einer Beauftragung in Form eines Sondervertrages zur Ausrichtung von Ausstellungen des Landesmuseums Joanneum – Zeughaus in Übersee“, verwendet: Die Sache Hochkofler, die Angelegenheit Hochkofler, der Fall Hochkofler, die Zeughauslady, die Eiserne Lady.

Ganz offen gesagt glaube ich, dass hier das Problem liegt. Ich bin nicht der Verteidiger der Frau Hochkofler, aber sie hat, genauso wie wir, eines Tages in der Früh aus der Zeitung erfahren, dass sie eine furchtbare Person ist, dass sie eine Spesenritterin ist. Und die gleichen Leute, die dann bedauern, dass ein solcher Rechnungshofbericht als Rohbericht, bevor er noch irgendwo hinkommt, zur Presse gelangt ist, sagen dann, es ist furchtbar, die Frau Dr. Hochkofler war nicht sehr kooperativ – nachher, wie aus der Zeitung zu lesen war, was da passiert ist.

Am 24. Februar 1998 ist der Bericht Hochkofler an das zuständige Büro übergeben worden und am 25. Februar ist in der „Kronen-Zeitung“ gestanden, dass das Ganze ganz furchtbar ist.

Und jetzt passiert Folgendes – und ich verstehe das –, der halben Steiermark und dann durch Multiplikation, durch Weitererzählen, durch Rundfunkmeldungen, durch andere Zeitungen, durch Sonderlandtage wird der Bevölkerung eine Zeit lang hindurch der Eindruck vermittelt, hier ist etwas passiert, was ganz furchtbar ist. Da ist wer in Amerika und der haut mit dem Geld um sich. Furchtbar, was dort alles passiert. Rosen hat sie verrechnet, zwei, und homöopathische Tropfen und Ähnliches. Natürlich bildet sich in der Bevölkerung ein negatives Urteil über diese Person.

Nachher, wenn sich dieses Urteil verfestigt hat, kommt der Rohbericht zu den Abgeordneten. Er wird zu einem Bericht und erst dann kann in einem Ausschuss der Antrag gestellt werden, dass diejenige Person, um die es geht und die jetzt schon ein halbes oder drei Viertel Jahr in der Öffentlichkeit niedergemacht worden ist, dass sich diese Person wenigstens in Form eines angehängten Berichtes zu den Vorwürfen äußern soll, weil sie möglicherweise da oder dort zur Aufklärung beitragen kann.

Es ist sicher das eine oder das andere nicht so, dass man es ungeprüft und positiv nachvollziehen kann. Aber wenn man die erbrachten Leistungen gegenüberstellt, dann muss man sagen, Gott sei Dank hat sie

das getan, was sie getan hat, nämlich diese Ausstellung und nicht nur diese Ausstellungen organisiert. Aus meiner Sicht ist es schade darum, dass sie sozusagen im Sinne dieser Vorverurteilung, auch im Sinne der Vorverurteilung durch einen Sonderlandtag, wo die Emotionen aufgebrochen sind, dann ihre Tätigkeit aufgebrochen hat und abbrechen musste, zurückbeordert wurde, gekündigt wurde und so weiter. Das sind alles Folgen davon, dass es am Anfang eine an die Öffentlichkeit gelangte Berichterstattung über einen Berichtsentwurf oder über einen Vorbericht zu einem Bericht gegeben hat. Und das ist etwas, was man absolut bekämpfen muss. Das kann heute oder morgen jedem von euch passieren. Ich hoffe, es passiert niemandem der hier Anwesenden, dass er zuerst öffentlich ruiniert wird und dann, wenn sich alle, die das beurteilen müssen, ein Urteil gebildet haben, nämlich ein negatives, gesagt wird, ja aber bitte vielleicht war es doch nicht ganz so schlimm und dann schaut man sich das erst an. Darum müssen wir uns alle sehr bemühen und deswegen ist es gut, wenn über diesen Hochkofler-Fall, der eigentlich vom Prüfauftrag her ganz anders lautet, geredet wird. Und zwar geredet wird, wenn die Sache ein bisschen emotional abgeklungen ist. Ich muss ganz offen sagen, ich bin nicht derjenige – weil das der Kollege List auch angedeutet hat in seiner Wortmeldung – und wir sind auch nicht diejenigen, die dem Rechnungshof Vorwürfe machen, dass er das geprüft hat. Das ist seine Aufgabe. Aber man hat manchmal schon den Verdacht, wenn man den Rechnungshofbericht liest, dass hier eine gewisse Freude an den Bemerkungen war „Hochkofler isst nur dienstlich“, „Hochkofler reist nur dienstlich“, „Hochkofler telefoniert nur dienstlich“ in der Überschrift. Und wenn am Schluss des Rechnungshofberichtes irgendwo steht – und zwar des letzten Rechnungshofberichtes – zusammenfassend: „Der Rechnungshof hat sich nicht gegen die Durchführung des Projektes Zeughausausstellung in Übersee ausgesprochen, ebenso werden die Verdienste von Frau Dr. Hochkofler an seinem Zustandekommen außer Acht gelassen“ und dann die immer wiederkehrenden Aussagen, wonach dem Land Steiermark Hunderte Millionen (beispielsweise durch Sponsorverträge) zugeflossen seien, sind schlicht und einfach falsch. Das ist richtig, vom Sinn her. Dem Land Steiermark sind sie nicht zugeflossen, sie sind der Sache des Landes Steiermark zugeflossen und darauf kommt es ja an. Es wird ja kein Sponsor aus Amerika, aus Kanada, aus Australien Gelder nach Österreich schicken, damit wir sie dort wieder hinschicken, damit dort Ausstellungen durchgeführt werden. Das ist ja Zynismus, wenn es so hier geschrieben steht!

„Es sieht daher insgesamt der Rechnungshof keinen Anlass, von seinen Feststellungen abzugehen“, dann muss ich sagen, dann nehmen wir und dann nehme ich das selbstverständlich zur Kenntnis, aber es muss hinterfragt werden, ob das eine richtige Einstellung zur Sache ist, denn es ist immerhin unbestritten, hoffentlich unbestritten, zumindest festgehalten und wahrscheinlich überprüfbar, dass erstens ungefähr die Gesamtkosten der Tätigkeit, die differieren halt, sagen wir einmal 20, 22 Millionen Schilling, dass diese Kosten abzüglich von Subventionen von Bundeseite und der Stadt Graz ungefähr 7 Millionen, 6 Millionen, 8 Millionen, Nettokosten insgesamt verursacht haben

in zehn Jahren von 12, 13 Millionen Schilling und dass damit ein Ergebnis erzielt wurde, das sich erst irgendwo einmal finden lassen muss, nämlich mehrere Ausstellungen, nämlich acht Städte, drei Tournéeen, 3,2 Millionen Besucher und zwar keine Besucher, die Gratis Eintritt gehabt haben, keine Besucher, die zufällig in ein Museum gegangen sind und damit zufällig auch diese Ausstellung gesehen haben, sondern solche, die wegen dieser Ausstellung unter Zahlung von Eintritt dort hineingegangen sind. Das sind Zahlen, die zumindest jemandem, der sich freut, dass positives Image von Österreich im Ausland verbreitet wird, im Gegensatz von manchmal sehr negativem Image, das von Österreich aus heutzutage da oder dort verbreitet wird. Da muss man sagen, das ist eine schöne Sache und die muss man zumindest zur Kenntnis nehmen. Sowohl die Ausstellungen in Kanada als auch Australien wurden zu 100 Prozent von dort aus finanziert, die haben sich selbst getragen. Das ist ja etwas, wo man sagen muss, das ist hervorragend. Ich möchte das hier nur in dem Zusammenhang noch einmal sagen – es sind Ausrüstungsgegenstände beziehungsweise technische Einrichtungen im Erstanschaffungswert von ungefähr 30 Millionen Schilling nach Österreich transportiert worden, lagern in Graz und sind verwendbar. Das sogenannte „American Design“. Weil jetzt in Schloss Rabenstein, 15 Minuten von Graz, dort, wo das Zeughaus zu Hause ist, ungefähr 22, 23 Millionen Schilling an Ausgaben geplant sind für eine einzige Ausstellung! Ich habe nichts dagegen, dass das so ist. (Abg. Mag. Erlitz: „Halten wir das fest!“) Ich habe nichts dagegen, dass es heißt, es sind im Budget ungefähr 22, 23, 24 Millionen an Ausgaben für Rabenstein geplant. (Abg. Mag. Erlitz: „Da wäre kein Platz im Joanneum vorhanden!“) Nein, ich sage es ja nur. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich sage ja auch nur, es liegt in Kisten!“)

Ich habe ja nichts dagegen, du kannst es ja irgendwo machen, ich bin ja eh nicht dagegen, ich stelle ja nur fest, ich habe noch nie erlebt, dass eine Ausstellung in Wien vom Belvedere herausgenommen worden ist und dann in der Oper gezeigt worden ist. Gleich daneben, das gleiche Publikum, die gleichen Leute. (Abg. Mag. Erlitz: „Nein, eben nicht! Du kannst es ihnen da nicht zeigen, weil der Platz nicht vorhanden ist!“) Ist schon in Ordnung, sonst wäre ja diese Entscheidung nie gefallen. Ich stelle nur die beiden Dinge gegenüber. Hier Gesamtkosten von 23 Millionen Schilling für eine Ausstellung, dort sagen wir 12 bis 14 Millionen Schilling für acht oder neun Ausstellungen und da soll man sich ein Bild machen.

Natürlich kann man jetzt jede einzelne Reisebewegung hinterfragen. Natürlich kann man jetzt sagen, da wurde viel telefoniert, natürlich kann man sagen, erster Klasse gereist. Es sind viele andere auch schon – ich will die Namen gar nicht nennen – erster Klasse gereist und sogar auf Kosten von Sponsoren, die jetzt in Frage gestellt werden. Und es ist falsch, die Arbeit von Frau Dr. Hochkofler nur auf diese Zeughausausstellung zu reduzieren. Das ist falsch. Sie hat in dieser Zeit hunderte andere Dinge organisiert und ich sage es noch einmal, ich bin nicht ihr Verteidiger, aber ich bin dagegen, dass man jemand

zuerst öffentlich ruiniert und dann noch auf ihm herumtrampelt. Das ist unwürdig, das wird unserer Aufgabe als Landtag und als Land Steiermark nicht gerecht. Dort sind wir falsch am Platz. Wir müssen alles tun, dass so etwas in Zukunft verhindert wird. So etwas darf keiner Einzelperson passieren. Wenn man eine Institution prüft, dann okay. Institution ist Institution.

Ich kann mich erinnern an die Prüfung der Fachabteilung 4b, da hat auch unbedingt geprüft werden müssen. Okay, eine Abteilung stirbt nicht, aber Einzelpersonen haben ihr Leben lang zu tragen an einer solchen Beschuldigung und das ist etwas, was wir uns nicht gefallen lassen. Und da muss ich schon noch einmal sagen, da kann man aus den einzelnen Punkten, die im Rechnungshofbericht angeführt werden, schon irgendwie ableiten, dass die Diktion des Rechnungshofberichtes etwas mehr Sorgfalt und Fingerspitzengefühl haben hätte können. Die Beschlüsse des Landtages und der Landesregierung, Frau Hochkofler zu kündigen, waren ganz sicher eine Folge der Veröffentlichung des Rohberichtes des Landesrechnungshofes und der folgenden Darstellung in den Medien.

In diesen Rohbericht waren die Stellungnahmen der befassten Abteilungen, Joanneum, Rechtsabteilung 1 und Landesbuchhaltung, vor allem aber die sehr ausführliche Darstellung Hochkoflers noch nicht eingearbeitet.

Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen Dr. Hochkofler eingestellt, weil keine Gründe für eine strafrechtliche Verurteilung vorlagen. Sie hat elf Monate ausführlich geprüft, also nicht schnell drübergeprüft.

Das zivilrechtliche Verfahren über die Infrastrukturkosten ist noch nicht abgeschlossen. Es ist noch anhängig, weil von diesen Kosten bisher 800.000 Schilling anerkannt wurden, 300.000 Schilling noch strittig sind.

Und über die Klage zur Kündigung gibt es noch kein Urteil bekanntlicherweise.

Aber die Erfolge der Ausstellung „Imperial Austria“ und auch vieler anderer sind beeindruckend. 240 Millionen Sponsorgelder aufgebracht. Wie gesagt, mehrere Millionen, 3,2 Millionen Besucher in acht Ausstellungen. 80.000 Kataloge, 2 Millionen Broschüren, unzählige Medienprojekte und auch hier ist es wieder unangebracht zu sagen, na ja, Medienberichte, was sind schon Medienberichte in Amerika, das kann man nicht so bewerten. Selbstverständlich ist jeder positive Bericht über Österreich Werbung für Österreich und damit Werbung für unser Land. Es sind dort mehrere Millionen Haushalte erreicht worden mit dieser Berichterstattung, mit dieser positiven Berichterstattung über unser Land, über Österreich, über das Zeughaus.

Und dazu im Vergleich nehmen sich die Aufwendungen des Landes, in Summe wie gesagt zirka 23 Millionen minus Subventionen, geradezu bescheiden aus. Es wäre interessant, die Ausgaben für diese Ausstellung mit anderen Ausstellungen der letzten Jahre zu vergleichen – von den Aufwendungen, von den Zuschauern und vom Ergebnis her.

In diesem Sinne schlage ich vor, dass wir selber uns untereinander bemühen mit allen Institutionen des Landes, rechtlich einwandfrei zu handeln, niemanden vorzuverurteilen – auch in anderen Berichten nicht – und zu versuchen, dass diese Unseligkeit, dass Rechnungshofberichte vorzeitig ans Licht gelangen, die immer wieder passiert, ein Ende hat, weil jetzt gelangen sie ja schon ans Licht, bevor noch der Rohbericht fertig ist – das letzte Mal hat es ja schon Mitschriften von der Schlussbesprechung gegeben, die an die Öffentlichkeit gelangt sind –, das kann nicht Sinn unseres Kontrollsystems sein (Beifall bei der ÖVP.) und das muss ein Ende haben. (Beifall bei der ÖVP. – 18.48 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Brünner. Er hat das Wort.

**Abg. Dr. Brünner (18.48 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege List, wenn ich mich richtig erinnere war es unsere Initiative, die von den Freiheitlichen unterstützt worden ist, den Sonderlandtag im Zusammenhang mit der Beauftragung von Frau Dr. Hochkofler zu erzwingen, quasi. Und ich habe mich damals im Landtag sehr kritisch auch zur Frau Dr. Hochkofler geäußert.

Ich halte fest, dass ich das bedaure und zwar deswegen bedaure, weil ich meine Ausführungen auf der Basis des Berichtes des Rechnungshofes gemacht habe, der – und das halte ich auch fest – unvollständig deswegen gewesen ist, weil die Stellungnahme der Frau Dr. Hochkofler nicht eingearbeitet war, nicht zur Verfügung stand. Das ist allerdings kein Vorwurf gegenüber dem Landesrechnungshof, weil zu diesem Zeitpunkt noch die Geschäftsordnungsänderung nicht über die Bühne gegangen ist. Aber es ist mir eine gute Lehre, mich nicht mehr, auch nicht mehr auf Berichte des Rechnungshofes vollständig zu verlassen. Und nochmals, ich halte hier für mich fest, dass ich das bedaure, dass ich das nicht damals schon gemacht habe.

Ich halte weiters fest, Herr Kollege List, in einer rechtsstaatlichen Demokratie gibt es keine Institution – nicht die Institution des Bundespräsidenten und auch nicht die Institution des Rechnungshofes –, die nicht auch der Kritik unterzogen werden kann und muss. Auch der Rechnungshof ist rechenschaftspflichtig im Hinblick auf die Prüfziele, die er zu beachten hat, nämlich Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit.

Meine Position und ich habe das im Kontroll-Ausschuss deponiert, schaut jetzt, nach der Einarbeitung der Stellungnahme von Frau Dr. Hochkofler in den Rechnungshofbericht, ganz anders aus als vorher. Und zwar ganz anders aus im Hinblick auf verschiedene Sachverhalte, auf die ich noch zu sprechen komme.

Ein Sachverhalt ist der, dass ich seinerzeit davon ausgegangen bin, dass es nur um „Imperial Austria“ geht. Auf Grundlage der Entgegnung von Frau Dr. Hochkofler ist klar, dass immer auch der Status „Steirische Botschafterin“, „Steirische Botschaft in Wien“ mit zu bedenken ist und dabei auch rund 1200

verschiedene Projekte Frau Dr. Hochkofler neben ihrem Engagement im Zusammenhang mit „Imperial Austria“ an den Tag gelegt oder organisiert hat.

Wenn der Rechnungshof sagt, dass Frau Dr. Hochkofler keinen Diplomatenstatus gehabt hätte, dann kann ich nur festhalten, sie besitzt einen Diplomatenpass. Daher ist es nur verständlich, dass sie als Vertreterin dieser Steirischen Botschaft in Wien und Inhaberin eines Diplomatenpasses der Auffassung ist, dass sie einen Diplomatenstatus hat, auch wenn man dann seitens des Rechnungshofes sagt, das sei nur eine Sachbearbeiterin. In dem Zusammenhang sind diejenigen zu kritisieren, die einen solchen Vertrag abschließen, wo das nicht offensichtlich ganz klar gewesen ist, wenn man überhaupt jemanden in diesem Zusammenhang kritisieren kann.

Ich werde daher auch einen Entschließungsantrag einbringen im Zusammenhang mit einer Experten-Gruppe, die auch einmal Vorschläge machen soll, wie die Kontrolle, auch die Kontrolle seitens des Landesrechnungshofes, verbessert werden kann.

Ein zweiter Punkt: Gemäß dem Landesverfassungsgesetz über den Landesrechnungshof ist Prüfgegenstand die Gebarung des Landes. Und das bedeutet, dass die ausgaben- und einnahmenwirksamen Akte der Organe des Landes der Gebarungskontrolle unterworfen sind, aber grundsätzlich nicht das Verhalten eines einzelnen Bediensteten Gegenstand der Rechnungshofkontrolle ist.

Die Art, wie der Bericht abgefasst ist – und das ist ein massiver Kritikpunkt, den ich gegenüber dem Rechnungshof habe – lässt bei unbefangenen Leserinnen und Lesern den Eindruck erwecken, dass Gegenstand der Prüfung die Frau Dr. Hochkofler ist. Und da stimme ich allem zu, was der Kollege Majcen gesagt hat. Das wird auch mit den Worten Causa Hochkofler, Zeughauslady und wie alle diese Begriffe lauten, transportiert.

Ich habe immer wieder festgehalten, wenn die Frau Dr. Hochkofler entgegen den Bestimmungen des Vertrages Rechnungen vorgelegt hat, dann hätten sie nicht liquidiert werden dürfen, dann hätte nicht sachlich richtig seitens der Landesbuchhaltung draufstehen dürfen. Und wenn irgendwelche Rechnungen nicht in Ordnung gewesen wären, dann hätte man halt ein Disziplinarverfahren einleiten sollen. Aber nicht einen Rechnungshofbericht erstellen in einer Weise, da man hätte wissen müssen, dass letztendlich eine Person am Pranger steht, weil man eben nicht verhindern kann, dass auch solche Rechnungshofberichte hinaus gehen.

Ich habe ein bisschen in den Zeitungen nachgelesen. Da hat seinerzeit beim Sondervertrag für den Herrn Prof. Weibel die Gegenseite gesagt, sie hat ein Problem damit. Dann hat die andere Seite gesagt, ja, aber auch die Frau Dr. Hochkofler. Das ist manchmal die Situation in diesem Land, dass aufgerechnet wird. Der Herr Weibel gegen die Frau Hochkofler und umgekehrt. Das ist keine sachliche Beschäftigung mit Politik, meine Damen und Herren.

Ein dritter Punkt: Die Frage der Wirtschaftlichkeit. Auch bei diesem Punkt habe ich meine Meinung auf Grund des Lesens der Entgegnung der Frau Dr. Hochkofler und auf Grund von persönlichen Gesprächen

und auf Grund von Einsichtnahme in Akten und Dokumente, die sie hat, geändert. Ich kann nur das wiederholen, was ich im Ausschuss gesagt habe, was auch der Herr Kollege Majcen angeführt hat. Die Bemerkung auf der letzten Seite des Rechnungshofberichtes über das Sponsoring, nämlich dahin gehend, dass die Sponsorgelder nicht Eingang in das Landesbudget gefunden haben, das kann man wirklich nur als zynische Bemerkung festhalten.

Ich möchte die Litanei nicht wiederholen, die Herr Kollege Majcen vorgelesen hat, weil auch ich mich bei der Frau Dr. Hochkofler darüber erkundigt habe, über diese 3,2 Millionen Besucher, über rund 500 Millionen Haushalte, die erreicht worden sind durch die Werbung, über die Berechnungsmöglichkeiten für die Platzierungen in den Zeitungen, über die 1200 Projekte, über die 250 Millionen Schilling Sponsorgelder.

Meine Damen und Herren, die Frage der Wirtschaftlichkeit ist umfassender zu betrachten als das, was im Rechnungshofbericht in Erscheinung tritt. Ich muss sagen, naja no na fließt das alles nicht in das Landesbudget ein, ist ein wesentlicher Faktor bei der Beurteilung der Frage der Wirtschaftlichkeit. Ich meine, es ist immer noch nicht klar gestellt, wie viel die Frau Dr. Hochkofler gekostet hat. Sie sagt 12 Millionen, der Rechnungshof sagt 20 Millionen, mögen es 25 Millionen sein, dann hat die Frau Dr. Hochkofler in den zehn Jahren so viel gekostet wie die Ausstellung „Imperial Austria“ in Frohnleiten. Und dem stehen ein Gegenwert von 250 Millionen Sponsoring, 3,2 Millionen Besucher et cetera gegenüber. Das ist in eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einzuberechnen.

Wir haben daher auch einen Entschließungsantrag gestellt, in dem das zum Ausdruck kommt. Ich lese Ihnen den Entschließungsantrag eins der Abgeordneten Brügger und Mag. Zitz vor.

Erstens: Die Landesregierung ist bei Abschluss aller Sonderverträge des Landes Steiermark an die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit gebunden. Ich füge dazu, no na.

Zweitens: Um diese Grundsätze nachvollziehbar zu machen – und das ist mir der entscheidende Punkt –, wird die Landesregierung aufgefordert, beim Abschluss von Sonderverträgen explizite Kosten-Nutzen-Überlegungen anzustellen und diese zu dokumentieren.

Hätten wir das, dann würden wir die Frage der Wirtschaftlichkeit auch seitens des Rechnungshofes anders beurteilen.

Drittens: Die Landesregierung sollte Sonderverträge zukünftig so abfassen, dass Befristungen juristisch eindeutig und klar formuliert sind, weil dies offenbar in diesem Sondervertrag auch nicht der Fall ist.

Herr Kollege List, weil Sie gesagt haben, wenn ein Mitarbeiter, eine Mitarbeiterin eine Firma so ausgenutzt hätte wie die Frau Dr. Hochkofler, wäre dieser oder diese sofort gekündigt worden. Ich formuliere es anders. Wenn eine Firma eine solche Mitarbeiterin hätte, die das alles an Nutzen bringt, dann würde diese wahrscheinlich das Dreifache, das Fünffache von dem verdienen, was sie im Land verdient hat.

Ein vierter Punkt, die persönliche Integrität von Frau Dr. Hochkofler ist massiv beeinträchtigt worden und auch ich füge hinzu, ich bin nicht der Anwalt der Frau Dr. Hochkofler. Aber ich bin der Anwalt des Schutzes der persönlichen Integrität von Menschen, ganz gleich ob ich mich geirrt habe oder nicht geirrt habe. Ich habe mich hier in diesem Fall geirrt – das habe ich schon gesagt – und ich möchte, dass eine Art Wiedergutmachung betreffend Beeinträchtigung dieser persönlichen Integrität stattfindet. Das wird dann mein dritter Entschließungsantrag sein.

Voraus geht es aber darum, dass rechtlich, institutionell, verfahrensrechtlich Personen Verfahrensrechte eingeräumt bekommen, auch in einem Rechnungshofkontrollverfahren, die eben im Mittelpunkt eines Rechnungshofberichtes stehen. Als Jurist könnte ich dem Gutachten vom Kollegen Mayer zustimmen, der sagt, der Artikel 6 der Menschenrechtskonvention ist nicht ausgerichtet auf parlamentarische Verfahren explizit, aber der Geist, die ratio legis des Artikel 6 der Menschenrechtskonvention ist ausgerichtet auf den Fall, dass ein Mensch im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht, dass seine persönliche Integrität berührt und beeinträchtigt ist und dass in diesem Fall dieser Mensch die Rechte des Artikels 6 der Menschenrechtskonvention in Anspruch nehmen können muss. Zwei Rechte, erstens gehört zu werden und zweitens anwaltlich vertreten zu sein.

Herr Kollege List, ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Frau Dr. Hochkofler – jetzt sage ich es einmal so – nicht viel Freude bekundet hat, telefonisch, brieflich et cetera kontaktiert zu werden. Und ich habe auch im Kontroll-Ausschuss gesagt, ich hätte ihr das Recht eingeräumt, in den Kontroll-Ausschuss mit einem Anwalt zu kommen, weil ich die Argumentation der Frau Dr. Hochkofler diesbezüglich schon verstehe, da einem Kreis von ich weiß nicht wie viel Mitgliedern des Kontroll-Ausschusses gegenüberzustehen vor dem Hintergrund all dessen, was mit ihr im Zusammenhang passiert ist. Ich habe sie gefragt, ob sie mit einem Rechtsanwalt kommt oder nicht, weil ich ihr ja den Beschluss des Kontroll-Ausschusses auch nahegebracht habe, habe ich ihr gesagt, ich hätte Verständnis dafür, dass sie sagt, sie wolle nicht ohne Rechtsanwalt kommen, weil es letztendlich darum geht, dass die Rechte einer Person gesichert sind. Auch die Medien, Damen und Herren Journalistinnen und Journalisten sind gefragt und gefordert. Ich habe mir ja die Lippen wund geredet, was die vorzeitige Veröffentlichung von Rechnungshofberichten anbelangt. Und ich weiß, was manche von Ihnen gedacht haben: der abstrakte Jurist, der am Leben vorbei geht. Am Fall – und jetzt verwende ich den Begriff ‚Fall‘ –, am Fall der Frau Dr. Hochkofler kann gezeigt werden, was es bedeutet, wenn ein Rechnungshofbericht veröffentlicht wird, bevor wir noch im Kontroll-Ausschuss die Gelegenheit haben, vielleicht das eine oder andere ins rechte Licht zu rücken. Würde der Bericht Hochkofler heute in die Medien gelangen, nach Einarbeitung ihrer Stellungnahme, nach den Diskussionen, die wir das letzte Mal im Kontroll-Ausschuss gehabt haben, würde die mediale Berichterstattung ganz anders aussehen. Es ist durch diese vorzeitige Veröffentlichung der Frau Dr. Hochkofler Schaden zugefügt worden, ihre persönliche Integrität beeinträchtigt worden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei Entschließungsanträge stellen:

Einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Brünner und Mag. Zitz, der Landtag wolle beschließen:

Der Präsident des Landtages wird ersucht, unter Beiziehung der Präsidialkonferenz eine ExpertInnengruppe einzusetzen, die sich insbesondere mit folgenden Fragen beschäftigen und bis zum Herbst des Jahres 2001 einen Bericht samt allfälligen Vorschlägen zur Reform der Rechnungshofkontrolle erstatten soll:

Erstens: Wie kann die Institution des Landesrechnungshofes ihrerseits einer Kontrolle im Hinblick auf die Prüfmaßstäbe der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit unterworfen werden?

Zweitens: Sollen Personen Verfahrensrechte eingeräumt werden, deren Verhalten Gegenstand von Kritik in Landesrechnungshofberichten ist?

Drittens: Wie soll mit dem Sachverhalt umgegangen werden, dass Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofes vor ihrer Debatte im Landtag an die Öffentlichkeit gelangen?

Viertens: Soll der Kontroll-Ausschuss des Landtages in einem früheren Stadium als dies derzeit der Fall ist in die Prüfverfahren des Landesrechnungshofes einbezogen werden?

Fünftens: Ist es sinnvoll, Standards, nämlich Soft-law-Standards zu definieren, mit deren Hilfe die Unabhängigkeit und Objektivität des Landesrechnungshofes unterstrichen werden kann?

Sechstens: Welche Möglichkeiten des Rechtsschutzes beziehungsweise der Rehabilitierung könnten für den Fall vorgeschlagen werden, dass sich herausstellt, dass eine Person unverschuldeterweise im Zusammenhang mit der parlamentarischen Kontrolle einschließlich des parlamentarischen Hilfsorgans Rechnungshof geschädigt worden ist?

Ich halte fest, dass es mir nur darum geht, dass der Herr Präsident des Landtages eine solche ExpertInnengruppe einsetzt, die sich mit diesen Fragen beschäftigen soll und ich möchte festhalten, Herr Kollege List, dass ich nicht ganz verstehe, wieso die FPÖ bei diesem Entschließungsantrag nicht mittut. Ich hoffe, ich habe die richtigen Signale von SPÖ und ÖVP, dass sie diesen Entschließungsantrag unterstützen, der mit der Wichtigste von den drei Entschließungsanträgen ist. Weil ich da den Herrn Kollegen Korp sitzen sehe, ich glaube, Sie sind beim ersten Entschließungsantrag mit hinaufgegangen, sehe ich das richtig, wo es um die Sonderverträge geht. (Abg. Korp: „Das sehen Sie richtig!“) Okay, ich habe vergessen, Sie vorzulesen, dann darf ich das für das Protokoll korrigieren, dass beim ersten Entschließungsantrag es einer ist der Abgeordneten Brünner, Zitz und Korp.

Ich habe auch einen dritten Entschließungsantrag. Hier lese ich Ihnen auch die Begründung vor, weil es mir hier eigentlich auf jedes Wort ankommt.

Im Prüfverfahren betreffend die Beauftragung in Form eines Sondervertrages zur Ausrichtung von Ausstellungen des Landesmuseums Joanneum – Zeughaus in Übersee ist nicht zuletzt dadurch, dass der diesbezügliche „Rohbericht“ in Verletzung von

Rechtsvorschriften – von wem auch immer – den Medien zugespielt worden ist, die persönliche Integrität von Frau Dr. Hochkofler beeinträchtigt worden.

Im Hinblick auf rechtsstaatliche Erfordernisse des Schutzes der persönlichen Integrität einer Person erscheint es notwendig, dass der Landtag diese Beeinträchtigung bedauert.

Die beiden Abgeordneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Gemäß den Bestimmungen des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes ist Gegenstand der Kontrolle des Landesrechnungshofes unter anderem die Gebahrung des Landes, das heißt das einnahmen- und das ausgabenwirksame Verhalten von Organen des Landes, nicht aber das Verhalten von einzelnen DienstnehmerInnen des Landes. Im Falle der Prüfung einer Beauftragung in Form eines Sondervertrages zur Ausrichtung von Ausstellungen des Landesmuseums Joanneum – Zeughaus in Übersee ist insbesondere durch die Veröffentlichung des so genannten „Rohberichtes“ in den Medien, bevor der Bericht dem Kontroll-Ausschuss des Landtages zugeleitet worden ist, in der Öffentlichkeit zu Unrecht der Eindruck entstanden, als ob primär das Verhalten von Frau Dr. Hochkofler als Sondervertragnehmerin und nicht primär das Verhalten der Landesregierung als Sondervertragegeberin Gegenstand der Rechnungshofkontrolle sei.

Dieser Sachverhalt hat die persönliche Integrität von Frau Dr. Hochkofler beeinträchtigt. Der Landtag bedauert dies.

Ich füge hinzu, Herr Kollege Majcen, dass es mich ein bisschen schmerzt, dass die ÖVP, aber auch die anderen Parteien, bei diesem Entschließungsantrag nicht mitgehen.

Es geht mir bei diesem Entschließungsantrag nicht darum, der Frau Dr. Hochkofler einen Persilschein auszustellen oder als Kehrseite der Medaille den Landesrechnungshof an den Pranger zu stellen, sondern es erscheint mir absolut notwendig – ich habe das schon im Kontroll-Ausschuss gesagt – einen Akt der Rehabilitation zu setzen und das ist meines Erachtens das Mindeste, was wir in dieser Angelegenheit tun könnten.

Und ein Fünftes und Letztes: Auch ich halte fest, dass es primär um die politische Verantwortung derer geht, die einen solchen Sondervertrag abschließen. Aber auch hier ist meine Meinung jetzt eine andere als vorher, weil ich den Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit ganz anders sehe, jetzt, als vorher. Vorher hätte ich auch stark kritisiert, dass hier ein Vertrag abgeschlossen wird, wo der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit nicht berücksichtigt wurde. Das sehe ich jetzt anders.

Aber wie dem auch immer sei, wir können nicht nach dem Grundsatz vorgehen, den Letzten oder in diesem Fall die Letzte beißen die Hunde, sondern es sind eben die Mitglieder der Landesregierung zu befragen, was sie sich bei Abschluss dieses Sondervertrages gedacht haben. Und ich halte fest, dass im Grunde genommen alle drei Regierungsparteien – ÖVP, SPÖ, FPÖ – nicht die Frau Dr. Hochkofler wie eine heiße Kartoffel hin- und herschieben können, denn zu verschiedenen Zeiten hat es einstimmige

Beschlüsse der drei Landesregierungsparteien gegeben. Ich gebe zu, dass der Sondervertrag dann selber nur mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgeschlossen wurde. Aber weil, Herr Landeshauptmannstellvertreter, du dein Haupt schüttelst, ich habe da eine Kopie eines Regierungsbeschlusses vom 14. März 1994, wo es darum gegangen ist, die Gelder zu liquidieren, und da steht drauf „einstimmig angenommen“. Das heißt, es gibt hier sehr wohl auch einstimmige Beschlüsse der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht denken, der Brünner, der versteigt sich in große Höhen.

Wissen Sie, was der wichtigste Akt der Rehabilitation wäre und der bedeutendste Akt für dieses Land? Die Frau Dr. Hochkofler mit weiteren Ausstellungen „Imperial Austria“ in Asien zu betrauen, die Kontakte, die sie dort geknüpft hat, wieder aufleben zu lassen. Es tut mir leid, dass seinerzeit der Landtag – ich weiß nicht mit welchen Stimmen, ich habe jedenfalls dagegen gestimmt –, ich sage es einmal salopp, die Ausstellung „Imperial Austria“ im Ausland abgedreht hat, wobei ich es in dieser Situation – ich habe auch mit dir gesprochen, Herr Kollege Jeglitsch – verstanden habe, vielleicht. Aber es ist unter dem Gesichtspunkt der Botschafterschaft für dieses Land Steiermark ein Schwachsinn, meine Damen und Herren, die Ausstellung „Imperial Austria“ nicht fortsetzen zu lassen, in den Raum hinein, in dem die Frau Dr. Hochkofler bereits die Kontakte geknüpft hat. (Glockenzeichen des Präsidenten.)

Vielleicht ist so ein Akt der Wiedergutmachung möglich, der nicht nur Wiedergutmachung wäre, sondern auch diesem Land nützen würde. (19.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Korp** (19.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages, geschätzte Damen und Herren!

Grundsätzlich wäre vielleicht zu diesem Tagesordnungspunkt vorweg festzuhalten, dass der Sachverhalt in der Causa Hochkofler sich zweifelsfrei für alle Beteiligte negativ ausgewirkt hat und bedauerlicherweise wahrscheinlich noch in Zukunft wohl auch noch auswirken wird.

Umso eigenartiger manche Vorgänge, wenn man die Reden einzelner Kollegen gehört hat.

Vielleicht vorweg zum Kollegen Majcen und Kollegen Prof. Brünner. Die angesprochene zweifellos stattgefunden öffentliche Miesmacherei ist Ausfluss dessen, was sich im Vorfeld, sprich Vertrag, in der Causa Hochkofler, verursacht durch die Steirische Volkspartei, abgespielt hat. Das ist gleich einmal vorweg zu sagen.

In Anbetracht der besonderen Umstände in dieser Causa, wie wir immer sagen, ist diese Debatte, denke ich, trotzdem mit einiger Zurückhaltung zu führen, weil hier natürlich – und das wurde auch zu Recht das eine oder andere Mal schon angesprochen – zutiefst menschliche Dimensionen mitschwingen. Da bin ich absolut bei dem Kollegen Prof. Brünner und auch

beim Kollegen Majcen. Wir sind auch sicherlich gut beraten, uns hier deshalb mit nachweisbaren Fakten zu beschäftigen, auch wenn die schon vom Kollegen List angesprochene mangelnde Kooperationsbereitschaft von Frau Dr. Hochkofler in diesem ganzen Szenario wirklich ein Problem war. Auf die Frage etwa an sie, sie möge bitte die Software ihrer EDV zur Verfügung stellen, war die knappe Antwort, tut mir leid, kann ich nicht, da hat leider der Blitz eingeschlagen. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, was davon zu halten ist.

Nun, geschätzte Damen und Herren, ich glaube der Inhalt weiterer Kritik ist ohnedies hinlänglich bekannt und es ist wirklich müßig, hier von diesem Pult dies zum wiederholten Mal breit auszuführen, wobei zur geäußerten Kritik in Richtung Rechnungshof, glaube ich, sehr deutlich festzuhalten ist, dass Prüfer des Landesrechnungshofes es sich wohl niemals leisten werden können, festgestellte Mängel frei zu erfinden. Das wird es ja wohl nie geben und in diesem Fall natürlich auch nicht.

Ausdrücklich, geschätzte Damen und Herren, halte ich fest, dass es nicht zulässig sein kann, wie in diesem Fall geschehen, dass jene, nämlich der Rechnungshof, die mit Steuergeld oder jene, die mit Steuergeld, die meine ich jetzt, in fragwürdiger Art und Weise umgehen, nach Meinung Einzelner nicht kritisiert werden sollen, während jene, die Vorgänge auf Sparsamkeit – jetzt sage ich der Rechnungshof dazu –, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit prüfen, mehr oder minder angeschwärzt werden. Das kann es wohl auch nicht sein. Ich halte es für eine Unglaublichkeit gegenüber den Mitarbeitern dieser so wichtigen Prüfinstitution, dass ihnen das zugemutet wird.

Was die politische Beurteilung betrifft – und die ist uns natürlich schon sehr wichtig in diesem Zusammenhang –, so ist klar und deutlich mit der mehrmals gehörten Behauptung aufzuräumen, die Causa Hochkofler sei eine sozialdemokratische Hetzkampagne. Wissen Sie was, meine Damen und Herren, Schmarren und Holler ist das mit dieser Aussage. Das ist wieder einmal diese berühmte Dominanz des Scheins vor dem Sein, die man von bestimmten Herrschaften hier in diesem Haus immer wieder in bestimmten Formen vernehmen darf.

Daher die klare Feststellung, geschätzte Damen und Herren des Landtages, dieser Sondervertrag des Landes, der die Frau Dr. Hochkofler betrifft, ist wie viele andere auch ausschließlich Angelegenheit dieser steirischen ÖVP und sonst schon gar nichts. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Vertrag standen, wie Sie alle wissen, nur Rechte, nur Rechte und keine Pflichten und wir sagen daher nochmals und zum wiederholten Male, wer solche Verträge mit Nebenabsprachen gewährt, hat gefälligst auch dafür die Verantwortung zu übernehmen natürlich!

Meine geschätzte Damen und Herren, die SPÖ hat, wie Sie auch alle wissen, gegen diesen Vertrag gestimmt. Wir sagen das immer wieder aller Welt und der rechten Seite des Hauses auch immer wieder, weil das halt so gerne vergessen wird. Schließlich ist es ja nicht der einzige Fall, wo sogenannte Günstlinge der steirischen Volkspartei mit besonders schönen Zugeständnissen ausgestattet wurden. Ich denke hier

unwillkürlich auch an den einstigen sogenannten Obersteiermark-Beauftragten, ich glaube Krobath hat er geheißt, der viel, viel Geld verdient hat, eine Menge hat er kassiert, aber für die Obersteiermark hat er meines Wissens so gut wie gar nichts zuwege gebracht. Aber das ist ja bekannt. Und in diesen Zusammenhängen fallen mir unwillkürlich die unzähligen Landesbediensteten ein, die brav tagtäglich für dieses Land die Arbeit machen und die zum Teil jahrelang um kleine verdiente Zulagen sich im wahrsten Sinne des Wortes anstellen müssen. Ja, und im Fall des angesprochenen Sondervertrages wurden Infrastrukturkosten ohne Aufschlüsselung und Details festgelegt und in der Regierungssitzung am 17. Oktober 1994 gegen die Stimmen der SPÖ - ich sage es noch einmal - die ansehnliche Höhe des Entgeltes von Frau Dr. Hochkofler, Bezug plus Zulage, mehrheitlich - auch mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei - beschlossen.

Dazu auch noch die in der seinerzeitigen Dringlichen angeführte wunderschöne Klausel der Nichtkündigungsmöglichkeit. Herr Landeshauptmann und steirischer Kulturreferent Dr. Schachner hat ja hier von der Regierungsbank ganz klar gesagt, was er hier übernommen hat. An dieser Stelle möchte ich und muss ich wohl auch ganz allgemein zu den Sonderverträgen sagen, geschätzte Damen und Herren, wir Sozialdemokraten sind entschieden gegen solche Sonderverträge, die das Land zweifelsfrei schädigen und wir sind grundsätzlich für die Abschaffung solcher Dinge. Solche Verträge, wie wir sie hier in diesem Fall vorgefunden haben, die sind juristisch elendiglich und eindeutig gegen die Gesamtinteressen dieses Landes abgefasst. Wir sind als Sozialdemokraten gegen rechtsfreie Räume, das sagen wir auch sehr deutlich und diese sind zutiefst abzulehnen. Es gibt aber andere Formen von Sonderverträgen, gegen die wir nichts haben. Wir sind beispielsweise für die Einstellung von Leuten mit besonderen Kenntnissen. Ja, aber unter Anwendung des VB-Gesetzes, ausgenommen das Gehaltsschema, weil man ja sonst hochdotierte Leute, die viel wissen und entsprechendes Niveau aufweisen, nicht bekommen würde. Solche Verträge, das sage ich auch dazu, die sollen natürlich befristet sein. Ein sehr, sehr wichtiger Punkt. Geschätzte Damen und Herren, wissen Sie, es ist halt auch ein ganz, ganz eigenartiges Verständnis von politischer Kultur, wenn seitens der ÖVP immer wieder versucht wird, den Mist - so wie in diesem Fall -, den sie selbst produziert haben, anderen vor die Türe zu werfen. Mein Kollege Erlitz hat das bei der letzten diesbezüglichen Debatte ja auch mit Recht erwähnt.

Geschätzter Herr Prof. Brünner, in aller Wertschätzung, ich habe bei weitem nicht diese Ausbildung wie Sie, ich bin hier ein blutiger Laie, wie man so schön sagt, aber ich glaube, man muss kein Jurist sein um zu sehen, dass es sicherlich keine Verletzung des Artikels 6 der Menschenrechtskonvention ist, wenn der Landesrechnungshof nüchtern feststellt, dass die beauftragte Frau Dr. Hochkofler entgegen ihrem dringenden persönlichen Wunsch keinen diplomatischen Status hatte, sondern eben Sachbearbeiterin des Kulturinstitutes in New York war. Es gab ja auch im Vorfeld massive Interventionen des

damaligen Landeshauptmannes - inzwischen Landeshauptmann außer Dienst - Josef Krainer an den damaligen Außenminister Alois Mock, damit hier wohl alles glatt über die Bühne gehe. Und es ist sicherlich keine Verletzung des angesprochenen Artikels 6, wenn das höchste Prüforgan des Landes feststellt, dass ein wirtschaftlicher Effekt der Ausstellung nicht festzustellen war und die Verrechnung weder wirtschaftlich noch sparsam und schon gar nicht zweckmäßig über die Bühne gegangen ist.

Geschätzte Damen und Herren, eingangs meiner Rede habe ich von der menschlichen Dimension dieser Causa gesprochen und nachdem uns Sozialdemokraten menschliche Dimensionen immer wichtig sind, möchte ich zu dem Gesagten noch hinzufügen, dass Frau Dr. Hochkofler und das muss auch korrekterweise gesagt werden, unbestritten großes persönliches Engagement und persönlichen Einsatz in ihre Aufgabe gelegt hat und ich erwähne daher auch, dass die Abrechnungsmodalitäten, so wie sie getätigt wurden, mit Sicherheit nicht Frau Dr. Hochkofler, sondern ausschließlich den seinerzeitigen ÖVP-Vertragsgestaltern anzulasten sind. Daher ein für allemal weg mit diesen rechtsfreien Räumen, weg mit diesen für dieses Land so unglückseligen Sonderverträgen, damit muss ein für alle Mal Schluss sein. Und damit danke ich Ihnen sehr herzlich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 19.23 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Vorläufig Letzter auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Vorläufig, ich sehe bereits den Kollegen Jeglitsch. (Abg. Gennaro: „Nein, nein, der wollte sich nur verabschieden!“ - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Bei einzelnen dieses Landtages herzlich gern!“)

**Abg. Hagenauer** (19.23 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist einiges schon gesagt worden. Trotzdem aus der Sicht der Grünen eine Stellungnahme. Erstens zur einmal mehr aufgetretenen Frage, können Gerichte, sei es Straferichte oder Zivilgerichte, in einer derartigen Frage eine Klärung herbeiführen? Das heißt, ist ein Freispruch der Frau Hochkofler in den anhängigen Verfahren eine Klärung dessen, was hier ansteht oder nicht? Aus unserer Position ist nur festzuhalten, dass ein Freispruch für Frau Hochkofler in dieser Sache ein Schuldspruch für die Verantwortlichen des Landes ist. Im Detail muss ich da jetzt extra gar nicht viel dazu sagen. Ich würde das nur wiederholen. Sicherlich ist die Frage der vorzeitigen Veröffentlichung von Berichten etwas, was wir uns ernsthaft hier im Hause anschauen müssen und wo man etwas unternehmen muss. Die Sache ist nicht neu, die hatte man auch auf Bundesebene, dort hat man es jetzt einigermaßen, wie ich das sehe, in den Griff bekommen, wird man hier im Land auch machen müssen. In diesem Sinne ist zweifellos bis zu einem gewissen Grad Frau Hochkofler auch Unrecht geschehen. Aber es steht für mich außer Frage, dass es hier nicht nur um ein Problem geht, nämlich jenes, dass Frau Hochkofler Unrecht geschehen ist, sondern zweifellos auch, da bin ich nicht der Auffassung des Herrn Dr. Brünner, dass hier nicht auch die Frau Dr. Hochkofler ihren Teil

dazu beigetragen hat und daher durchaus Anlass gegeben hat zu einer berechtigten Kritik des Rechnungshofes.

Denn erstens die vom Rechnungshof zu Recht aufgezeigte exzessive Nutzung an sich eines bereits mehr als großzügigen Vertragswerkes, das jetzt nachträglich zu legitimieren mit Verdiensten der Frau Hochkofler halte ich von Haus aus für eine Chuzpe. Das kann es nicht sein. Wenn die Frau Hochkofler einen bestimmten Auftrag hatte, ein Tätigkeitsfeld, dann hat man ihr dafür ein angemessenes Gehalt zu geben. Und ich gehe davon aus, dass das geschehen ist. Ich gehe weiters daher davon aus, dass sie sich nicht über eine exzessive Auslegung von Spesenabrechnungen ihr Gehalt aufbessert, um nachträglich ihre Tätigkeiten auf diese Art und Weise abgegolten zu bekommen. Dass da hier der Rechnungshof hineinfährt, ist völlig in Ordnung. Man darf da hier nicht die Opfer und Täter, wenn es bitte geht, verwechseln.

Das bringt mich zum nächsten Punkt, nämlich, was war das Aufgabenfeld der Frau Hochkofler? Da kann ich mich im Wesentlichen auch nur den Ausführungen meines Vorredners anschließen. Im Grunde genommen haben wir es hier mit einem Einblick, einem Ausschnitt aus dem Steirischen Brauch jedenfalls aus der damaligen Zeit zu tun. Der Vertrag war nicht der Kern der Sache. Um den ist es überhaupt nicht gegangen. Es ist auch meiner Überzeugung nach nicht einmal darum gegangen, dass man gesagt hat, die Frau Hochkofler muss unbedingt das und das machen an Kontakten mit Firmen. Ich bin sogar der Überzeugung und die Statistiken, die hier im Rechnungshofbericht auch angeführt worden sind über die Entwicklung der Nächtigungszahlen, beweisen auch das, es ist auch nicht gegangen um ein touristisches Leitbild, sondern es ist einmal mehr so gelaufen, dass irgendjemand besonders gute Beziehungen gehabt hat und es sich in irgendeiner Form richten konnte, auf irgendjemand die Sonne des Landesfürsten gefallen ist und alles andere war dann nur mehr ein Beiwerk, unter anderem der Vertrag, der eigentlich nichts anderes war als eine Möglichkeit Dinge auszuschöpfen – finanzieller Art hauptsächlich –, aber in Wirklichkeit das Gegenteil, wie schon gesagt, die Pflichten kaum umrissen hat.

Alleinig der Begriff „Imperial Austria“ sagt an sich eh alles. Da war nichts von Styria und von Graz drinnen. Und der Herr Kollege Majcen hat zitiert heute schon einmal – ich habe auch mitgehört bei seinen Ausführungen – und nicht zufällig hat er immer von der Werbung von Österreich gesprochen und einmal – dann ist es ihm scheinbar aufgefallen – eingeflochten und damit auch für unser Land. Gemeint war die Steiermark offenbar. Das sagt alles. Man hat nicht ein Konzept gehabt, wo man gesagt hat, jetzt muss man unbedingt Graz bekannt machen, jetzt müssen wir unbedingt die Steiermark bekannt machen, jetzt müssen wir unbedingt die Nächtigungszahlen erhöhen. Das war alles nicht da. Und daher hat es mich auch von Anfang an gerissen, wie ich von den großzügigen Sponsorgeldern und von Sponsorenbeiträgen in einer beträchtlichen Höhe gelesen habe. Weil was habe ich denn davon? Die Frage muss ich schon stellen und die hat der Rechnungshof meiner Überzeugung nach auch

zu Recht gestellt. Was ist denn herausgekommen dabei? Diese Frage ist zu stellen. (Abg. Tasch: „Die Ausstellungen waren aufwändig!“)

Dass diese Ausstellungen sehr aufwändig waren, das bestreitet ja niemand. (Abg. Tasch: „Sie hat Sponsorgelder herausgeholt, was überhaupt kein anderer Mensch herausgeholt hat als wie die Hochkofler. Was der Rechnungshof herausgebracht hat, ist wieder einmal das, dass wir jeden Prozess verlieren. Da frage ich mich, was die eigentlich im Grunde genommen berichtet haben. In erster Linie ist an dem, was das Land an Prozesskosten verspielen wird, der Rechnungshof schuld und sonst kein Mensch.“ – Präsident Dr. Strenitz: „Jetzt ist es schon ein langer Zwischenruf, Kollege Tasch!“)

Der Reihe nach, Herr Kollege Tasch. Das Erste habe ich gerade versucht auszuführen. Dass man hohe Sponsorgelder aufreißt ist eine Geschichte, aber was dabei herausgekommen ist, die Frage wird man doch wohl noch stellen dürfen. Ich gehe sogar so weit und sage, dafür wird der Rechnungshof bezahlt, dass er diese Frage stellt und dass er sagt, ja bitte schön, die Nächtigungszahlen haben sich im Wesentlichen beinahe halbiert in den betroffenen Zeiträumen. Die sind nicht nur nicht gestiegen, sondern die sind sogar zurückgegangen. Was habe ich von den hohen Sponsorgeldern, wenn nachher nichts herausgekommen ist dabei. (Abg. Tasch: „Klage!“)

Die Frage der Klage, die Sie da anschneiden. Ich glaube nicht, dass der Rechnungshof, die Frau Hochkofler geklagt hat. Aber ich nehme es zur Kenntnis, wenn Sie mir das jetzt beweisen können. Ich hätte eine andere Vermutung angestellt, dass nämlich das Land das war und Leute, die Ihnen parteipolitisch nicht so fern sind, dafür jedenfalls auch Mitverantwortung zu tragen haben.

Ich komme damit schon zum Schluss. Meiner Meinung nach sind nämlich auch noch die speziellen Fragen anzuschneiden, was die Beziehung der Rechtsanwälte anbelangt in Kontroll-Ausschüssen. Ich hätte mir auch vorstellen können, dass man in der jetzigen Situation der Frau Hochkofler und zwar weil bereits Verfahren laufen, gegenüber eine Rücksichtnahme übt. Im konkreten Fall, die Anwälte, wenn das ihr Wunsch ist, auch einlädt, der Ausschuss die Anwälte einlädt.

Was ich nicht nachvollziehen kann ist das, und hier geht der Prof. Brünner meiner Überzeugung nach in der Auslegung der Menschenrechte zu weit, wenn er sagt, jemand, der im Kontroll-Ausschuss als Beschäftigter des Landes sich rechtfertigen muss, steht am Pranger und hat daher Anspruch auf Beziehung eines Anwaltes. Da kann ich nur wiederholen, was ich schon einmal im Ausschuss gesagt habe, in jedem Ausschuss, in jedem Kontroll-Ausschuss haben viele, manches Mal dutzende von anwesenden Beamten mehr oder weniger angenehme Fragen zu gegenwärtigen. Die können nicht alle jeweils einen Anwalt mitbringen. (Abg. Dr. Brünner: „Das habe ich nicht verlangt!“) Die Rechtfertigung eines in verantwortlicher Position befindlichen Mitarbeiters des Landes gehört zu seinen normalen Dienstobliegenheiten. Also, das würde aus meiner Überzeugung zu weit gehen. Danke für die Aufmerksamkeit! (19.33 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Jetzt ist Herr Kollege Prof. Jeglitsch am Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch** (19.33 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur zwei kurze Bemerkungen. Es ist sicher gut, dass es den Landesrechnungshof gibt. Aber es ist noch viel, viel besser, dass es unabhängige Gerichte gibt.

Zum Zweiten, es gehört wohl zur Selbstverständlichkeit, dass jeder Betroffene angehört wird, bevor er hingerichtet wird. Das sollte auch für den Landesrechnungshof gelten. Danke! (19.34 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine verehrten Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1413/1, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Veröffentlichungen von Rechnungshofberichten, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Effizienz der Rechnungshofkontrolle, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF, der Grünen und der SPÖ, betreffend Sonderverträge des Landes Steiermark, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Fünftens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Sondervertrag mit Frau Dr. Hochkofler, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 19.35 Uhr.)